

PUBLIC SECTOR FINANCE
REAL ESTATE FINANCE

pbb

DEUTSCHE
PFANDBRIEFBANK

Geschäftsbericht 2011

der Deutschen Pfandbriefbank AG

Inhaltsverzeichnis

Lagebericht	3
Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen	3
Wirtschaftsbericht	16
Nachtragsbericht	21
Risikobericht	22
Prognosebericht	60
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2011	66
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2011	67
Bilanz zum 31.12.2011	68
Anhang	70
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	100
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	101

Lagebericht

Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Lage

Im Jahr 2011 hat sich das weltweit beobachtbare Wirtschaftswachstum uneinheitlich weiterentwickelt. Damit konnte der massive Rückgang des Krisenjahrs 2009 nur in einigen Ländern wieder kompensiert werden. Außerhalb des asiatischen Raums war Deutschland dabei mit einem Wachstum von 3,0 % Spitzenreiter. Die Volkswirtschaften der im Fokus der europäischen Banken- und Staatsschuldenkrise stehenden Staaten befanden sich 2011 entweder in einer Rezession wie Griechenland (-5,3%) und Portugal (-1,7%) oder hatten nur ein vergleichsweise niedriges Wachstum wie Italien (0,6%), Spanien (0,7%) und Irland (1,2%). Der asiatische Raum entwickelte sich weiter deutlich positiv. Zwar ist die Wachstumsrate in China mit 9,2% leicht zurückgegangen, sie bleibt aber nach wie vor sehr hoch. Hingegen schwächte sich die Wachstumsdynamik in den USA von gut 3,0 % im Jahr 2010 auf 1,7% im Jahr 2011 wieder deutlich ab.

Geldpolitisch wurde während des Jahres 2011 in fast allen wichtigen Volkswirtschaften der deutlich expansive Kurs der Vorjahre fortgesetzt. So hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihren im Mai 2010 begonnenen Kurs beschränkter Ankäufe von Staatspapieren weiter verfolgt. Kurz vor dem Jahresende wurde dem Bankensektor zudem Zentralbankgeld im Umfang von annähernd 500 Mrd. € für den Zeitraum von drei Jahren zur Verfügung gestellt. Hinsichtlich der Fristigkeit der Ausleihungen wurde damit in der Eurozone Neuland betreten. Trotz dieser expansiven Ausrichtung hielten sich die Anstiege der Inflationsraten in Grenzen. Der Hauptrefinanzierungssatz der Europäischen Zentralbank belief sich zum Jahresende 2011 auf dem historischen Tiefstand von 1 %, nachdem im November 2011 Anhebungen aus den ersten Monaten des Jahres rückgängig gemacht wurden.

Um mögliche negative konjunkturelle Entwicklungen abzufedern, haben einige Staaten trotz schwieriger Haushaltsslage öffentliche Investitionsimpulse gesetzt. So betrug die Neuverschuldung in den USA 10% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Deutschland dagegen ist mit einer Neuverschuldung von 1,2% im internationalen Vergleich recht gut aufgestellt.

Branchenspezifische Rahmenbedingungen

Gesamtsituation der Bankbranche

Die uneinheitliche Entwicklung der ökonomischen Rahmenbedingungen in den westlichen Industrieländern im Jahr 2011 beeinflusste die Geschäftsentwicklung des Bankgewerbes. Noch deutlicher belastete die Verschärfung der Staatsschuldenkrise die gesamte Bankenbranche. Die Ratingherabstufungen vieler europäischer Staaten (Griechenland, Portugal, Italien, Spanien und Irland) und der USA sorgten an den Finanzmärkten für Volatilität. Banken mit großen Portfolien von Staatsanleihen im Fokus stehender Staaten wurden besonders kritisch gesehen. Um die Eigenkapitalausstattung der Banken zu überprüfen, hat die europäische Bankenaufsichtsbehörde 2011 zwei Stresstests durchgeführt. Banken mit geringer Eigenkapitalquote versuchen nun zeitnah mit verschiedenen Maßnahmen ihre Eigenkapitalsituation zu verbessern.

Das Misstrauen der Märkte führte erneut, wie im Herbst 2008 nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers, zu sehr eingeschränkt funktionierenden Interbankenmärkten. Um die Liquidität abzusichern, wurden trotz niedriger Verzinsung überdurchschnittlich hohe Volumina kurzfristig bei den Zentralbanken angelegt. Gleichzeitig ist die Platzierung von unbesicherten Bankemissionen aufgrund geringerer Nachfrage schwieriger geworden. Durch den zuvor erwähnten Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB hat sich die Liquiditätssituation vieler Banken etwas verbessert. Da die vorsichtige Haltung der Märkte teilweise zu deutlichen Ertragseinbußen bei den Banken geführt hat, führte dies zu einem Rückgang des Neugeschäfts und der Konsolidierung der Anbieterzahl in der Bankbranche.

Finanzierung des öffentlichen Sektors

Die Finanzierungssituation der öffentlichen Haushalte hat sich in der EU im Jahr 2011 zu einer Verschuldungskrise ausgeweitet: einer gleichbleibenden bzw. wachsenden Mittelaufnahme standen immer weniger Investoren gegenüber. Die allgemein gestiegene Unsicherheit führte zu einer starken Ausweitung der Risikoprämien, die sich in einem Anstieg der Zinskosten und einer stärkeren Belastung der Staatshaushalte widerspiegelte. Seit Mitte 2011 waren erstmals auch größere Volkswirtschaften von signifikanten Ausweitungen der Zinskosten für Neuemissionen betroffen. Ein besonderes Augenmerk lag – aufgrund der Größe der Volkswirtschaften – auf Italien und Spanien. Aus Emittentensicht waren deutsche Staatsanleihen als sichere Anlage gefragt. Durch die hohe Nachfrage ist die Rendite auf einen historischen Tiefstand gefallen.

Zur Absicherung der Zahlungsfähigkeit einzelner Mitgliedsländer innerhalb und außerhalb des Euro-Raums wurden entsprechende politische Maßnahmen in den einzelnen Ländern selbst sowie auf EU-Ebene (z.T. unter Rückgriff auf IWF-Mittel) ergriffen. Im Zentrum standen hierbei neben Interventionen der Europäischen Zentralbank am Sekundärmarkt für Staatsanleihen vor allem Maßnahmen und Instrumente zur dauerhaften Krisenbewältigung und Rückführung der Schuldenstände (wie z.B. die Absichtserklärung fast aller EU-Länder eines Fiskalpakts im Dezember 2011, der gesetzlich verankerte Schuldenbremsen und Geldbußen beim Überschreiten bestimmter Defizit- und Verschuldungsgrenzen vorsieht). Nicht nur bestimmte EU-Staaten, sondern auch die Gebietskörperschaften waren von den Finanzierungsproblemen betroffen.

In Deutschland bot der Markt der öffentlichen Investitionsfinanzierung nach wie vor ausreichend Gelegenheiten für kundenbezogene Finanzierungslösungen. Als Herausforderung konnten, wie in der Vergangenheit, die von Landesbanken und Förderbanken angebotenen niedrigen Margen und die überdurchschnittlich langen Laufzeiten der angebotenen Finanzierungen gesehen werden. In Frankreich gewährte der Markt für öffentliche Investitionsfinanzierungen vor allem durch die Zurückhaltung französischer Banken und die Zerschlagung eines großen Mitbewerbers deutlich verbesserte Marktkonditionen.

Viele der Marktteilnehmer, die noch im Jahr 2010 Interesse an risikoarmen Kreditgeschäften gezeigt hatten, haben im Jahr 2011 aufgrund der Eurokrise und dem mangelnden Zugang zu USD-Refinanzierungen eine Kehrtwende eingeleitet und sich konsequent vom Markt öffentlicher bzw. öffentlich garantierter Vorhaben zurückgezogen. Des Weiteren haben einige Banken Staatsanleihenportfolios verkauft. Durch die gestiegenen Anforderungen an die Kapitalunterlegung durch Basel III bestand die Notwendigkeit Risiko- und Liquiditätsprofile anzupassen. Dahingegen traten lokale Finanzinstitute mit einem starken Einlagengeschäft vermehrt in die öffentliche Finanzierung ein. Sie konnten die allgemeine Mittelverknappung jedoch bei weitem nicht ausgleichen. Dies bot den Banken die Möglichkeit, Finanzierungen mit ausgeglichenem Risiko-/Ertragsprofil abzuschließen.

Immobilienfinanzierungsmärkte

Die europäischen Immobilienmärkte haben sich im Jahr 2011 sehr heterogen entwickelt. Während insbesondere west- und nordeuropäische Immobilienmärkte und vereinzelt Immobilienmärkte in Osteuropa ihre positive Entwicklung fortsetzen konnten, war an den Immobilienmärkten Südeuropas 2011 ein weiterer Rückgang der Nachfrage und der Anzahl von Transaktionen zu konstatieren. Die Entwicklung an den Immobilienmärkten hat in den letzten Monaten des Jahres 2011 an Dynamik eingebüßt. Trotz der angespannten Situation in der Finanzwirtschaft und einer konjunkturellen Abkühlung war die Lage an den für die Bank relevanten Immobilienmärkten durch eine vergleichsweise gute Nachfrage gekennzeichnet. Im Zuge der europäischen Staatsschuldenkrise dürfte unter Investoren ein teilweiser Paradigmenwechsel zugunsten von Immobilien stattgefunden haben.

Nach wie vor war die Risikobereitschaft der Investoren im Hinblick auf die Qualität und die Lage der Objekte allerdings begrenzt. Das Marktgeschehen im Jahr 2011 war dominiert durch das Topimmobiliensegment in guten bis sehr guten Lagen und langfristig vermieteten Objekten („Core-Immobilien“). Aufgrund des limitierten Angebotes und der steten Nachfrage hatte dies einen Anstieg bei den Kaufpreisen dieser Immobilien zur Folge und führte damit zu einem Rückgang bei den Anfangsrenditen. Innerhalb der unterschiedlichen Arten von gewerblichen Immobilien haben Einzelhandelsimmobilien das größte Interesse auf sich gezogen. Zudem war die Entwicklung im Jahr 2011 begünstigt durch größere Einzeltransaktionen.

Der deutsche Markt für Immobilien stand im Jahr 2011 bei Immobilieninvestoren aus dem In- und Ausland hoch im Kurs. Insbesondere in den Topsegmenten wie dem Einzelhandel, gefolgt von den Bereichen Wohnen und Büroimmobilien herrschte rege Nachfrage, vor allem in den Metropolregionen. Der deutschlandweite Transaktionsumsatz hat gegenüber dem Vorjahr deutlich zugelegt. Eine kurzfristig etwas gestiegene Risikoneigung hat sich zunehmend durch die finanzwirtschaftliche Eintrübung wieder in Richtung der Core-Immobilienklasse verschoben. Bei Wohnimmobilien haben die Kaufpreise für 2011 in Deutschland im Durchschnitt wieder kräftiger angezogen. Die Nachfrage fokussierte sich auf die Ballungszentren. Aber auch die Aussichten in attraktiven Nebenlagen haben sich verbessert. Der positive Trend, den das Immobilienvermietungsgeschäft im Vorjahr zeigte, wurde auch im Jahr 2011 bestätigt. Für alle gewerblichen Objektarten in guten bis sehr guten Lagen konnten Neuvermietungen unter zumindest gleichbleibenden bis steigenden Mietniveaus durchgeführt werden. Bei der Mietentwicklung von Objekten in Nebenlagen oder geringer Qualität gab es zwar Stabilisierungstendenzen, jedoch fiel die Entwicklung gegenüber neuen und modernen Objekten schwächer aus. Der Büroimmobilienmarkt konnte sich insgesamt weiter stabilisieren, allerdings ist der Leerstand an einzelnen Standorten noch recht hoch.

Auch in anderen europäischen Kernländern war die Entwicklung positiv. In Großbritannien lag die Immobiliennachfrage wieder auf dem Niveau des Vorjahres, obwohl die britische Wirtschaft und der Arbeitsmarkt keine starken Wachstumstendenzen aufzeigten. Die Leerstände haben sich zum Teil reduziert. Am Bürostandort London war bereits wieder ein deutliches Mietpreiswachstum zu verzeichnen. In Frankreich hat das Transaktionsvolumen im Jahr 2011 deutlich gegenüber dem Vorjahr zugelegt, wenngleich begünstigt durch größere Immobilieneinzeltransaktionen. Die Büroleerstände waren zwar noch auf einem hohen Niveau, aber es werden in der nächsten Zeit an vielen Standorten keine größeren Fertigstellungen erwartet. Aufgrund des selektiven Kaufverhaltens der Investoren lag der Investitionsschwerpunkt ebenfalls im Topimmobiliensegment. Auch in Skandinavien setzte sich im Berichtsjahr die positive Entwicklung, angeführt vom schwedischen Markt, fort. Dabei dominierten inländische Anleger das Geschehen. Die Büromieten zogen im Jahr 2011 weiter an, die Leerstände gingen etwas zurück. In Polen führte die gute wirtschaftliche Entwicklung zu einem Anstieg des Transaktionsvolumens im Jahr 2011. Sowohl das Büroimmobiliensegment als auch das Handelsimmobiliensegment wiesen deutliche Steigerungsraten gegenüber dem Vorjahr auf. Der

Immobilienmarkt in Spanien war 2011 weiterhin durch seine schwierige wirtschaftliche Lage gekennzeichnet. In Madrid und Barcelona erreichten die Leerstände zeitweise Rekordhochs und koppelten sich damit von dem grundsätzlich positiven Trend in Europa ab.

Obwohl einige Banken 2011 ihr Neugeschäft reduziert oder sogar eingestellt haben, waren für das Topimmobiliensegment Finanzierungen im pfandbrieffähigen Bereich häufig problemlos zu erhalten. Zwar war bei kleineren und mittelgroßen Finanzierungen der Wettbewerb im Jahr 2011 recht groß. Hingegen war bei großvolumigen und komplexen Finanzierungen zu beobachten, dass die finanzierenden Institute häufig in Konsortien aufgetreten sind. In den einzelnen Märkten verdichtete sich 2011 die Dominanz der heimischen Kreditinstitute in der gewerblichen Immobilienfinanzierung gegenüber den ausländischen Wettbewerbern. Insgesamt verringerte sich im Jahr 2011 die absolute Anzahl der Kreditinstitute, die Neugeschäft in der gewerblichen Immobilienfinanzierung betreiben.

Refinanzierungsmärkte

Die Kapitalmärkte wurden im vergangenen Jahr von der Staatsschuldenkrise im Euroraum dominiert. Im ersten Halbjahr 2011 konnte noch ein starkes Emissionsaufkommen im Bereich der gedeckten Emissionen („Covered Bonds“) verzeichnet werden. Ab Sommer 2011 führten die ungelösten Themen der Staatsbonitäten auch zu einer starken Beeinträchtigung der Refinanzierungsmärkte bei Covered Bonds. Im Ergebnis konnten im zweiten Halbjahr des Jahres Benchmarkemissionen nur noch vereinzelt und mit reduziertem Volumen durchgeführt werden. Parallel dazu weiteten sich die Risikoaufschläge für bestehende Emissionen im Sekundärmarkt deutlich aus. Ungedeckte Emissionen von Banken waren generell schwierig zu handeln. Nur wenigen Banken gelangen Platzierungen.

Um den Bankensektor ausreichend mit Liquidität zu versorgen, wurde gegen Ende des Jahres von der EZB eine 36-Monats-Fazilität angeboten, die mit ca. 500 Mrd. € in Anspruch genommen wurde. Die Staatsschuldenkrise beeinflusste wesentlich auch die Zinsentwicklung im Jahr 2011. So stieg der Renditeunterschied zwischen 10-jährigen italienischen und deutschen Staatsanleihen in der Spitze um mehr als 400 Basispunkte.

Vor diesem Hintergrund hat der Markt risikoarme Anlagemöglichkeiten gesucht, so dass das risikofreie Zinsniveau stark gesunken ist. So ging die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihen, die im April 2011 bei 3,50% lag, im September bis auf einen historischen Tiefpunkt von 1,67% zurück.

Wesentliche rechtliche Rahmenbedingungen

Das Jahr 2011 war von einer regen Diskussion über die Änderung bankaufsichtsrechtlicher Vorschriften geprägt. Am 1. Januar 2011 wurde die European Banking Authority (EBA) gegründet. Sie hat den Zweck europaweit einheitliche Bankenaufsichtsstandards zu entwickeln, die dann durch die nationalen Bankaufsichtsbehörden umgesetzt werden sollen. Das zweite E-Geld-Gesetz wurde am 8. März 2011 verkündet. Hier waren insbesondere die Regelungen im Geldwäscherecht von Bedeutung für den Konzern. Das am 29. Dezember 2011 in Kraft getretene Gesetz zur Optimierung der Geldwäscheprävention brachte für die Kreditwirtschaft überwiegend indirekte Auswirkungen. Am 8. April 2011 trat das Gesetz zur Stärkung des Anlegerschutzes und Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes (Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetz) in Kraft. Das Gesetz brachte wesentliche Änderungen beim Vertrieb von Wertpapieren und Finanzinstrumenten. Zur Umsetzung wurde die WpHG-Mitarbeiteranzeigeverordnung am 30. Dezember 2011 im Bundesgesetzblatt verkündet. Sie wird, ebenso wie § 34d WpHG, am 1. November 2012 in Kraft treten. Am 25. Juli 2011 wurde die Verordnung über die Erhebung der Beiträge zum Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute verkündet und brachte Klarheit über die Höhe der Beiträge der Kreditinstitute für den Restrukturierungsfonds. Das am 4. August 2011 in Kraft getretene Gesetz zur Anpassung der Vorschriften über den Wertersatz bei Widerruf von Fernabsatzverträgen und über verbundenen Verträge brachte vor allem veränderte Texte für Widerrufsbelehrungen.

Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen

Strategie

Organisatorische und rechtliche Struktur der Deutschen Pfandbriefbank AG

Die Deutsche Pfandbriefbank AG ist die strategische Kernbank der Hypo Real Estate Holding AG und befindet sich zu 100 % in deren Eigentum.

Unternehmensstrategie

Mit der positiven Entscheidung der EU-Kommission am 18. Juli 2011 hinsichtlich der Genehmigung der staatlichen Beihilfen der Bundesrepublik Deutschland für die HRE hat sie zugleich die Tragfähigkeit des Geschäftsmodells der Deutschen Pfandbriefbank AG als Spezialbank für die Immobilienfinanzierung und die öffentliche Investitionsfinanzierung anerkannt.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG betreibt pfandbrieffähiges Neugeschäft in den Bereichen gewerbliche Immobilienfinanzierung und öffentliche Investitionsfinanzierung in Europa. Wesentliche Erfolgsfaktoren in der Neugeschäftsstrategie beider Bereiche sind die zahlreichen und guten Kundenverbindungen. Die Auswahl der Kreditgeschäfte erfolgt vor dem Hintergrund einer konservativen Refinanzierungsstrategie. Im Mittelpunkt stehen dabei eine konsequente Risikoanalyse und die Konzentration auf Geschäft mit einem angemessenen Risiko-Ertrags-Verhältnis.

Das Wachstum wurde im Rahmen der Genehmigung der Europäischen Kommission für die nächsten Jahre begrenzt und das Neugeschäft muss eine vorgegebene Mindestrendite erwirtschaften. Im Staatsfinanzierungsgeschäft, als reiner Budgetfinanzierung, tätigt die Deutsche Pfandbriefbank AG kein Neugeschäft mehr. Die Auflagen gelten bis zu einer Reprivatisierung der Deutschen Pfandbriefbank AG, mindestens aber bis Dezember 2013.

Die HRE Holding muss den Konzern Deutsche Pfandbriefbank spätestens bis zum Jahr 2015 veräußern. Die Deutsche Pfandbriefbank AG ist vertraglich verpflichtet, im Zuge der genehmigten Auslagerung von Vermögenswerten auf die Abwicklungsanstalt FMS Wertmanagement, in definierten Bereichen (insbesondere Servicing, Refinanzierung und Back-to-Back-Derivate) weiterhin Dienstleistungen für die FMS Wertmanagement zu erbringen. Diese vertraglichen Verbindungen müssen aufgrund der Auflagen der EU-Kommission bis spätestens zum 30. September 2013 beendet werden.

Die Neugeschäftsstrategien in den beiden Geschäftssegmenten sehen wie folgt aus:

Public-Sector-Finance-Neugeschäftsstrategie: Das Neugeschäft des Public-Sector-Finance-Segments zielt ausschließlich auf die öffentliche Investitionsfinanzierung ab.

Der regionale Schwerpunkt liegt auf europäischen Ländern mit guten Ratings, in denen sich Aktivgeschäft über die Emission von Pfandbriefen refinanzieren lässt – aktuell konzentriert sich die Bank insbesondere auf Deutschland und Frankreich. Daneben ist die Bank auch in weiteren ausgewählten europäischen Ländern tätig. In der Finanzierung öffentlicher Investition bietet die Deutsche Pfandbriefbank AG ihren Kunden mittel- bis langfristige, grundsätzlich pfandbrieffähige, zweckgebundene Finanzierungen in den Bereichen öffentliche Einrichtungen, Kommunaler Wohnungsbau, Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft, essentielle Infrastruktur, Gesundheit, Altenpflege und Bildung an. Die Finanzierungen werden an öffentlich-rechtliche Schuldner, Unternehmen in öffentlicher Hand oder privater Rechtsform sowie an Zweckgesellschaften mit einer öffentlichen Gewährleistung vergeben.

Real-Estate-Finance-Neugeschäftsstrategie Die Planung der Neugeschäftsentwicklung leitet sich aus einem tiefen Verständnis der Marktzyklen in den jeweiligen Zielländern ab. Das Marktzykluskonzept ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Parameter für das Real Estate Finance Geschäft in diesen Märkten, um den individuellen Herausforderungen in den verschiedenen Märkten Rechnung zu tragen. Die Neugeschäftsstrategie im Segment Real Estate Finance fokussiert sich auf professionelle nationale und internationale Immobilieninvestoren (wie Immobilienunternehmen, institutionelle Investoren, Immobilienfonds und darüber hinaus in Deutschland mittelständig und regional orientierte Kunden). Investmentfinanzierungen werden in den pfandbrieffähigen europäischen Märkten getätigt, insbesondere in Deutschland, Großbritannien und Frankreich sowie in anderen ausgewählten europäischen Regionen, in

denen die Deutsche Pfandbriefbank AG schon in der Vergangenheit aktiv war. Entwicklungsfinanzierungen werden selektiv und ohne spekulativen Charakter in den gleichen Regionen vorgenommen.

Strategie des Segments Value Portfolio Nach der Übertragung eines großen Teils der nicht strategischen Vermögenswerte an die FMS Wertmanagement verbleibt ein relativ kleines, nicht strategisches Portfolio bei der Deutschen Pfandbriefbank AG. Dieses Portfolio unterscheidet sich vom auslaufenden Portfolio im Segment Budgetfinanzierungen und besteht aus nicht strategischen oder abgeschriebenen Immobilienfinanzierungen sowie bestimmten anderen Assetklassen, die kein substantielles Risiko für die Bank darstellen.

Steuerungskonzept Das Steuerungskonzept der Deutschen Pfandbriefbank AG ist darauf ausgerichtet, den Wert des Unternehmens nachhaltig zu steigern. Wesentliches Kriterium ist hierbei ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Rendite und Risiko: Die eingegangenen Risiken müssen mit externen und internen Risikotragfähigkeitsrichtlinien vereinbar sein und dabei eine angemessene Rendite auf das eingesetzte Kapital erbringen.

Die Steuerung und Messung basiert auf einem konsistenten und integrierten Kennzahlensystem, das sowohl Ertrags-, Aufwands- als auch Risikoparameter beinhaltet. Zentrale Größe für den Konzern Deutsche Pfandbriefbank ist dabei die Eigenkapitalrentabilität, die die Verzinsung des eingesetzten Kapitals zeigt. Der Wert der Deutschen Pfandbriefbank AG wird gesteigert, wenn die Eigenkapitalverzinsung die Eigenkapitalkosten übersteigt. Zur Ermittlung der Eigenkapitalrentabilität wird der Jahresüberschuss nach IFRS in Beziehung zum durchschnittlichen Kapital ohne AfS-Rücklage und Cashflow-Hedge-Rücklage gesetzt. Die Eigenkapitalkosten entsprechen der Mindestrenditeerwartung an die Verzinsung des zur Verfügung stehenden IFRS-Kapitals.

Wesentliche Werttreiber sind die Höhe und Marge des Neugeschäfts, die Kosten und das eingegangene Risiko. Die Neugeschäftssteuerung erfolgt auf Basis eines neu entwickelten Pricing Tools, das bei der Preisermittlung in einer barwertigen Betrachtung die Erträge, Kosten und das Risiko der Geschäfte zugrunde legt. In diesem Tool ist auch die Auflage der Europäischen Kommission aus der Genehmigung der staatlichen Beihilfen berücksichtigt, nach der im strategischen Neugeschäft alle neu vergebenen Darlehen eine festgelegte Mindestrendite erfüllen müssen. Weiterer Treiber zur Steigerung der Eigenkapitalrentabilität ist eine strikte Kostendisziplin. Diese wird sowohl anhand der absoluten Kosten als auch mittels der Cost-Income-Ratio, also des Verhältnisses aus Verwaltungsaufwand und operativen Erträgen, überwacht.

Die Risikosteuerung berücksichtigt als wesentliche Risikomaße das ökonomische Kapital. Das aufsichtsrechtliche Kapital und die kumulative Liquiditätsposition ist im Risikobericht beschrieben.

Die Steuerung erfolgt auf Ebene des Konzerns. Darüber hinaus steuert der Konzern Deutsche Pfandbriefbank auf Ebene der drei Segmente Public Sector Finance, Real Estate Finance und Value Portfolio.

Wesentliche Ereignisse

Restrukturierungsmaßnahmen Die Entscheidung der EU-Kommission Mitte Juli 2011 hat das Geschäftsmodell der Deutschen Pfandbriefbank AG als Spezialbank für die Immobilien- und öffentliche Investitionsfinanzierung unter folgenden Auflagen bestätigt. Die Immobilienfinanzierung wird als wesentliches Geschäftsfeld weitergeführt. Ein weiteres Geschäftsfeld ist die projektgebundene öffentliche Investitionsfinanzierung, während in der klassischen öffentlichen Budgetfinanzierung kein Neugeschäft mehr getätigt wird. Das noch bestehende Portfolio an Budgetfinanzierungen ist fast vollständig und weitestgehend fristenkongruent mit öffentlichen Pfandbriefen refinanziert und soll planmäßig auslaufen. Alle Servicingaktivitäten für die FMS Wertmanagement sollen bis spätestens zum 30. September 2013 beendet werden. Die Reprivatisierung der Deutschen Pfandbriefbank AG hat bis Ende 2015 zu erfolgen.

Projekte Nach Abschluss der Restrukturierung konzentriert sich die HRE darauf die prozessualen, operativen, finanziellen und bilanziellen Voraussetzungen für eine Reprivatisierung der Deutschen Pfandbriefbank AG und der DEPFA Bank plc zu schaffen. Weiterhin unterstützt die HRE die FMS Wertmanagement bei dem durch die FMS Wertmanagement verantworteten Projekt der Entwicklung eines Zielmodells für das Servicing ihres Portfolios. Zusätzlich wurde im Jahr 2011 im Rahmen eines Projekts die Informationstechnologie in der Deutschen Pfandbriefbank AG weiter vereinheitlicht. Neben wichtigen Erweiterungen im Markt- und Kreditrisikomanagement, für Treasury und Operations, konnte im 3. Quartal ein wesentlicher Meilenstein erfolgreich abgeschlossen werden, indem drei bisherige Frontendsysteme auf eines zusammengeführt wurden. Das im Frühjahr 2011 initiierte Projekt zur Optimierung der kundenorientierten Primärprozesse der Bank schreitet plangemäß und erfolgreich voran. Wesentliche Ziele sind stärkere Kundenfokussierung durch kürzere Durchlaufzeiten, höhere Prozesszuverlässigkeit sowie das Erreichen einer auf Kosteneffizienz ausgerichteten Prozesslandschaft. Zusätzlich leistet das Projekt einen wertvollen Beitrag zur Qualitätssicherung der Konzeption der zukünftigen IT-Plattform.

Refinanzierungsmaßnahmen Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat am 28. September 2011 einen Hypothekenspfandbrief mit einer Laufzeit von fünf Jahren und einem jährlichen Kupon von 2,625 Prozent emittiert und zahlte einen Aufschlag von 68 Basispunkten über dem aktuellen Referenzpreis im Swap Markt. Damit ist die Deutsche Pfandbriefbank AG auch mit öffentlichen Emissionen wieder am Markt aktiv, nachdem im Berichtsjahr ansonsten Privatplatzierungen getätigt wurden.

Personalia

Mit Wirkung zum 1. Januar 2011 wurde Wolfgang Groth vom Aufsichtsrat in den Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG berufen. Auf der Hauptversammlung am 18. Mai 2011 erfolgte die turnusmäßige Wahl der Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat. Die Hauptversammlung wählte Dr. Bernd Thiemann, Dagmar Kollmann, Dr. Günther Bräunig und Dr. Hedda von Wedel. Der Aufsichtsrat wählte Dr. Bernd Thiemann zum Aufsichtsratsvorsitzenden und Dagmar Kollmann zur stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden. Die Arbeitnehmer wählten Georg Kordick als Arbeitnehmersvertreter. Da ein zweiter Arbeitnehmersvertreter durch die Arbeitnehmer nicht gewählt worden war, wurde auf Antrag des Vorstands und des Aufsichtsratsvorsitzenden am 7. Juli 2011 Heike Theißing durch das Registergericht zum Aufsichtsratsmitglied bestellt.

Ratings

Im Geschäftsjahr 2011 blieben die Senior-Unsecured-Ratings der Deutschen Pfandbriefbank AG der mandatierten Ratingagenturen Fitch Ratings, Moody's und Standard & Poor's unverändert. Diese Ratings berücksichtigen in unterschiedlichem Ausmaß die Wahrscheinlichkeit externer Unterstützung in einer Krise durch den Staat, der über die Muttergesellschaft HRE Holding zugleich Eigentümer der Bank ist.

Fitch Ratings hob das im Berichtsjahr als Ersatz für das „Individual Rating“ eingeführte sogenannte „Viability Rating“ um eine Stufe auf bb an. Standard & Poor's vergab im Zuge der Einführung der neuen Bank-Ratingkriterien ein „Standalone Credit Profile“ (SACP) von bbb-; zuvor lag das SACP auf Basis eines Gruppenansatzes bei bb. Bei Moody's lag das „Bank Financial Strength Rating“ (BFSR) der Deutschen Pfandbriefbank AG im Berichtsjahr unverändert bei E+ mit positivem Ausblick. Nach dem Abschluss des Beihilfeverfahrens des HRE-Konzerns durch die EU-Kommission im Juli 2011 wird die weitere erfolgreiche Umsetzung des Geschäftsmodells einer der entscheidenden Faktoren für die Bewertung der Deutschen Pfandbriefbank AG sein.

Bei den Pfandbrief-Ratings, die in unterschiedlichem Ausmaß auch von den Senior-Unsecured-Ratings beeinflusst werden, kam es im Jahr 2011 zu folgenden Ratingaktionen: Das Rating der Hypothekendarlehen wurde von Moody's von Aa3 auf Aa1 angehoben und von Fitch Ratings mit AA+ bestätigt. Die Öffentlichen Pfandbriefe stellte Fitch Ratings im Oktober 2011 angesichts der Verschlechterung einiger Länder-Ratings auf „Rating Watch Negative“.

Im Hinblick auf Ratings von nachrangigen Verbindlichkeiten kam es im Berichtsjahr unter anderem wegen der veränderten Einschätzung künftiger staatlicher Unterstützung vor dem Hintergrund der geänderten Gesetzeslage zu folgenden Ratinganpassungen: Die von Moody's erteilten Ratings von nachrangigen Verbindlichkeiten der Deutschen Pfandbriefbank AG wurden auf B2 mit positivem Ausblick gesenkt. Standard & Poor's stufte im Februar 2011 die Lower-Tier-2-Ratings der Deutschen Pfandbriefbank AG von BBB- auf BB- zurück, hob diese Ratings aber mit der Anwendung der neuen Bank-Ratingkriterien im Dezember 2011 wieder auf BB+ an. Fitch Ratings gab im Dezember 2011 für diese Ratingklasse ebenfalls eine Überprüfung auf Herabstufung bekannt.

Die Senior-Unsecured-Ratings und Pfandbrief-Ratings per Bilanzstichtag sind in der folgenden Tabelle zusammengefasst.

Senior-Unsecured-Ratings und Ratings für Pfandbriefe der Deutschen Pfandbriefbank AG ⁽¹⁾

	Fitch Ratings		Moody's		Standard & Poor's	
	31.12.11	31.12.10	31.12.11	31.12.10	31.12.11	31.12.10
Langfrist-Rating	A-	A-	A3	A3	BBB	BBB
Ausblick	Stabil	Stabil	Stabil	Stabil	Stabil	Stabil
Kurzfrist-Rating	F1	F1	P-1	P-1	A-2	A-2
Öffentliche Pfandbriefe	AAA ^{2,3}	AAA	Aaa	Aaa	AA+	AA+
Hypothekendarlehen	AA+	AA+ ²	Aa1	Aa3	AA+	AA+

(1) Ratings von mandatierten Ratingagenturen

(2) Überprüfung auf Herabstufung

(3) Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat das Ratingmandat von Fitch Ratings für Öffentliche Pfandbriefe im Februar 2012 beendet (siehe Nachtragsbericht).

Die Ratingagenturen können Ratings jederzeit ändern oder zurückziehen, wenn sie dies für gerechtfertigt halten. Für die Bewertung und Nutzung der Ratings sollten die jeweils geltenden Kriterien und Erläuterungen der Ratingagenturen herangezogen werden und die Nutzungsbedingungen sind zu beachten. Ratings sollten nicht als Ersatz für die eigene Analyse dienen. Sie stellen keine Empfehlung zum Kauf, Verkauf oder Halten von Wertpapieren der Deutschen Pfandbriefbank AG dar.

Arbeitsweise des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat der Deutschen Pfandbriefbank AG setzte sich vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011 wie folgt zusammen: Dr. Bernd Thiemann (Vorsitzender), Dagmar Kollmann (stellvertretende Vorsitzende), Dr. Günther Bräunig, Dr. Hedda von Wedel, Ursula Bestler (Arbeitnehmervertreterin, bis 18. Mai 2011),

Georg Kordick (Arbeitnehmersvertreter) und Heike Theißing (Arbeitnehmersvertreterin, ab 07. Juli 2011). Im Jahr 2011 hielt der Aufsichtsrat der Deutschen Pfandbriefbank AG fünf Sitzungen ab und fasste außerhalb von Sitzungen einen Umlaufbeschluss. Alle Aufsichtsratsrte nahmen während ihrer Amtszeit an mehr als der Hälfte der Sitzungen teil.

In der Zeit vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011 hatte der Aufsichtsrat der Deutschen Pfandbriefbank AG einen Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss (RLA), der mit Dr. Günther Bruning (Vorsitzender), Dagmar Kollmann und Dr. Bernd Thiemann besetzt war. Der Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss hielt acht Sitzungen ab und erörterte in der Regel in mindestens monatlich stattfindenden Telefonkonferenzen Kreditengagements.

Am 13. April 2011 beschloss der Aufsichtsrat über den Konzernabschluss 2010 und den Jahresabschluss 2010 der Deutschen Pfandbriefbank AG. Die Satzung der Deutschen Pfandbriefbank AG wurde mit Beschluss vom 18. Mai 2011 hinsichtlich der Regelungen zur Leitung von Hauptversammlungen so geändert, dass sie der Satzung der HRE Holding AG entspricht. Aufsichtsrat und Vorstand erörterten das EU-Beihilfeverfahren zur Genehmigung der gewährten Liquiditäts- und Kapitaluntersttzung. Der Aufsichtsrat nahm den EU-Auflagenkatalog zustimmend zur Kenntnis und befasste sich nach der positiven Entscheidung der EU-Kommission mit der Umsetzung der Auflagen durch den Vorstand. Am 10. August 2011 verlängerte der Aufsichtsrat das Mandat von Frau Manuela Better als Vorstandsmitglied und Vorsitzende des Vorstands um weitere fünf Jahre bis 31. Januar 2017.

Der Aufsichtsrat beriet die Strategie der Deutschen Pfandbriefbank AG und diskutierte die Entwicklung des Neugeschäfts, sowie die Themen Liquidität und Refinanzierung. Ein weiterer Schwerpunkt der Beratungen waren regulatorische Anforderungen. Im Rahmen der intensiven Beratungen zur Sicherung einer angemessenen Vergütung der Mitarbeiter zur Aufrechterhaltung der operativen Handlungsfähigkeit der Bank kam der Aufsichtsrat zu dem Ergebnis, dass die vom Vorstand vorgeschlagenen Maßnahmen dringend erforderlich sind.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat regelmäßig und zeitnah über die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Deutschen Pfandbriefbank AG. Berichtet wurde auch über die Risikolage, das Risikomanagement, die Liquidittsstrategie, über alle berichtspflichtigen Kreditengagements sowie über wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung sowie für die Leitung des Unternehmens von wesentlicher Bedeutung sind.

Weiter befasste sich der Aufsichtsrat mit den Revisionsergebnissen, die sich auf Basis der EU-Entscheidung ergebenden Jahres- und Mehrjahresplanung der Bank, den Steuerungs- und Kontrollmechanismen im Kredit-, Wertpapier- und Derivategeschäft. Der Aufsichtsrat überwachte die Funktionsfähigkeit des Internen Kontrollsystems (IKS) und des Control Attestation Process (CAP). Der CAP hat eine systematische Überprüfung der in der Bank eingerichteten Schlüsselkontrollen zum Ziel und dient damit einer weiteren Verbesserung des Internen Kontrollsystems. Der Aufsichtsrat analysierte auch die voraussichtlichen, die Bank belastenden Auswirkungen von »Basel III«. Der Aufsichtsrat prüfte die erforderliche Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, erteilte ihm den Prüfungsauftrag und vereinbarte mit ihm sein Honorar.

Der Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss (RLA) bereitete die detaillierte Kontrolle des Aufsichtsrats über die Risiko- und Liquiditätssteuerung vor, überprüfte die Risikoberichterstattung des Vorstands und war im durch die Geschäftsordnung festgelegten Umfang in den Kreditgenehmigungsprozess eingebunden. Der RLA erörterte regelmäßig die Liquiditäts- und Fundingsituation. Im Jahr 2011 beschäftigte er sich auch intensiv mit regulatorischen Anforderungen (z. B. ICAAP).

Die Vorstandsvorsitzende stand mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden laufend über wichtige Entwicklungen in Kontakt. Regelmäßig erörtert wurden die Entwicklung im Kreditgeschäft und die Kreditpolitik im Ganzen, die Risikoentwicklung, die Risikosteuerung, die geschäftspolitische Ausrichtung sowie die Entwicklungen und Tendenzen der Märkte im Aktiv- und Passivgeschäft.

Der Aufsichtsrat hat sich dem Ergebnis der Prüfung des Abschlussprüfers angeschlossen und keine Einwendungen dagegen erhoben. In der Bilanzsitzung hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand beschlossenen Jahresabschluss gebilligt. Der Aufsichtsrat verweist ferner auf den im Lagebericht enthaltenen Vergütungsbericht und die im Internetauftritt des HRE-Konzerns veröffentlichte Entsprechenserklärung zum Public-Corporate-Governance-Kodex des Bundes.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre geleistete Arbeit im Berichtsjahr.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG als Arbeitgeber

Nach umfassenden Umstrukturierungen im Jahr 2010 lag der Fokus für 2011 auf der Stabilisierung der Personalsituation. Während die Deutsche Pfandbriefbank AG Ende 2010 insgesamt 849 Mitarbeiter beschäftigte, waren es Ende 2011 insgesamt 960 Mitarbeiter. Der Personalanstieg steht wesentlich im Zusammenhang mit der Fortführung des Servicings des Portfolios der FMS Wertmanagement. Zur Steigerung der Effizienz bei der Erbringung dieser Dienstleistung wurden die notwendigen organisatorischen Änderungen eingeleitet. Die bereinigte Fluktuation¹ ist in der Deutschen Pfandbriefbank AG im Jahr 2011 zurückgegangen. Zur Stabilisierung des Personalbestands hat auch ein steigender Fokus auf Personalentwicklungsmaßnahmen beigetragen.

Vergütungsbericht

Im Folgenden sind die individualisierten Angaben der Vergütung für das Geschäftsjahr 2011 für jedes einzelne Mitglied des Vorstands und des Aufsichtsrats dargestellt. Es sind jeweils die Bezüge veröffentlicht, die die Vorstandsmitglieder und Aufsichtsratsmitglieder für das Geschäftsjahr 2011 erhalten haben.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG leistet keine Bezüge für die Tätigkeit ihres Vorstands. Die Bezüge des Vorstands wurden ausschließlich von der HRE Holding geleistet, die Pensionszusagen bestehen ausschließlich bei der HRE Holding. Insofern werden im Folgenden aus Informations- und Transparenzgründen die von der HRE Holding geleisteten Konzernbezüge und Pensionszusagen des Vorstands dargestellt:

Konzernbezüge an Vorstandsmitglieder der HRE Holding AG in Tsd. €						
	2011			2010		
	Monetäre Vergütung	Sachbezüge ¹⁾	Insgesamt	Monetäre Vergütung	Sachbezüge ¹⁾	Insgesamt
Manuela Better	500	14	514	500	13	513
Wolfgang Groth (ab 1.1.2011)	500	39	539	-	-	-
Dr. Bernhard Scholz	500	32	532	500	18	518
Alexander v. Uslar	500	22	522	500	19	519
Insgesamt²⁾	2.000	107	2.107	2.667³⁾	94⁴⁾	2.761

¹⁾ Darin enthalten: Sachaufwand für Nebenleistungen im üblichen Rahmen, die der Versteuerung unterliegen

²⁾ Darüber hinaus bestehen einzelvertragliche Zusagen auf Altersversorgung in Höhe eines Prozentsatzes der jährlichen Fixbezüge

³⁾ Darin enthalten monetäre Vergütung für an die im Laufe des Jahres 2010 ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder Dr. Kai-Wilhelm Franzmeyer (500 Tsd. €), Frank Krings (500 Tsd. €) und Dr. Axel Wieandt (167 Tsd. €) und damit an diese insgesamt 1.167 Tsd. €.

⁴⁾ Darin enthalten Sachbezüge für an die im Laufe des Jahres 2010 ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder Dr. Kai-Wilhelm Franzmeyer (2 Tsd. €), Frank Krings (28 Tsd. €) und Dr. Axel Wieandt (14 Tsd. €) und damit an diese insgesamt 44 Tsd. €.

¹ Unter bereinigter Fluktuation versteht man die Fluktuation infolge Kündigung durch Mitarbeiter oder Bank und durch Ablauf befristeter Verträge oder durch Abschluss eines Aufhebungsvertrages, ohne Ausscheiden durch Tod, Pensionierung, Vorruhestand, oder Konzerntransfer.

Pensionszusagen der Vorstandsmitglieder der HRE Holding in Tsd. €					
	2011				2010
	Barwert der im Geschäftsjahr erdienten Pensionsansprüche	Zinsaufwand	Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	Pensionsverpflichtung per 31.12.	
Manuela Better (Vorsitzende)	83	117	275	2.938	2.463
Dr. Bernhard Scholz	1.388	64		2.741	1.342
Alexander v. Uslar	74	105		2.326	2.208
Insgesamt	1.545	286	275	8.005	6.013

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats der Deutschen Pfandbriefbank AG erhalten gemäß § 10 Absatz 1 der Satzung eine jährliche Vergütung von 10.000 €. Die Ausschusstätigkeit wird nicht gesondert vergütet. Der Vergütungsanspruch besteht jeweils anteilig für den Zeitraum der Tätigkeit. Die Bank erstattet die Reisekosten, Sitzungsgelder werden nicht bezahlt.

Rückstellung Aufsichtsratsvergütung Deutsche Pfandbriefbank AG in Tsd. €				
	Vergütung 2011	Umsatzsteuer	2011	2010
Jährliche Vergütung pro Mitglied	10,00	19%		
Ursula Bestler, bis 18.05.2011 ¹⁾	4,17	0,79	4,96	11,90
Dr. Günther Bräunig	10,00	1,90	11,90	11,90
Dagmar Kollmann	10,00	1,90	11,90	11,90
Georg Kordick ¹⁾	10,00	1,90	11,90	11,90
Heike Theißen, ab 07.07.2011 ¹⁾	5,00	0,95	5,95	0,00
Dr. Bernd Thiemann	10,00	1,90	11,90	11,90
Dr. Hedda v. Wedel	10,00	1,90	11,90	11,90
Summe	59,17	11,24	70,41	71,40

¹⁾ Arbeitnehmervertreter

Mitarbeiter

Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt unter Beachtung der regulatorischen und gesetzlichen Anforderungen, insbesondere auch des Restrukturierungsgesetzes. Das im Geschäftsjahr 2010 implementierte Vergütungssystem wird trotz der Regelungen des Restrukturierungsgesetzes und damit verbunden dem Verbot variable Vergütung zu zahlen weiterhin als Zielsystem aufrecht erhalten. Die variable Vergütung als eine Komponente des Zielsystems ist aber nach wie vor suspendiert. Den unter anderem aus der Institutsvergütungsverordnung abgeleiteten regulatorischen Anforderungen im Hinblick auf z. B. Langfristigkeit, Nachhaltigkeit oder aber auch an angemessene steuerungs- und verhaltensanreizbietende Wirkung konnte aufgrund des Verbots variabler Vergütung weiterhin nicht vollumfänglich Rechnung getragen werden. Zur Aufrechterhaltung der operativen Handlungsfähigkeit wurde unter Beteiligung der Arbeitnehmervertretungen eine Funktionszulage eingeführt, die hinter der

ursprünglich vorgesehenen variablen Vergütung deutlich zurück bleibt und sowohl mit dem Aufsichtsrat wie auch mit dem Eigentümer abgestimmt ist.

Vergütungsausschuss

Der Vergütungsausschuss setzte sich im Jahr 2011 aus Vertretern der Bereiche Personal, den Vertriebseinheiten sowie dem Treasury / Asset Management und Portfolio Management, Risikocontrolling und -Management, Compliance / Corporate Governance, Finanzen sowie – als Mitglied ohne Stimmrecht im Rahmen der Aufgaben – einem Vertreter der Internen Revision zusammen. Der Personalvorstand nimmt den Vorsitz des Vergütungsausschusses wahr.

Der Vergütungsausschuss des HRE-Konzerns hielt im Jahr 2011 insgesamt zwei ordentliche und eine außerordentliche Sitzung ab und befasste sich schwerpunktmäßig mit folgenden Themen:

- Beratung über die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Sicherstellung einer angemessenen marktfähigen Vergütung zur Vermeidung erheblicher operativer Risiken vor dem Hintergrund des Restrukturierungsgesetzes
- Erstellung des Vergütungsberichtes für 2009 und 2010
- Erarbeitung eines Vorschlags für die Definition der risikobegründenden Funktionen („Risk Taker“) gem. § 5 Institutsvergütungsverordnung für 2011.
- Beratung der Prinzipien im Rahmen des Salary Review 2011 und der Einschätzung der Angemessenheit unter Berücksichtigung der gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen.

Im Rahmen der turnusmäßigen Überprüfung der risikobegründenden Funktionen („Risk Taker“) im Jahr 2011 wurden für die Identifizierung folgende Kriterien festgelegt:

- Alle Geschäftsleiter der Gesellschaften der HRE Holding, der Deutschen Pfandbriefbank AG, der DEPFA Bank plc, Hypo Pfandbrief Bank International S.A., pbb Services, DEPFA ACS Bank und Hypo Public Finance Bank),
- Alle Führungskräfte der zweiten Ebene, die direkt an den Vorstand der HRE Holding berichten,
- Mitarbeiter mit Stimmrecht in Credit Committees (CC) und/oder Risk Committees (RC) und/oder Risk Provising Committees (RPC) und/oder Assset und Liability Committees (ALCO).

In Summe sind somit 4,2 % der Belegschaft Inhaber risikobegründender Funktionen. Der Vorstand der HRE Holding AG sowie der Deutschen Pfandbriefbank AG haben dem Vorschlag des Vergütungsausschusses zugestimmt und die entsprechenden Beschlüsse hierzu gefasst.

Nachhaltigkeit

Unternehmen haben Verantwortung insbesondere gegenüber ihrem Eigentümer, ihren Kunden, ihren Mitarbeitern, der Gesellschaft und der Umwelt.

Ökologische Nachhaltigkeit

Die Deutsche Pfandbriefbank AG ist an der Förderung und dem Erhalt einer lebenswerten Umwelt gelegen. So wird darauf geachtet, dass Hersteller und Zulieferer den definierten Umweltschutzansprüchen genügen und entsprechend zertifiziert sind. Intern wird diesem Anspruch zum Beispiel durch papiersparende Arbeitsabläufe oder die Verwendung moderner, energiesparender Geräte Rechnung getragen. Durch den Einsatz von Videokonferenzsystemen zur Vermeidung von Dienstreisen konnte der Energieverbrauch weiter reduziert werden. Eine neue Firmenwagenregelung erlaubt ausschließlich die Anschaffung von Fahrzeugen mit geringem CO₂-Ausstoß.

Gesellschaftliches Engagement

Ihrer gesellschaftlichen Verantwortung widmete sich die Deutsche Pfandbriefbank AG im Jahr 2011 hauptsächlich über ihre beiden Stiftungen, der pbb Stiftung Deutsche Pfandbriefbank sowie der pbb Stiftung für Kunst und Wissenschaft. Seit deren Gründungen in den Jahren 1987 beziehungsweise 1968 durch Vorgängerinstitute der Deutschen Pfandbriefbank AG verfügen die Stiftungen über ein eigenständiges, von der Bank losgelöstes Kapital, das ausschließlich zur Erfüllung der Stiftungszwecke verwendet werden darf.

Die pbb Stiftung Deutsche Pfandbriefbank unterstützt Projekte zur Förderung von Kunst und Kultur. Dabei ist ihr die Nachwuchsförderung ein besonderes Anliegen. Zudem ergreift sie mit ihrem bundesweit beachteten Architekturpreis selbst die Initiative zur Verbesserung architektonischer Kultur bei gewerblichen Objekten in Deutschland. Mit dem Architekturpreis werden ästhetisch und ökologisch vorbildliche Gewerbebauten prämiert. Seit 1992 wird dieser renommierte Preis im zweijährigen Rhythmus vergeben. Der Wettbewerb zählt zu den wenigen Preisen, die sich ausschließlich mit Gewerbebauarchitektur befassen. Im Jahr 2006 wurde er um einen Nachwuchspreis erweitert, der jungen Architekten eine Plattform bietet und den Dialog zwischen diesen und erfahrenen Architekten, Bauherren und Investoren fördert. Beide Wettbewerbe stehen unter der Schirmherrschaft des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und des Bundes Deutscher Architekten (BDA).

Die pbb Stiftung für Kunst und Wissenschaft fördert – mit dem Schwerpunkt Baden-Württemberg – geistige und künstlerische Arbeiten vor allem in Schrifttum, Malerei, Bildhauerei, Musik, Theater, Architektur/Design, Landeskunde und Brauchtum.

Wirtschaftsbericht

Im Jahr 2011 verzeichnete die Deutsche Pfandbriefbank AG ein Ergebnis vor Steuern von 154 Mio. €. Die Deutsche Pfandbriefbank AG war somit, wie zu Jahresbeginn prognostiziert, im ersten vollen Geschäftsjahr nach Abschluss der Restrukturierung und Neuausrichtung profitabel, was den Erfolg dieser Maßnahmen verdeutlicht. Neben der Profitabilität des Gesamtportfolios waren diverse Einmaleffekte sowie eine geringe Kreditrisikovorsorge ausschlaggebend für das gute Ergebnis des Jahres 2011.

Im Vorjahr war das Jahresergebnis vor Steuern mit -112 Mio. € negativ. Allerdings beinhaltete die Gewinn- und-Verlust-Rechnung 2010 noch Effekte aus den im Oktober 2010 an die FMS Wertmanagement übertragenen Positionen. Dies betraf vor allem hohe Wertberichtigungen auf Forderungen. Darüber hinaus fielen im Vorjahr Aufwendungen für Liquiditätsunterstützungen in wesentlicher Höhe an.

Im Detail stellte sich die Ergebnisentwicklung des Jahres 2011 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Entwicklung der Erfolgslage

Ergebnis vor Steuern Das Ergebnis vor Steuern belief sich im Jahr 2011 auf 154 Mio. €. Wie schon im Vorjahr zeichneten sich im Jahr 2011 die Erfolge aus der Restrukturierung und Neuausrichtung der Deutschen Pfandbriefbank AG ab. Das Ergebnis vor Steuern war gegenüber dem Vorjahr (2010: -112 Mio. €) deutlich positiv. Das Vorjahr war bereits durch den rückläufigen Zinsüberschuss sowie hohen Belastungen aus der Kreditrisikovorsorge für Immobilienfinanzierungen geprägt.

Gewinn- und Verlust-Rechnung in Staffelform	2011 Mio. €	2010 Mio. €	Veränderung Mio. €	Veränderung %
Zinsüberschuss	348	587	-239	-40,7
Provisionsüberschuss	25	13	12	92,3
Personalaufwand	-120	-101	-19	-18,8
Andere Verwaltungsaufwendungen	-174	-183	9	4,9
Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-12	-13	1	7,7
Verwaltungsaufwendungen insgesamt	-306	-297	-9	-3,0
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen	149	33	116	>100,0
Betriebsergebnis (vor Risikovorsorge)	216	336	-120	-35,7
Risikovorsorge	-64	-395	331	83,8
Ergebnis aus Finanzanlagen	2	-28	30	>100,0
Betriebsergebnis	154	-87	241	>100,0
Außerordentliches Ergebnis	0	-25	25	100,0
Ergebnis vor Steuern	154	-112	266	>100,0
Steuern	-12	-6	-6	-100,0
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	142	-118	260	>100,0
Verlustvortrag	-3.589	-3.792	203	5,4
Entnahmen (+) / Wiederauffüllung (-) aus Genussrechtskapital	-4	3	-7	>-100,0
Entnahme aus stiller Beteiligung	103	318	-215	-67,6
Bilanzverlust	-3.348	-3.589	241	6,7

Operative Erträge Die operativen Erträge (Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss sowie Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen/Aufwendungen) gingen verglichen mit dem Vorjahr spürbar um 111 Mio. € zurück, maßgebend beeinflusst durch den rückläufigen Zinsüberschuss.

Der **Zinsüberschuss** lag in 2011 mit 348 Mio. € um 239 Mio. € unter dem Vorjahresniveau (587 Mio. €), da vor allem mit der Restrukturierung und der damit verbundenen Übertragung von Portfolien an die FMS Wertmanagement positive Zinsmargen abgegeben wurden. Im Jahr 2011 konnte das Neugeschäft zudem die Höhe der Rückzahlungen nur bedingt kompensieren. Dieser Effekt wurde jedoch teilweise durch die im Vergleich zum Bestandsgeschäft höheren Neugeschäftsmargen ausgeglichen. Als Sondereinflüsse sind Close-Out Aufwendungen aus Derivaten in Höhe von 54 Mio. € gegenüber 20 Mio. € Erträgen im Vorjahr anzuführen. Die Zinsausfälle reduzierten sich in 2011 deutlich auf 5 Mio. € (Vorjahr: 49 Mio. €). Einmalerträge wie Rücknahme- und Vorfälligkeitsentschädigungen im Hypothekengeschäft wurden in Höhe von 12 Mio. € (Vorjahr: 28 Mio. €) vereinnahmt.

Wie im Vorjahr kamen aufgrund eines sich für 2011 ergebenden Bilanzverlusts Ausschüttungen auf Genussrechte in Höhe von 10 Mio. € und Zinsen auf das Hybridkapital mit 21 Mio. € gemäß den vertraglichen Bedingungen nicht zur Auszahlung.

Das **Provisionsergebnis** war mit 25 Mio. € gegenüber dem Vorjahr um 12 Mio. € deutlich verbessert. Grund hierfür ist der Wegfall der noch im Vorjahr angefallenen Provisionsaufwendungen für die Liquiditätsunterstützung an den SoFFin. Die Provisionserträge enthielten die Gebühren für die Übernahme des Kreditrisikos der von den Tochtergesellschaften gewährten Kredite in Höhe von 7 Mio. € und Einnahmen aus Bearbeitungsgebühren aus dem Kreditgeschäft in Höhe von 23 Mio. €. Die Provisionsaufwendungen bestanden im Wesentlichen aus Aufwendungen für Gebühren aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft in Höhe von 3 Mio. €.

Der positive **Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen/Aufwendungen** in Höhe von 149 Mio. € resultierte im Wesentlichen aus Nettoerträgen für an die FMS Wertmanagement erbrachten Dienstleistungen in Höhe von 106 Mio. €. Weiter waren 19 Mio. € Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, deren Grund entfallen war (u. a. Restrukturierungsrückstellungen, Personalrückstellungen) und 5 Mio. € Erträge aus der Währungsumrechnung enthalten.

Verwaltungsaufwendungen Die Verwaltungsaufwendungen stiegen um 9 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (297 Mio. €) auf 306 Mio. € aufgrund des gestiegenen Personalaufwands. Dieser erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 19 Mio. € auf 120 Mio. €. Der **Personalaufwand** stieg hauptsächlich aufgrund eines höheren durchschnittlichen Mitarbeiterbestandes als im Vorjahr. Die zusätzlichen Mitarbeiter wurden für die Erbringung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem laufenden Betrieb der FMS Wertmanagement eingestellt. Die **anderen Verwaltungsaufwendungen** reduzierten sich um 9 Mio. € auf 174 Mio. €. Ursache hierfür waren vor allem rückläufige Beratungsaufwendungen. Im Vorjahr war der Sachaufwand durch Beratungs- und IT-Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Projekt zur Übertragung der Positionen auf die FMS Wertmanagement belastet.

Betriebsergebnis vor Risikovorsorge Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge hat sich um 120 Mio. € auf 216 Mio. € vermindert. Hauptgrund hierfür war der Rückgang des Zinsüberschusses.

Risikovorsorge Die Risikovorsorge wurde deutlich von 395 Mio. € im Vorjahr auf 64 Mio. € entlastet. Darin enthalten sind erhöhte Wertpapierabschreibungen aus dem Liquiditätsvorsorgebestand in Höhe von 50 Mio. € (Vorjahr: -37 Mio. €).

Ergebnis aus Finanzanlagen Der Saldo des Finanzanlageergebnisses betrug 2 Mio. € (Vorjahr: -28 Mio. €). Der negative Saldo des Finanzanlageergebnisses des Vorjahres resultiert im Wesentlichen aus Abschreibungen für Wertpapiere des Anlagebestandes. Im Geschäftsjahr wurden Abschreibungen im Wertpapierbestand des Anlagevermögens zulässiger Weise in Höhe von 2.816 Mio. € unterlassen (Vorjahr 1.807 Mio. €).

Betriebsergebnis Nach Risikovorsorge und Ergebnis aus Finanzanlagen ergibt sich gegenüber dem Vorjahr ein deutlich positiveres Betriebsergebnis in Höhe von 154 Mio. € (Vorjahr: -87 Mio. €).

Außerordentliches Ergebnis Das Außerordentliche Ergebnis war in 2011 bis auf einen geringfügigen Aufwand ausgeglichen. Das negative Vorjahresergebnis in Höhe von 25 Mio. € beinhaltete mit 7 Mio. €

wesentliche Aufwendungen aus der Restrukturierung sowie mit 18 Mio. € Aufwendungen aus der erstmaligen Anwendung der Vorschriften des § 254 HGB (Bewertungseinheiten).

Ergebnis vor Steuern Auch das positive Ergebnis vor Steuern stellt sich mit 154 Mio. € gegenüber -112 Mio. € im Vorjahr deutlich verbessert dar. Das Vorjahr war dabei primär beeinflusst durch eine Aufstockung der Risikovorsorge in Höhe von insgesamt 395 Mio. €

Ergebnis nach Steuern Nach Steuern wird ein Jahresüberschuss für 2011 in Höhe von 142 Mio. € (Vorjahr: - 118 Mio. €) ausgewiesen.

Bilanzverlust Der Bilanzverlust in Höhe von 3.348 Mio. € resultiert aus dem Bilanzverlust des Vorjahres in Höhe von 3.589 Mio. € sowie aus dem Jahresüberschuss 2011 vom 142 Mio. €, der saldierten Wiederauffüllung von Genussrechtstranchen von 4 Mio. € und der Entnahme 2011 aus stiller Beteiligung von 103 Mio. €.

Entwicklung der Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Deutschen Pfandbriefbank AG belief sich zum 31. Dezember 2011 auf 92,5 Mrd. € nach 168,7 Mrd. € im Vorjahr.

Der Rückgang steht primär im Zusammenhang mit dem weiteren Abbau von Gegeneffekten, die bei der Übertragung von Positionen auf die FMS Wertmanagement im Oktober 2010 die Bilanzsumme erhöht hatten. Diese Gegeneffekte, die zum Beispiel aus der Übernahme von Refinanzierungen entstanden, konnten im Jahr 2011 weiter reduziert werden:

- Die FMS Wertmanagement war Ende 2011 nicht mehr auf Refinanzierungsmittel angewiesen, die die Deutsche Pfandbriefbank AG von Zentralbanken an die Abwicklungsanstalt durchleitet. Als Folge sank das Volumen der Reverse Repos für die FMS Wertmanagement von 59,9 Mrd. € zum 31. Dezember 2010 auf 0 Mrd. € zum 31. Dezember 2011.
- Das Volumen der von der FMS Wertmanagement emittierten Wertpapiere im Bestand reduzierte sich von 8,8 Mrd. € am 31. Dezember 2010 auf 3,0 Mrd. € am 31. Dezember 2011.
- Der Bilanzbestand der synthetisch übertragenen Deckungsstockbestände sank von 11,0 Mrd. € im Vorjahr auf 9,0 Mrd. €, wodurch die Forderungen an Kunden zurückgingen.

Auch unabhängig vom Rückgang der Gegengeschäfte sank die Bilanzsumme der Deutschen Pfandbriefbank AG aufgrund eines planmäßigen Abschmelzens einiger Portfolien. Rückläufig waren vor allem Portfolien, wie die reinen Budgetfinanzierungen, in denen die Deutsche Pfandbriefbank AG, im Einklang mit den Auflagen der Europäischen Kommission seither kein Neugeschäft mehr tätigt. Das Neugeschäft im Bereich Immobilienfinanzierungen und den öffentlichen Investitionsfinanzierungen konnte die Rückzahlungen dagegen weitgehend kompensieren.

Neben den Effekten im Zusammenhang mit dem Übertrag von Vermögenswerten auf die FMS Wertmanagement erhöhte sich die Bilanzsumme aufgrund von marktinduzierten Effekten. Der Kursverfall des Euros gegenüber dem US-Dollar, dem japanischen Yen und dem britischen Pfund führte zu einer Verlängerung der in Euro dargestellten Bilanz, da die Fremdwährungsaktiva und -passiva durch die Währungsumrechnung einen höheren Eurobuchwert widerspiegeln. Ferner musste die Deutsche Pfandbriefbank AG wegen der Ratingverschlechterungen einiger Staaten und wegen des schwächeren Euros zusätzliche Sicherheiten für gedeckte Refinanzierungen stellen, wodurch die Bilanzsumme weiter stieg.

Das bilanzielle Eigenkapital erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 2,4 Mrd. € auf 2,5 Mrd. €. Die Erhöhung resultiert aus dem laufenden Jahresüberschuss. Kapitalerhöhungen wurden im Geschäftsjahr 2011 nicht durchgeführt.

Bankenaufsichtsrechtliche Kennzahlen nach Solvabilitätsverordnung

Gemäß der „Waiver-Regelung“ nach § 2a KWG ist die Deutsche Pfandbriefbank AG befreit, auf Institutsebene die Eigenmittel- und Kernkapitalquoten zu ermitteln.

Entwicklung der Finanzlage

Der Refinanzierungsbedarf sank durch das strategiekonforme Abschmelzen einiger Portfolien auf der Aktivseite. Wie auf der Aktivseite resultierten auch auf der Passivseite die Veränderungen insbesondere aus dem Rückgang von Gegeneffekten im Zusammenhang mit der Übertragung von Positionen auf die FMS Wertmanagement.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gingen gegenüber dem Vorjahr um 56 Mrd. € stark zurück, da keine Mittel mehr bei Zentralbanken für die FMS Wertmanagement aufgenommen werden mussten.

Die verbrieften Verbindlichkeiten reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um 9 Mrd. €, da auslaufende Emissionen nur im geringen Umfang durch Neubegabungen ersetzt wurden.

Die Kundeneinlagen waren ebenfalls rückläufig und reduzierten sich um 3 Mrd. €. Dies ist im Wesentlichen in Sichtverbindlichkeiten aus dem Zahlungsverkehr gegenüber der FMS Wertmanagement begründet.

Der Rückgang bei den Sonstigen Verbindlichkeiten ist größtenteils auf die im Kapitel „Entwicklung der Vermögenslage“ beschriebenen kompensierenden Effekten zurückzuführen.

Zusammenfassende Würdigung

Das Vorsteuerergebnis der Deutschen Pfandbriefbank AG belief sich im Jahr 2011 auf 154 Mio. €. Zwar wurde die Höhe des Ergebnisses durch Einmaleffekte begünstigt, dennoch zeigte sich deutlich die Profitabilität der Deutschen Pfandbriefbank AG. Dies verdeutlicht die Erfolge der Deutschen Pfandbriefbank AG bei der Neuausrichtung und die Profitabilität des Portfolios nach der Übertragung von Positionen auf die FMS Wertmanagement.

Verbundene Unternehmen

Zur HRE Holding in München steht die Deutsche Pfandbriefbank AG in einem Abhängigkeitsverhältnis gemäß § 17 AktG.

Am 8. Juni 2009 übernahm der Finanzmarktstabilisierungsfonds SoFFin die Aktienmehrheit der HRE Holding. Ab diesem Zeitpunkt entfällt die Berichtspflicht nach § 312 AktG.

Nachtragsbericht

Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat im Januar 2012 einen Hypothekendarlehenpfandbrief über 500 Mio. € begeben. Der Pfandbrief mit einer Laufzeit von vier Jahren hat einen Kupon von 2,25 Prozent, was einem Spread von 75 Basispunkten über dem Referenzpreis im Swap-Markt entspricht.

Im Januar 2012 hat der Vorstand beschlossen, im Einklang mit den Auflagen der Europäischen Kommission aus dem Beihilfeverfahren, eine Niederlassung in Stockholm zu eröffnen. Die Deutsche Pfandbriefbank AG unterstreicht damit ihre Nähe zum Kunden und ihre Marktpräsenz sowie ihr Ziel, attraktive Neugeschäftsmöglichkeiten zu nutzen.

Die FMS Wertmanagement hat in Abstimmung mit ihren Gremien und mit Zustimmung der FMSA am 25. Januar 2012 eine Grundsatzentscheidung über das Zielmodell für das Servicing nach September 2013 getroffen. Für die Erbringung der Aufgaben im Portfoliomanagement sieht die FMS Wertmanagement eine eigenständige Servicegesellschaft vor. Die Dienstleistungen in den Bereichen Operations und IT sollen dagegen an einen Dritten vergeben werden. In beiden Fällen will die FMS Wertmanagement auch auf Mitarbeiter der Deutschen Pfandbriefbank AG zurückgreifen.

Aufgrund der aus Sicht der Bank überhöhten Überdeckungsforderungen, beendete die Deutsche Pfandbriefbank AG im Februar 2012 das Ratingmandat von Fitch Ratings für Öffentliche Pfandbriefe. Fitch hat gleichzeitig mit dem Entzug des Ratings eine letztmalige Bewertung der Öffentlichen Pfandbriefe mit A+ vorgenommen.

Im März 2012 beendete Fitch Ratings die im Dezember 2011 eingeleitete branchenweite Überprüfung der Ratings von Nachrangverbindlichkeiten. Die Anwendung der geänderten Methodik führte bei der Deutschen Pfandbriefbank AG zu einer Herabstufung dieser Ratings von BBB+ auf BB-.

Darüber hinaus fanden keine berichtenswerten Vorgänge nach dem 31. Dezember 2011 statt.

Risikobericht

Organisation und Grundsätze des Risiko- Kapitalmanagements

Die HRE hat ein konzernweites Risikomanagement- und Risikocontrollingsystem eingerichtet. Dies stellt gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung zur Anwendung der Waiver-Regelung gemäß § 2a KWG dar. Alle Aufgaben gemäß § 25 a KWG im Bereich der einheitlichen Risikoidentifizierung, -messung und -limitierung sowie des Risikomanagements werden von der HRE zentral vorgegeben. Die operative Umsetzung obliegt dem jeweiligen Tochterinstitut.

Organisation und Committees

Die Grundsätze, Methoden und Prozesse des Risikomanagementsystems des HRE-Konzerns werden zentral vom Risikomanagement und -controlling der HRE Holding vorgegeben und finden in der Deutschen Pfandbriefbank AG Anwendung. Die nachfolgend dargestellten Komitees sind unter Beteiligung der jeweiligen Kompetenzträger der Deutschen Pfandbriefbank AG auf HRE-Konzernebene eingerichtet.

Der Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG trägt die Verantwortung für das Risikomanagementsystem und entscheidet über die Strategien und die wesentlichen Fragen des Risikomanagements und der Risikoorganisation der Deutschen Pfandbriefbank AG. Alle wesentlichen Kriterien werden nachvollziehbar und systematisch identifiziert, analysiert, bewertet, gesteuert, dokumentiert, überwacht und kommuniziert.

Nachfolgend sind die wesentlichen, vom Vorstand zu verantwortenden Aktivitäten im Risikomanagementsystem im Überblick dargestellt:

- Festlegung, Aktualisierung und Kommunikation von Geschäfts- und Risikostrategien als Grundlage der Geschäftsaktivitäten und Risikonahme für die Deutsche Pfandbriefbank AG
- Festlegung und Weiterentwicklung von Organisationsstrukturen, insbesondere für das Risikomanagement zur Gewährleistung der Steuerung und Überwachung aller wesentlichen Risiken der Deutschen Pfandbriefbank AG
- Verabschiedung von Kreditkompetenzrichtlinien als Entscheidungsrahmen entlang der Kreditprozesse der Deutschen Pfandbriefbank AG
- Entscheidung über (Portfolio-)Steuerungsmaßnahmen außerhalb der übertragenen Kompetenzen

Der Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG informiert den Aufsichtsrat der Deutschen Pfandbriefbank AG über wesentliche Änderungen der Geschäfts- und Risikostrategien sowie über das Risikoprofil der Deutschen Pfandbriefbank AG. Der für die Deutsche Pfandbriefbank AG zuständige Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss (RLA) des Aufsichtsrats befasst sich hauptsächlich mit der Steuerung der Gesamtrisikosituation, der Überwachung, Einrichtung und Fortentwicklung eines effizienten Risikomanagementsystems sowie mit der Liquiditätssteuerung und -sicherung der Deutschen Pfandbriefbank AG. Der Vorstand informiert das Gremium über alle Erhöhungen und Neubildungen von Einzelwertberichtigungen über 5 Mio. € und in regelmäßigen Abständen über größere und risikoreichere Engagements.

Das Group Risk Committee (RC) der HRE, welches gleichzeitig für die Deutsche Pfandbriefbank AG tätig ist, setzt sich aus dem Chief Risk Officer (CRO, Vorsitzender) und dem Chief Financial Officer (CFO) der HRE Holding in Personalunion für die Deutsche Pfandbriefbank AG, dem Chief Credit Officer (CCO) der Deutschen Pfandbriefbank AG sowie dem Leiter Risk Management & Control zusammen. Das Gremium tagt in der Regel monatlich und verabschiedet Richtlinien, Methoden zur Risikomessung, deren Parametrisierung sowie Methoden der Risikoüberwachung für alle Risikoarten. Das Risk Committee überwacht die Entwicklung der Risikotragfähigkeit, des ökonomischen Kapitals, der Risikodeckungsmasse und des Kreditportfolios sowie die Einhaltung von Limiten. Es entscheidet über geeignete Maßnahmen des Kreditrisikomanagements und diskutiert regelmäßig die Portfolien des HRE-Konzerns und somit auch der Deutschen Pfandbriefbank AG.

Das Group Asset and Liability Committee (ALCO) der HRE, welches gleichzeitig für die Deutsche Pfandbriefbank AG tätig ist, ist unter Vorsitz des zuständigen Vorstandsmitglieds für Treasury und Asset Management mit dem CRO, dem CFO, den Leitern der Bereiche Treasury und Asset Management, Finance, Risk Management & Control besetzt und tagt monatlich. Die Aufgaben umfassen das Liquiditätsmanagement, das Management der Bilanzstruktur der HRE und der Deutschen Pfandbriefbank AG, Funds Transfer Pricing sowie die Marktrisikosteuerung und die Steuerung der regulatorischen Kapitalquoten. In diesem Gremium erfolgt auch die Vorbereitung von Entscheidungsvorlagen für Liquiditäts- und Refinanzierungsstrategien, die nach Diskussion im Risk Committee ebenso wie Akquisitionen und Desinvestments im Vorstand der HRE bzw. Deutschen Pfandbriefbank AG entschieden werden.

Das Group Credit Committee, welches gleichzeitig für die Deutsche Pfandbriefbank AG tätig ist, setzt sich aus dem CRO (Vorsitzender), den Chief Credit Officers (CCOs) der Geschäftssegmente, den Senior Credit Executives und dem Leiter Risk Management & Control sowie Vertretern der Marktseite zusammen. Die Vertreter der Marktseite haben dabei ein Votierungsrecht im Rahmen der Marktverantwortung. Das Gremium tagt in der Regel mindestens wöchentlich und ist für kompetenzgerechte Kreditentscheidungen für Neugeschäft, Prolongationen und materielle Veränderungen im Kreditverhältnis verantwortlich. Es gibt zudem ein Votum ab für alle Kreditentscheidungen, die in die Kompetenz des Vorstandes der Deutschen Pfandbriefbank AG fallen beziehungsweise durch den Aufsichtsrat zu genehmigen sind. Das Credit Committee stellt sicher, dass die Kreditentscheidungen der jeweils aktuellen Geschäfts- und Risikostrategie entsprechen.

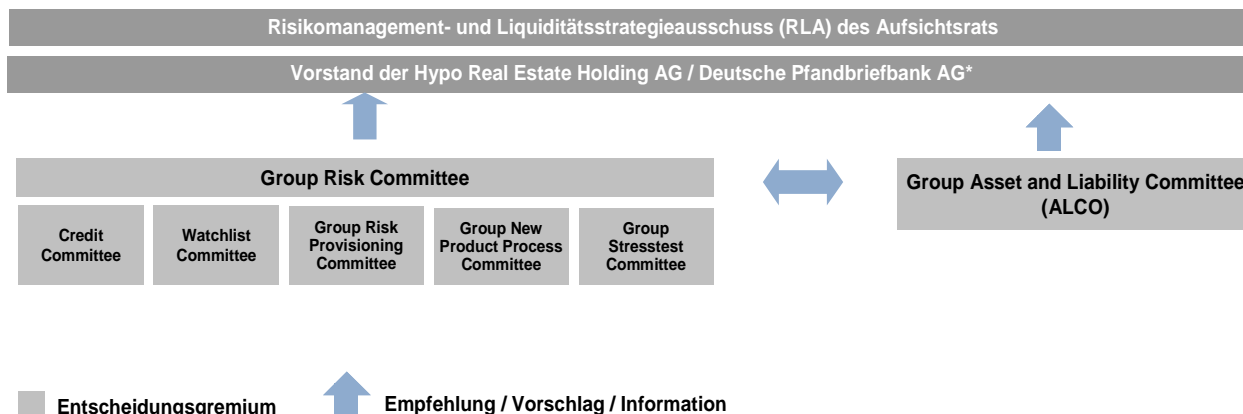
Das Group Watchlist Committee, welches gleichzeitig für die Deutsche Pfandbriefbank AG tätig ist, tagt monatlich. In dem Gremium werden alle im Rahmen des Frühwarnsystems aufgefallenen Engagements der Deutschen Pfandbriefbank AG besprochen und gegebenenfalls individuelle, risikobegrenzende Maßnahmen festgelegt, die nachfolgend von den zuständigen Abteilungen umzusetzen sind. Sofern notwendig, beschließt das Gremium über die Engagementübergabe an den Bereich Global Workout, der auf Basis einer Engagementstrategie die notwendigen Schritte zur Restrukturierung und Abwicklung durchführt. Alle notwendigen Kreditentscheidungen werden von den jeweils verantwortlichen Kompetenzträgern entsprechend der Kreditkompetenzordnung beziehungsweise im Credit Committee getroffen.

Sofern Hinweise auf eine objektive Wertminderung bei einem Engagement vorliegen, wird das Ergebnis nach erfolgter Ermittlung der Höhe der Wertminderung im Group Risk Provisioning Committee vorgestellt. Es entscheidet im Rahmen einer vorgegebenen Kompetenzordnung beziehungsweise gibt Empfehlungen im Hinblick auf die Bildung und Auflösung von Risikovorsorge sowie gegebenenfalls notwendige Rettungserwerbe. Die Empfehlungen des Gremiums sind vom Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG im Rahmen der jeweils gültigen Kompetenzordnung zu entscheiden.

Das Group New Product Process Committee, welches gleichzeitig für die Deutsche Pfandbriefbank AG tätig ist, stellt sicher, dass vor Aufnahme der Geschäftstätigkeit mit neuen Produkten und in neuen Märkten die daraus resultierenden Risiken sowie die Auswirkungen auf Prozesse, Kontrollen und Infrastruktur systematisch analysiert und adressiert werden. Erst mit Genehmigung durch das New Product Process Committee erfolgt eine Aufnahme der Geschäftstätigkeit mit neuen Produkten oder in neuen Märkten.

Das neu etablierte Group Stresstest Committee als Unterausschuss des Group Risk Committees ist für die Methodik, Durchführung und Überwachung der internen Stresstests verantwortlich.

Governance-Struktur mit Waiver*

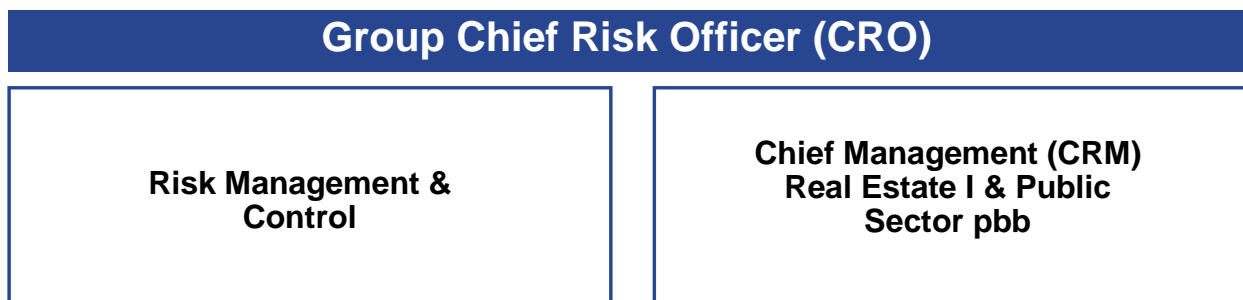


*aufgrund des bestehenden Waivers gemäß § 2a KWG

Group Chief Risk Officer (CRO) Neben den oben genannten Komitees bilden folgende Organisationseinheiten des Chief Risk Officers, der in Personalunion auch CRO der Deutschen Pfandbriefbank AG ist, einen integralen Bestandteil des Risikomanagementsystems der HRE, in das die Deutsche Pfandbriefbank AG einbezogen ist:

Organisation des Chief Risk Officers in der Deutschen Pfandbriefbank AG:

Stand : 31. Dezember 2011



Die Organisation der CRO-Funktion umfasst als Überwachungs- und Marktfolgeeinheit auf Ebene der Deutschen Pfandbriefbank AG

- die Einheit **Risk Management & Control**, die unter anderem Markt-, Adress-, operationelle Risiken und Liquiditätsrisiken der Deutschen Pfandbriefbank AG überwacht und auch für einheitliche Risikomessmethoden, Risikoberichte und Kreditprozesse verantwortlich ist
- die Einheiten des **Credit Officer Real Estate I & Public Sector pbb** der Deutschen Pfandbriefbank AG, die jeweils das Bestandsmanagement sowie die Analyse des Neugeschäfts zur Aufgabe haben
- die Einheit **Global Workout Real Estate I**, welche die Sanierung und Abwicklung aller kritischen Engagements im Segment Real Estate Finance zum Ziel hat, und das **Credit Secretary**, welches insbesondere für die Organisation des **Credit Committee** verantwortlich zeichnet. Beide wurden im ersten Halbjahr 2011 dem Bereich **CRM Real Estate I & Public Sector pbb** zugeordnet. Für die Segmente Public Sector Finance und Value Portfolio erfolgt die Global Workout Bearbeitung in den jeweiligen **Credit-Risk-Management (CRM)**-Bereichen. Die **ImmoTrading GmbH**, welche - unter anderem - die Gebäudeverwaltung von Immobilien, die in den Bestand genommen wurden, betreut, wurde auf die Deutsche Pfandbriefbank AG verschmolzen und im Berichtszeitraum der Einheit Global Workout Real Estate I angegliedert.

Der Bereich Property Analysis & Validation, der für die Analyse und einheitliche Bewertung der Besicherungsobjekte nach Markt- und Beleihungswertverfahren zuständig ist, war im Berichtszeitraum dem Verantwortungsbereich des CEO unterstellt.

Neben der CRO-Funktion ergänzen die Einheit Compliance/Corporate Governance und die Einheit Audit das Risikomanagementsystem der Deutschen Pfandbriefbank AG. In den Aufgabenbereich von Audit fallen die turnusmäßige sowie anlassbezogene Prüfung von Prozessen und Systemen sowie signifikante Transaktionen. Zudem wird das Risikomanagement durch die Einheit Legal unterstützt.

Neben der Beurteilung eigener Portfolios nimmt die Deutsche Pfandbriefbank AG auch Servicer-Funktionen wahr, deren Umfang in Leistungsscheinen sowie in einem Kooperationsvertrag geregelt ist. In dem dabei vorgegebenen Rahmen bestehen lediglich geringe Entscheidungskompetenzen.

Risikostrategie und -Policies

Die Risikostrategie der Deutschen Pfandbriefbank AG basiert auf der Geschäftsstrategie, der Risikoinventur und den Ergebnissen des Finanzplanungsprozesses. Sie gilt für die Geschäftssegmente und rechtlichen Einheiten der Deutschen Pfandbriefbank AG. Die Risikostrategie wurde im Dezember 2011 durch den Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG verabschiedet und wurde dem Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss des Aufsichtsrates sowie danach dem Aufsichtsratsplenum der Deutschen Pfandbriefbank AG zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Die Risikostrategie spiegelt die strategische Ausrichtung der Deutschen Pfandbriefbank AG als Spezialist für Immobilienfinanzierung und öffentliche Investitionsfinanzierung in Deutschland und ausgewählten Ländern in Europa mit pfandbrieforientierter Refinanzierung wider. Sie wird mindestens jährlich überprüft und gegebenenfalls aktualisiert.

Die Operationalisierung der Risikostrategie erfolgt über Risiko-Policies für die einzelnen Geschäftssegmente sowie für alle wesentlichen Risikoarten (Adress-, Markt-, Liquiditäts- und operationales Risiko), welche die Risikomessung, -überwachung und das -management, den Limitierungsprozess sowie den Eskalationsprozess im Falle einer Limitüberschreitung beschreiben. Die Policies werden regelmäßig überprüft und gegebenenfalls aktualisiert.

Risikoberichtswesen

Das Risikoberichtswesen orientiert sich an der Struktur der Geschäftssegmente. Der Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG erhält regelmäßige Risikoberichte, die einen umfassenden Überblick sowie detaillierte Informationen über die Risikosituation pro Risikoart und Gesellschaft sowie weitere steuerungsrelevante Informationen enthalten. Die Aufsichtsgremien werden ebenfalls in regelmäßigen Abständen über risikorelevante Themen informiert. Darüber hinaus werden anlassbezogen beziehungsweise auf Wunsch des Vorstands oder Aufsichtsrats Spezialberichte erstellt, die auf spezifische und akute Risikoschwerpunkte eingehen, so zum Beispiel bezogen auf kritische Märkte, Produkte oder Kontrahenten.

Risikoquantifizierung, Risikosteuerung und -management

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse werden insbesondere die Adress-, Markt-, Geschäfts- und operationellen Risiken quantifiziert und mit Risikodeckungsmasse unterlegt. Das Liquiditätsrisiko wird anhand der Liquiditätsposition quantifiziert. Die einzelnen Berechnungsmethoden sind ausführlich im Risikobericht in den Kapiteln „Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse“ bzw. „Liquiditätsrisiko“ beschrieben.

Weitere im Rahmen der regelmäßigen internen Risikoinventur als wesentlich erachtete Risikoarten wie regulatorische Risiken sowie als immateriell erachtete Risiken werden nicht quantitativ gemessen, aber über regelmäßige detaillierte Berichte und klare Vorgaben, wie zum Beispiel die Vorschriften zu Compliance und zur Corporate Governance, gesteuert und begrenzt.

Risikosteuerung und -management erfolgt für die Deutsche Pfandbriefbank AG auf Portfolio- und

Einzelgeschäftsebene durch:

1. Überwachung der Risikotragfähigkeit der Deutschen Pfandbriefbank AG auf Basis des Vergleichs des ökonomischen Kapitals und der Risikodeckungsmasse
2. Überwachung der Risikoaktiva (RWA) der Deutschen Pfandbriefbank AG auf Portfolioebene über Stresstests, die gewährleisten sollen, dass die Kernkapitalquote nicht unter 10 % sinkt.
3. Operative Risikosteuerung über
 - den Einsatz Basel-II-konformer Risikoparameter im Kreditgeschäft der Deutschen Pfandbriefbank AG. Der Basel-II-konforme Steuerungsansatz zeigt den durchschnittlich zu erwartenden Verlust auf Kreditnehmerebene und ist daher ein wichtiger Baustein in der Risikofrüherkennung und der laufenden Profitabilitätsüberwachung. Die Parameter werden jährlich überprüft und rekaliert.
 - ein Limitsystem für Kontrahenten- und Emittentenrisiken auf Basis einer markterprobten Standardapplikation mit bankweit einheitlicher Risikomessmethodik
 - intensive Überwachung und Management von Einzeladressen
 - Überprüfung der Verlustgefahr durch entsprechende Impairment Trigger nach IAS 39.

Ökonomisches Kapital und Überwachung der Risikotragfähigkeit

Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat eine auf dem internen Kapitaladäquanzverfahren (Internal Capital Adequacy Assessment Process, ICAAP) basierende Risikotragfähigkeitsanalyse etabliert. Die Prüfung der internen Kapitaladäquanz stützt sich auf das Konzept des ökonomischen Kapitals.

Das ökonomische Kapital wird definiert als die Menge an Kapital, die eine Bank benötigt, um den größten potenziellen unerwarteten Gesamtverlust mit einer definierten Wahrscheinlichkeit (dem Konfidenzniveau) über einen Zeithorizont von einem Jahr aufzufangen. Die Verwendung eines Konfidenzniveaus von 99,95% impliziert höchstens eine Ausfallwahrscheinlichkeit wie die von Unternehmen, die von externen Ratingagenturen mit einem guten externen langfristigen Kreditrating versehen sind (A– bei Standard & Poor's, A/A2 bei Fitch und Moody's).

Die einzelnen Berechnungsmethoden des ökonomischen Kapitals für die einzelnen Risikoarten sowie aktuelle Kennziffern sind im Kapitel »Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse« näher erläutert. Für das Liquiditätsrisiko wird – wie branchenüblich – kein ökonomisches Kapital berechnet.

Zur Bewertung der Angemessenheit der Kapitalausstattung der Deutschen Pfandbriefbank AG wird die Höhe des ökonomischen Kapitals den der Bank zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen, der sogenannten Risikodeckungsmasse, innerhalb eines Jahres gegenübergestellt. Die Definition der verfügbaren Risikodeckungsmasse für ein Jahr beinhaltet branchenübliche Komponenten wie im Wesentlichen das bilanzielle Eigenkapital nach IFRS sowie eigenkapitalähnliche Komponenten (Nachrang- und Hybridkapital mit einer Haltedauer von mindestens einem Jahr). Diese Komponenten sind dazu geeignet, mögliche Verluste abzufedern und einen entsprechenden Risikopuffer aufrechtzuerhalten. Die Risikodeckungsmasse muss in jedem Fall größer sein als das ökonomische Kapital.

Dem Gesamtvorstand und dem Risk Committee werden die Ergebnisse des Kapitaladäquanzverfahrens und der Stresstests regelmäßig vorgestellt. Im Gesamtvorstand beziehungsweise im Risk Committee werden die Ergebnisse diskutiert und gegebenenfalls Steuerungsmaßnahmen festgelegt.

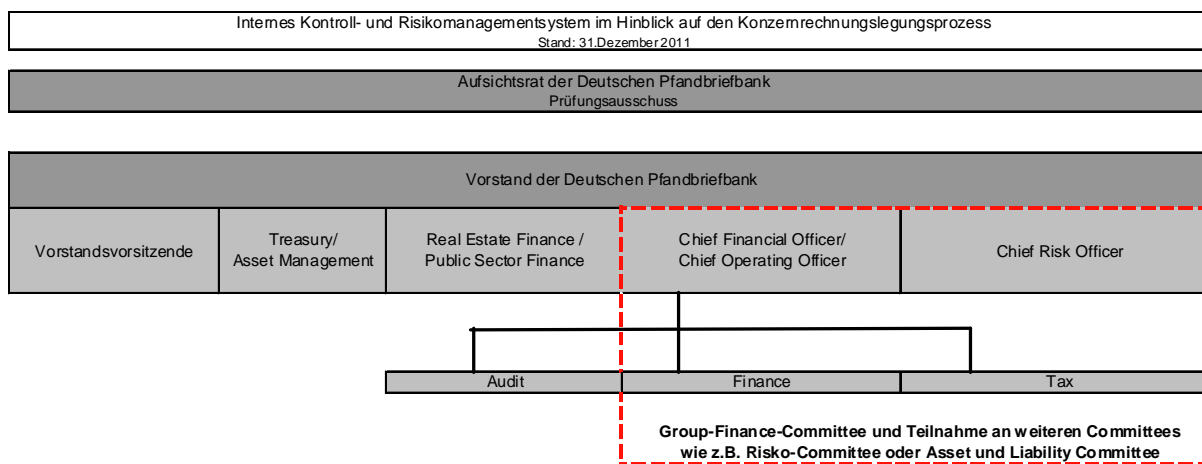
Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Konzeption

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften. Ziel des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist es, Risiken zu identifizieren und zu bewerten, die dem Ziel der Regelkonformität des Abschlusses entgegenstehen könnten, sowie erkannte Risiken zu begrenzen und auf ihren Einfluss, auf den Abschluss und die entsprechende Abbildung dieser Risiken zu überprüfen. Das interne Kontrollsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist ein integraler Bestandteil des Risikomanagementsystems und hat die Zielsetzung, durch die Implementierung von Kontrollen hinreichende Sicherheit zu gewährleisten, dass trotz der identifizierten Risiken ein regelungskonformer Abschluss erstellt wird.

Ein internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess kann jedoch keine absolute Sicherheit bezüglich des Erreichens der verbundenen Ziele geben. Wie alle Ermessensentscheidungen können auch solche zur Einrichtung angemessener Systeme grundsätzlich aufgrund von Fehlern, Irrtümern, Veränderungen der Umgebungsvariablen oder bewussten Verstößen und kriminellen Handlungen fehlerhaft sein. Wegen dieser Grenzen können Fehlaussagen in den Abschlüssen nicht mit absoluter Sicherheit aufgedeckt oder verhindert werden.

Bei der Deutsche Pfandbriefbank AG spiegelt sich das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess in der Aufbau- und der Ablauforganisation wider. Aufbauorganisatorisch umfasst das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess vor allem den Vorstand, den Aufsichtsrat als Kontrollorgan des Vorstands, die an den Chief Financial Officer (CFO) berichtenden Bereiche und das Group-Finance-Committee.



Der Vorstand als gesetzlicher Vertreter der Deutschen Pfandbriefbank AG hat gemäß § 264 HGB i.V.m. § 242 HGB einen Jahresabschluss und Lagebericht aufzustellen. Der Gesamtvorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG trägt im Zusammenhang mit der Pflicht zur Einführung eines internen Kontroll- und Risikomanagementsystems auch die Verantwortung für die Ausgestaltung, das heißt die Konzeption, Implementierung, Aufrechterhaltung sowie Überwachung eines angemessenen und wirksamen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess. Der Gesamtvorstand entscheidet hierzu über alle Strategien auf Vorschlag des CFO.

Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Vorstand zu überwachen. Hierzu kann der Aufsichtsrat

Geschäftsführungsmaßnahmen von seiner Zustimmung abhängig machen. Daneben hat der Aufsichtsrat Prüfungspflichten und Berichtspflichten. Gemäß § 100 Abs. 5 AktG muss mindestens ein Mitglied des Aufsichtsrats über Sachverstand in den Gebieten Rechnungslegung und Prüfung verfügen. Der Aufsichtsrat genügt nach eigener Einschätzung diesen Anforderungen.

Der Bereich Audit unterstützt den Vorstand in seiner Kontrollfunktion durch unabhängige Prüfungen.

Der CFO leitet unter anderem die Bereiche Finance, Tax und Audit. Im CFO Ressort wird der Einzelabschluss gemäß HGB erstellt. Für Rechnungslegungszwecke werden die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gemäß HGB in den Abschlüssen der Zentrale und der Niederlassungen vereinheitlicht. Hierfür wurde ein HGB-Bilanzierungshandbuch, das auch die Änderungen/Neuerungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) enthält, in das Prozess-/ Anweisungswesen (ATLAS) der Deutsche Pfandbriefbank AG eingestellt. Jede einbezogene Einheit meldet daraufhin die Bilanz, Gewinn- und Verlust-Rechnung und die Anhangsangaben an eine zentrale Stelle im Rechnungswesen. Im Rechnungswesen werden die Daten der Fremdwährungspositionen IT-unterstützt in Euro umgerechnet. Darüber hinaus werden die Daten plausibilisiert, analysiert und konsolidiert.

Der Vorstand hat auf Konzernebene ein Group Finance Committee (GFC) eingerichtet, welches Empfehlungen an den Vorstand gibt. Dazu gehören unter anderem die Festlegung und Überwachung der Richtlinien und Abläufe für das Rechnungs- und Berichtswesen für alle Einheiten und Segmente des Konzerns, inklusive der Deutschen Pfandbriefbank AG. Um eine enge Kommunikation zu anderen Bereichen sicher zu stellen, sind der CFO oder die Bereichsleiter Teilnehmer in anderen Committees, wie zum Beispiel dem Risiko-Committee mit seinen Unter-Committees, oder dem Asset und Liability Committee.

Ablauforganisatorisch basiert das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess auf einer angestrebten weitgehenden Standardisierung von Prozessen und Software. Für Kernaktivitäten und -prozesse existieren Richtlinien und ein Verhaltenskodex. Danach ist das Vier-Augen-Prinzip für wesentliche Vorgänge verpflichtend anzuwenden. Daten und EDV-Systeme sind vor unbefugten Zugriffen geschützt. Ferner werden bestimmte relevante Informationen nur Mitarbeitern zur Verfügung gestellt, die diese Information für ihre Arbeit benötigen. Ergebnisse werden, soweit notwendig, bereichsübergreifend abgestimmt.

Implementierung

Für die Erstellung des Einzelabschlusses und -lageberichts hat die Deutsche Pfandbriefbank AG die Konzeption des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess in verschiedenen Maßnahmen zur Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken implementiert. Die Maßnahmen zur Aufbauorganisation betreffen die Gremien der Deutschen Pfandbriefbank AG und die CFO-Bereiche.

Innerhalb des CFO-Bereichs herrscht eine klare Funktionstrennung. Das GFC und weitere Committees sowie Abteilungsbesprechungen bilden Klammerfunktionen zwischen den verschiedenen Funktionen. Darüber hinaus sind ausführende, buchende und verwaltende Tätigkeiten wie zum Beispiel die Zahlung und die Buchung der Zahlung klar voneinander getrennt und unterliegen dem Vier-Augen-Prinzip.

Innerhalb der Ablauforganisation bestehen maschinelle bzw. systembasierte und manuelle Maßnahmen zum Management der Risiken, insbesondere für interne Kontrollhandlungen. Systembasiert wird zur Vermeidung von Fehlern soweit wie möglich Standardsoftware für die Buchung, Abstimmung, Kontrolle und das Berichten der Daten eingesetzt. Zum Schutz vor Verlust werden die Daten der Software gesichert und die Sicherung auf Band ausgelagert. Allgemein ist die Software der Deutsche Pfandbriefbank AG gegen unbefugte Zugriffe durch eine klar geregelte Administration und Freigabe von Berechtigungen geschützt.

Neben den systembasierten Maßnahmen hat die Deutsche Pfandbriefbank AG manuelle bzw. nicht-systembasierte Verfahren implementiert. So werden Abweichungsanalysen in Form von Soll-Ist-Vergleichen durchgeführt. Darüber hinaus wird die konsolidierte Bilanz und Gewinn- und Verlust-Rechnung auf monatlicher Basis ermittelt. Ferner werden Hochrechnungen und Planungsrechnungen erstellt. Durch die fortlaufende Zahlenanalyse wird ein besseres Verständnis erzielt. Verbindlich anzuwendende Rechnungslegungsvorgaben werden definiert und kommuniziert. Es kommen allgemein

anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewandten Verfahren sowie die zugrundeliegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und - soweit erforderlich - angepasst. Vorgegeben werden darüber hinaus Terminpläne, um bei Terminengpässen zeitgerecht reagieren zu können.

Zur Erhöhung der Kontrollqualität sind verschiedene Bereiche in bestimmte Prozesse eingebunden und zur Abstimmung verpflichtet. Zum Beispiel dient der bereichsübergreifende Neuproduktprozess und die Überprüfung der bestehenden Produkte mit Veto-Recht durch den Bereich Finance der Sicherstellung einer einheitlichen und systematischen bilanziellen Abbildung der Produkte. Ein weiteres Beispiel für die bereichsübergreifende Abstimmung ist der Prozess zur Erstellung des Geschäftsberichts. Alle beteiligten Bereiche lassen diesen Bericht vor der Aufstellung durch den Vorstand bestätigen (sogenannter Subcertification-Prozess). Im Vorfeld stimmen alle betroffenen Bereiche in Redaktionssitzungen die Inhalte wesentlicher Teile des Geschäftsberichts ab.

Im Rahmen des Risikomanagementsystems und auf den Rechnungslegungsprozess bezogen, ergreift die Deutsche Pfandbriefbank AG Maßnahmen zur Abwehr von betrügerischen Handlungen und bewussten Verstößen zu Lasten der Deutsche Pfandbriefbank AG. Als betrügerische Handlung zu Lasten der Deutschen Pfandbriefbank AG werden zum Beispiel Diebstahl, Unterschlagung oder Untreue gezählt. Im Bezug auf den Rechnungslegungsprozess wird darüber hinaus auch die bewusste falsche Bilanzierung als betrügerische Handlung definiert. Die Deutsche Pfandbriefbank AG identifiziert und bewertet die Risiken und stellt Maßnahmen zur Abwehr solcher betrügerischer Handlungen und bewusster Verstöße auf. Durch ein systembasiertes Konzept werden darüber hinaus die Mitarbeiter in Compliance-Regelungen geschult.

Aufrechterhaltung

Die Deutsche Pfandbriefbank AG überprüft und verbessert ihr internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess fortlaufend im Rahmen der Sitzungen des Vorstandes, des GFC und bereichsintern zur Sicherstellung einer möglichst richtigen und umfassenden Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken. Als Ergebnis werden auch Anpassungen des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess an neue Gegebenheiten, wie zum Beispiel Veränderungen in der Struktur und im Geschäftsmodell der Deutschen Pfandbriefbank AG oder auf neue gesetzliche Anforderungen, vorgenommen.

Das Risiko betrügerischer Handlungen und bewusster Verstöße wird regelmäßig analysiert, um Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Dazu werden unter anderem auffällige Vorkommnisse und Veränderungen in der Situation der Deutschen Pfandbriefbank AG und einzelner Mitarbeiter berücksichtigt.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat gesetzliche Vorgaben einzuhalten. Ändern sich die gesetzlichen Vorgaben zum Beispiel in Form von Anpassungen des HGB sind die Änderungen umzusetzen. Die notwendigen Anpassungen an die Prozesse und IT Systeme werden gegebenenfalls in eigenen Projekten abteilungsübergreifend und mit klarer Funktionszuordnung umgesetzt. Im Rahmen der Umsetzung wird auch das Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess an die geänderten Vorschriften angepasst. Ein Beispiel stellt das überwiegend ab dem Jahr 2010 für deutsche Einzelabschlüsse anzuwendende Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) dar. Im Zuge der BilMoG Umsetzung wurde auch das Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess an die geänderten Vorschriften angepasst, zum Beispiel bei der Überarbeitung der Bilanzierung von Bewertungseinheiten.

Die IT-Landschaft der Deutschen Pfandbriefbank AG ist vor allem aufgrund zahlreicher Unternehmenserwerbe in der Vergangenheit heterogen. Im Rahmen des Projektes New Evolution wurden bereits einige Systeme sowie die entsprechenden Prozesse vereinheitlicht. Weitere Systeme und Prozesse werden in den nächsten Jahren so weit wie möglich folgen.

Überwachung

Dem Bereich Audit kommt die Aufgabe zu, Vorgänge auf Ordnungsmäßigkeit zu prüfen und Unwirtschaftlichkeit, Unregelmäßigkeiten oder Manipulationen aufzudecken. Dabei prüft Audit entsprechend den Regeln der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) risikoorientiert auch die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements und des internen Kontrollsystems und deckt gegebenenfalls Schwächen in der Identifizierung, Bewertung und Reduzierung der Risiken auf. Darin eingeschlossen ist auch eine Prüfung der IT-Systeme, sowie der Prozesse und Kontrollen in den CFO-Funktionen. Zur Abarbeitung der aufgedeckten Mängel werden konkrete Maßnahmenpläne mit konkreten Terminvorgaben erstellt und nachgehalten. Audit ist weder in den Arbeitsablauf integriert noch für das Ergebnis des zu prüfenden Prozesses verantwortlich. Zur Wahrung ihrer Aufgaben hat Audit ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht über die Aktivitäten, Prozesse sowie die IT Systeme.

Als Kontroll- und Beratungsgremium des Vorstands kann der Aufsichtsrat gemäß § 111 Abs. 2 AktG die Bücher und die Vermögenswerte der Gesellschaft einsehen und prüfen. Darüber hinaus berichtet der Vorstand regelmäßig an den Aufsichtsrat. Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist Gegenstand der Beratungen des Aufsichtsrats. Der Aufsichtsrat erteilt dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag für den Jahresabschluss gemäß § 290 HGB. Der Aufsichtsrat billigt den vom Vorstand aufgestellten und vom unabhängigen Wirtschaftsprüfer testierten Abschluss und Lagebericht.

Der Abschlussprüfer nimmt an den abschlussbezogenen Sitzungen des Aufsichtsrats und an allen Sitzungen des HRE-Prüfungsausschusses teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung, insbesondere wesentliche Schwächen des internen Kontroll- und des internen Risikomanagementsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess. Darüber hinaus berichtet der Abschlussprüfer unverzüglich über alle die für die Aufgaben des Aufsichtsrats wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse, die sich bei der Durchführung der Prüfung ergeben. Im Vorfeld bespricht der Aufsichtsrat mit dem Abschlussprüfer die Schwerpunkte der Prüfung.

Risikoarten

Die Deutsche Pfandbriefbank AG unterscheidet für die Geschäftsaktivitäten folgende wesentliche Risikoarten:

- Adressrisiko
- Marktrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Operationelles Risiko
- Geschäftsrisiko

Wesentliche Risikoarten der Deutschen Pfandbriefbank AG, die nicht quantifiziert, jedoch über geeignete Berichte, Vorgaben und Policies begrenzt werden, sind:

- Strategische Risiken
- Reputationsrisiken
- Regulatorische Risiken

Adressrisiko

Definition

Adressrisiko bezeichnet das Risiko des Wertverlustes beziehungsweise den teilweisen oder vollständigen Ausfall einer Forderung, verursacht durch Ausfall oder Bonitätsverschlechterung eines Geschäftspartners. Daneben umfasst das Adressrisiko auch das Kontrahenten-, Emittenten- und Länderrisiko, die wie folgt definiert sind:

- Kontrahentenrisiken sind mögliche Wertverluste von nicht erfüllten Geschäften, insbesondere Derivaten, welche durch Ausfall des Kontrahenten entstehen. Dabei werden folgende Unterkategorien unterschieden:
 - Abwicklungsrisiko als das Risiko, dass bei Abwicklung eines Geschäftes der fällige Gegenwert nicht geliefert wird
 - Wiedereindeckungsrisiko als die Gefahr, dass bei Ausfall eines Kontrahenten der Kontrakt zu ungünstigeren Konditionen ersetzt werden muss
 - Barrisiko als Risiko, dass die Gegenpartei aufgenommene (Bar-)Kredite nicht zurückzahlt oder Optionsprämien weiterleitet
- Emittentenrisiken sind Risiken des teilweisen oder vollständigen Verlustes von Forderungen aus Wertpapieranlagen, verursacht durch den Ausfall des Emittenten.
- Länderrisiken werden unterschieden in Transfer- und Konvertierungsrisiken sowie in Ausfallrisiken. Transfer- und Konvertierungsrisiken können durch staatliche Interventionen entstehen, die die Devisenbeschaffung oder den grenzüberschreitenden Kapitaltransfer eines zahlungsfähigen Schuldners begrenzen oder verhindern. Ausfallrisiken können durch den Ausfall beziehungsweise die Bonitätsverschlechterung eines Landes als Schuldner entstehen.

Adressrisikostategie und -grundsätze

Der HRE-Konzern Gruppe und somit auch die Deutsche Pfandbriefbank AG haben ihr gesamtes Kreditportfolio in ein strategisches Portfolio (Real Estate Finance und Public Sector Finance) und ein Value Portfolio aufgeteilt. Auch die Risikostategie der Deutschen Pfandbriefbank AG reflektiert diese Struktur.

Im Segment Public Sector Finance beschränkt sich das Neugeschäft auf pfandbrieffähige öffentliche Investitionsfinanzierungen in ausgewählten Ländern Europas.

Das Neugeschäft im Segment Real Estate Finance fokussiert sich auf pfandbrieffähige Finanzierungen gewerblicher Immobilien mit nachhaltigem Cashflow innerhalb ausgewählter Länder Europas. Zielkunden sind hauptsächlich professionelle Investoren, institutionelle Kunden, Real Estate Funds oder selektiv Bauträger.

Die Refinanzierung des Neugeschäfts soll weitgehend laufzeitkongruent und größtenteils über Pfandbriefemissionen dargestellt werden.

Das Value Portfolio beinhaltet nicht-strategische Portfolios der Deutschen Pfandbriefbank AG sowie einen Teil der mit dem Kontrahenten FMS Wertmanagement bestehenden Geschäfte. Hinsichtlich der nicht-strategischen Portfolios im Value Portfolio sind insbesondere derivative Geschäfte mit Finanzinstituten zu nennen. Im Value Portfolio steht der werterhaltende, kapitalschonende Abbau bestehender Vermögenswerte im Vordergrund.

Adressrisikoberichte

Das Berichtswesen zu Adressrisiken enthält folgende wesentliche Komponenten:

- Der Group Risk Report beinhaltet neben der Volumensentwicklung relevante Kreditrisikosteuerungskennzahlen wie die Entwicklung des Erwarteten Verlustes sowie des Unerwarteten Verlustes über den Value at Risk. Der Bericht zeigt sowohl auf Konzern- wie auch auf Einzelinstitutsebene das Kreditrisiko im Kontext des Gesamtbankrisikos und der Risikotragfähigkeit auf, berichtet Limitauslastungen und -überschreitungen und zeigt Risikokonzentrationen auf. Wesentliche steuerungsrelevante Kennzahlen wie die Entwicklung des EaD, des EL und des Credit-VaR sind in diesem Bericht integriert und werden im Vorstand diskutiert. Der Bericht wird darüber hinaus dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gebracht.
- Der Credit Risk Report beinhaltet Details zum Portfolio und zu den Risikokennzahlen sowohl auf Konzernebene als auch auf Ebene der Tochterinstitute.
- Für Entscheidungen zum Neugeschäft beziehungsweise zu Konditionenanpassungen werden wesentliche Kennzahlen, Inhalte und Analysen im Credit Committee vorgestellt und erörtert.
- Im laufenden Geschäft unterstützen weitere regelmäßige Berichte das operative Management bei der Steuerung beziehungsweise rechtzeitigen Erkennung von Risiken auf Subportfolioebene.
- Auffällige Entwicklungen, die eine wesentliche Verschlechterung der Risikolage eines Einzelengagements bewirken können, werden über sogenannte »Credit Issue Notes« an einen weiter gefassten Kreis berichtet.

Adressrisikoquantifizierung über das ökonomische Kapital sowie der Risikoaktiva nach Basel II

Kreditportfoliomodell

Die Deutsche Pfandbriefbank AG setzt für die Berechnung des ökonomischen Adressrisikokapitals (Adressrisiko-Value-at-Risk) ein Kreditportfoliomodell ein, das im Kapitel »Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse« näher beschrieben ist.

Stresstests

Die Stresstests zum ökonomischen Kapital im Adressrisiko sind im Kapitel »Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse« näher erörtert.

In Ergänzung zu den Stresstests des ökonomischen Kapitals existieren RWA-Reverse-Stresstests, die untersuchen, um wie viel sich ein bestimmter Risikoparameter (wie z. B. Rating, LGD, Währung) verändern kann, bevor die Mindestkapitalquote von 10 % nicht mehr eingehalten wird. Für alle getesteten Risikoparameter wurden Toleranzveränderungsniveaus definiert, die für ein Bestehen der Tests der Deutschen Pfandbriefbank AG nicht verletzt werden dürfen.

Adressrisikoquantifizierung nach Basel II Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat – bis auf die ehemalige DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG – bereits die regulatorische Genehmigung erhalten, den sogenannten Advanced Internal Rating based Approach (Advanced-IRBA) für die Ermittlung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung anzuwenden. Das finale Ergebnis der aufsichtlichen Prüfung zur Einführung des Advanced-IRBA in der ehemaligen DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG wird in 2012 erwartet.

EU-weiter Stresstest / Rekapitalisierungsumfrage Der HRE-Konzern war sowohl in den im ersten Halbjahr 2011 von der europäischen Bankenaufsicht (EBA) auf oberster Konsolidierungsebene durchgeführten EU-weiten Stresstest als auch in die von der EBA im zweiten Halbjahr 2011 durchgeführte Rekapitalisierungsumfrage bei europäischen Banken eingebunden. In beiden Erhebungen übertraf der HRE-Konzern die von der europäischen Bankenaufsicht geforderten

Mindestquoten für das harte Kernkapital und wies somit keinen Rekapitalisierungsbedarf auf.

Adressrisikosteuerung, -management und -überwachung

Adressrisikosteuerung Auf Portfolioebene wird die angestrebte Portfoliostruktur mittels Strukturkomponenten in der Risikostrategie festgelegt. Die Limite orientieren sich auch an der verfügbaren Risikodeckungsmasse und beinhalten beispielsweise für die Deutsche Pfandbriefbank AG:

- Limitierung von Länderrisiken
- Festlegung strategischer Risikoparameter (z. B. Zielkunden, Regionen, Finanzierungsdauer)

Kernelemente für die Überwachung der Einhaltung der festgelegten Limite und der angestrebten Risiko- und Ertragsparameter auf Portfolio- und Einzelgeschäftsebene sind folgende Berichte und Maßnahmen:

- Ermittlung des Adressrisiko-VaR auf Portfolioebene über ein Kreditportfoliomodell; Analyse von Konzentrationsrisiken und verschiedenen Stresstests
- Zentrale, bankweite Überwachung von Risikokonzentrationen durch spezielle, regelmäßige und anlassbezogene Auswertungen, wie beispielsweise regionale, produktspezifische Auswertungen
- Kontinuierliche Analyse des Portfolios und der relevanten Märkte durch die lokalen Credit-Risk-Management-Einheiten
- Regelmäßige Bewertung der Kreditsicherheiten
- Spezialberichte potenziell gefährdeter Kreditengagements (z. B. Credit Issue Notes)

Die Kreditkompetenzen legen zudem, abhängig von Kontrahentengruppe und Expected-Loss-Klasse, die Entscheidungskompetenzen der einzelnen Credit Risk Manager für Prolongationen im Bestandsgeschäft fest. Seit Anfang Februar 2011 gilt eine neue Kompetenzordnung im Neugeschäft, welche eine Delegation von Kompetenzen beinhaltet.

Adressrisikomanagement und -überwachung

Auf Einzelgeschäftsebene bestimmen die Richtlinien zu Kreditprozessen die notwendigen Schritte der Risikoprüfung bei Neugeschäft und Prolongationen sowie bei der Übergabe in die Intensivbetreuung beziehungsweise Abwicklung.

Nachfolgend werden Kernprozesse des Adressrisikomanagements und der -überwachung sowie der hierbei involvierten Bereiche der CRO-Funktion beschrieben:

Die Credit-Risk-Management-Einheiten (Credit Officer Real Estate I & Public Sector pbb und Credit Officer PS, FI & Value Portfolio I) führen die erstmalige beziehungsweise jährlich wiederkehrende Risikoanalyse beim Neu- und Bestandsgeschäft durch. Für die Bewertung und die Vorbereitung der Kreditentscheidung im Neu- und Prolongationsgeschäft kommen PD und LGD Rating Tools zum Einsatz, die von Credit Risk im Bereich Risk Management & Control (RMC) entwickelt sowie jährlich validiert und kalibriert werden. Bei der Analyse und Bewertung der Sicherheiten unterstützt der Bereich Property Analysis & Valuation Germany/Property Analysis Europe.

Das Legal Department ist – gegebenenfalls zusammen mit externen Rechtsanwälten/Kanzleien – verantwortlich für die Vertrags- und Sicherheitengestaltung.

Definierte Frühwarnindikatoren werden vom Credit Risk Management (CRM) fortlaufend analysiert. Bei Auffälligkeiten wird eine außerordentliche Überprüfung des Adressausfallrisikos (einschließlich Sicherheitenwertüberprüfung) durchgeführt, und es werden entsprechende Handlungsalternativen aufgezeigt. Ferner werden die Fälle in einen monatlichen Überwachungsturnus aufgenommen und im

Watchlist Committee präsentiert.

Bei Vorliegen eines objektiven Hinweises für eine Wertminderung wird die Höhe der Wertminderung ermittelt. Im Risk Provisioning Committee (siehe auch Übersicht zu Organisation und Komitees) werden die Ergebnisse diskutiert, und es wird gegebenenfalls über die Bildung beziehungsweise Auflösung von Wertberichtigungen entschieden.

Für kritische beziehungsweise wertberichtigte Engagements wird ein Restrukturierungsplan beziehungsweise ein Abwicklungsplan erarbeitet. In die Entscheidung zur Restrukturierung oder Abwicklung gehen Szenarioanalysen zur potenziellen Entwicklung des Kreditnehmers, der Sicherheit beziehungsweise des relevanten Marktes ein. Diese werden im Risk Provisioning Committee präsentiert und genehmigt.

Sowohl kritische Engagements (Watchlist) als auch Fälle der Restrukturierung und der Abwicklung (Problemkredite) werden monatlich im Group Risk Report und im Risk Committee sowie auf Anfrage in Spezialanalysen an Vorstand und Aufsichtsrat berichtet.

Risikoabsicherung und -minderung durch Kreditsicherheiten

In der Deutsche Pfandbriefbank AG haben im Bereich Real Estate Finance insbesondere Grundpfandrechte an den finanzierten Objekten eine wesentliche Bedeutung. Im Bereich Public Sector Finance dienen insbesondere andere finanzielle Sicherheiten und Garantien als Absicherung (z. B. Kreditversicherungen, Bürgschaften, festverzinsliche Wertpapiere usw.).

Die Überprüfung der Werthaltigkeit der Sicherheiten erfolgt im Rahmen der turnusmäßigen jährlichen Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer der Deutschen Pfandbriefbank AG durch die Kreditsachbearbeiter. Bei Immobiliensicherheiten erfolgt die Überprüfung der Werthaltigkeit gegebenenfalls durch externe oder interne Gutachter.

Kreditportfolio

Der gesamte Forderungsbestand der Deutschen Pfandbriefbank AG wird einheitlich nach dem Basel-II-konformen Exposure at Default (EaD) ermittelt.

Der EaD berücksichtigt neben der aktuellen Inanspruchnahme noch die anteiligen Kreditzinsen, mit denen ein Kreditnehmer bis zur Feststellung eines Kreditausfalls (maximal 90-Tage-Verzug) in Verzug geraten kann, sowie diejenigen Kreditzusagen, die ein Kreditnehmer trotz einer wesentlichen Bonitätsverschlechterung zukünftig noch ausnutzen kann. Bei Derivaten ergibt sich der EaD als Summe aus aktuellem Marktwert und dem aufsichtsrechtlich vorgegebenen Add-on, der einen Puffer für zukünftige potenzielle Erhöhungen des Marktwertes darstellt.

Der bankweite EaD des Kreditportfolios betrug zum 31. Dezember 2011 87,7 Mrd. € (EaD 31. Dezember 2010: 117,2 Mrd. €). Dieser deutliche Rückgang gegenüber dem Jahresende 2010 ist zu einem großen Teil mit der Abnahme des EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement von 28,3 Mrd. € per 31. Dezember 2010 auf 7,9 Mrd. € per 31. Dezember 2011 zu erklären.

Der EaD gegenüber der FMS Wertmanagement teilt sich wie folgt auf: Für einen Großteil der für einen Übertrag auf die FMS Wertmanagement vorgesehenen Derivate konnte zunächst kein Übergang des wirtschaftlichen Eigentums hergestellt werden, sodass die Marktpreisrisiken der Derivate durch Abschluss von Derivaten mit identischen Konditionen zwischen der Deutschen Pfandbriefbank AG und der FMS Wertmanagement auf die FMS Wertmanagement transferiert wurden. Auf diese sogenannten back-to-back-Geschäfte entfällt ein EaD in Höhe von 4,9 Mrd. € (31. Dezember 2010: 9,6 Mrd. €). Weiterhin befinden sich noch von der FMS Wertmanagement emittierte Bonds mit einem EaD von 3,0 Mrd. € (31. Dezember 2010: 7,9 Mrd. €) im Bestand der Deutsche Pfandbriefbank AG, die im Zusammenhang mit der anteiligen Ausgleichsforderung der Deutschen Pfandbriefbank AG für die übertragenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten von der FMS Wertmanagement gestellt wurden.

Darüber hinaus enthält der Kreditportfolio-EaD in Höhe von 87,7 Mrd. € Vermögensgegenstände mit einem EaD von 0,8 Mrd. €, die für eine Übertragung auf die FMS Wertmanagement selektiert wurden, jedoch aufgrund verschiedener, unter anderem steuerrechtlicher Gründe nicht auf dem ursprünglich

vorgesehenen Weg übertragen werden konnten. Mit Wirkung vom 1. Dezember 2010 wurde das Adressrisiko dieser Vermögensgegenstände mittels von der FMS Wertmanagement gestellter Garantien übertragen, sodass für die Deutsche Pfandbriefbank AG im Zusammenhang mit diesen Positionen letztlich ein Kontrahentenrisiko gegenüber der FMS Wertmanagement verblieb.

Um laufend EaD-Schwankungen und Verzerrungen in den strategischen Geschäftssegmenten der Deutschen Pfandbriefbank AG zu vermeiden, die aus der übernommenen Refinanzierungsfunktion resultieren, und um das tatsächliche wirtschaftliche Risiko in der Deutschen Pfandbriefbank AG adäquat abzubilden, werden die oben aufgeführten EaDs aus Geschäften mit der FMS Wertmanagement in den nachfolgenden Übersichten zur Portfolioentwicklung und -struktur lediglich nachrichtlich dargestellt. Der unter Ausschluss vorgenannter Positionen ermittelte EaD für das Gesamtexposure der HRE beläuft sich auf 79,1 Mrd. €.

Das Neugeschäft belief sich auf insgesamt 8,0 Mrd. € Zusagen (31. Dezember 2010 4,1 Mrd. €). Es verteilte sich mit 6,3 Mrd. € auf das Segment Real Estate Finance sowie mit 1,7 Mrd. € auf das Segment Public Sector Finance. Von den 6,3 Mrd. € im Segment Real Estate Finance entfielen 2,8 Mrd. € auf ausgewählte Prolongationen des Bestandsgeschäfts. Von den öffentlichen Investitionsfinanzierungen entfielen 0,1 Mrd. € auf Prolongationen

Überblick über das Gesamtexposure der Deutschen Pfandbriefbank AG: 79,0 Mrd. € EaD

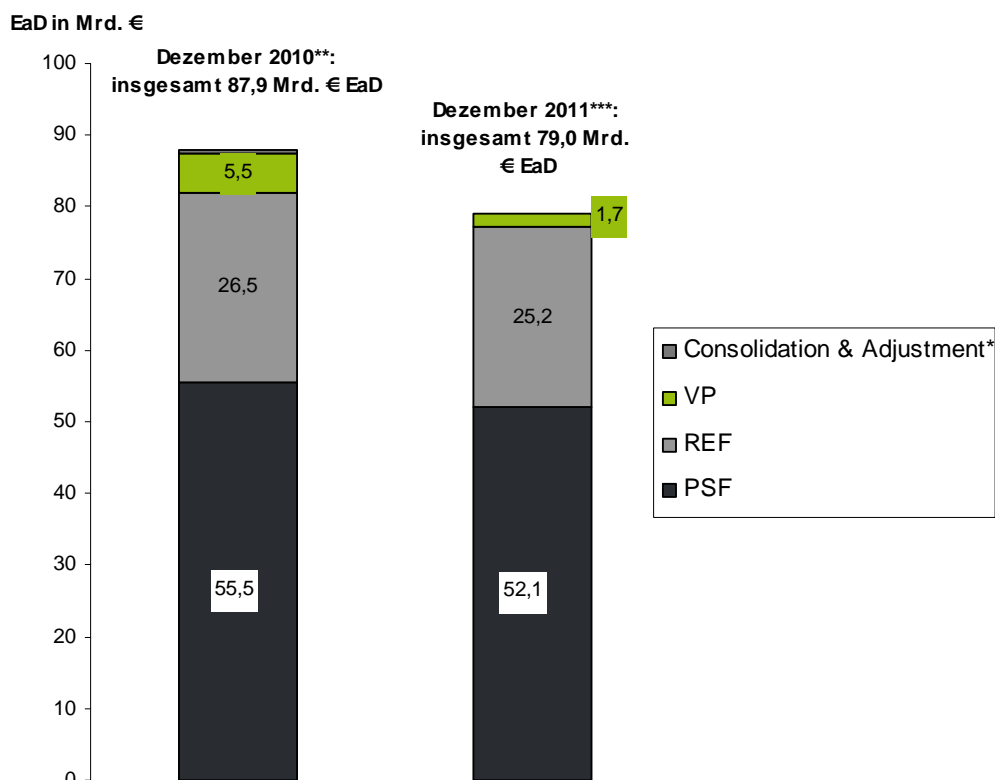
Das Kreditportfolio ist in die strategischen Geschäftssegmente

- Public Sector Finance (PSF)
- Real Estate Finance (REF)

und in das nicht-strategische, zum Abbau bestimmte Value Portfolio (VP) aufgeteilt.

Daneben enthält die Kategorie Consolidation & Adjustments bankinterne Abstimmungs- und Konsolidierungspositionen und wenige, nicht zuzuordnende Einzelpositionen.

Gesamtexposure: EaD nach Geschäftssegmenten***



* Der Wert für Consolidation & Adjustments liegt am 31.12.2011 bei 0,03 Mrd. €

** daneben 29,3 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen in Höhe von 1,0 Mrd. € (PSF: 27,7 Mrd. € VP: 1,6 Mrd. €).

*** daneben 8,7 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen in Höhe von 0,8 Mrd. € (PSF: 8,2 Mrd., € VP: 0,5 Mrd. €)

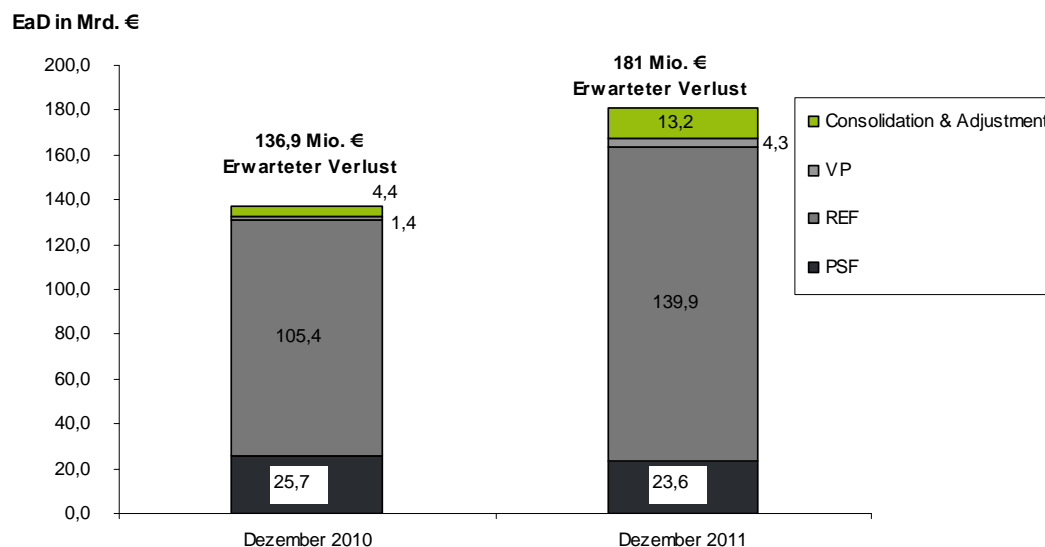
Das Gesamtexposure (EaD) der Deutschen Pfandbriefbank AG verringerte sich im Jahr 2011 von 87,9 Mrd. € per 31. Dezember 2010 auf 79,0 Mrd. € per 31. Dezember 2011. Insgesamt erhöhten sich die prozentualen Anteile der Segmente Public Sector Finance (66 %; Vorjahr: 63 %) und Real Estate Finance (32 %; Vorjahr: 30 %) leicht. Der Anteil des Value Portfolios reduzierte sich dagegen weiter von 6 % (5,5 Mrd. €) im Vorjahr auf 2 % (1,7 Mrd. €).

Risikokennzahlen

Erwarteter Verlust Der Erwartete Verlust (EL), der sich aus der jährlichen Ausfallwahrscheinlichkeit (PD), der Verlusthöhe im Falle des Ausfalls (LGD) und dem EaD ergibt, betrug unter Anwendung der nach Basel II vorgegebenen Parameter für die Deutsche Pfandbriefbank AG 181,0 Mio. € zum 31. Dezember 2011.

Der Erwartete Verlust für einen Zeitraum von einem Jahr ist eine wesentliche Steuerungsgröße des Portfolios und wird für das gesamte Exposure außer für Geschäften mit anderen Instituten innerhalb der HRE und für Problemkrediten für die bereits eine Wertberichtigung gebucht wurde, berechnet.

Verteilung des Erwarteten Verlustes* in Mio. €:



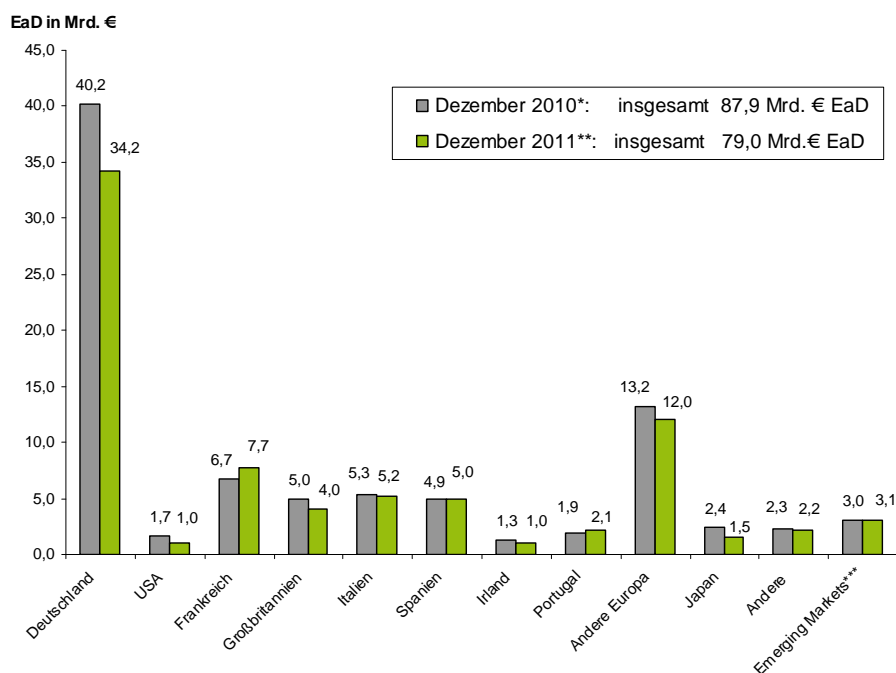
*Der Erwartete Verlust wird für alle Positionen des Bankbuches ohne Kredite, für die bereits eine Wertberichtigung gebildet wurde, berechnet.

Ökonomisches Adressrisikokapital Das ökonomische Kapital für Adressrisiken – berechnet aus dem Kreditportfoliomodell – betrug für ein Konfidenzniveau von 99,95 % und einen Zeithorizont von einem Jahr ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zu anderen Risikoarten 1,7 Mrd. € (31. Dezember 2010: 1,3 Mrd. €). Details zur Berechnung finden sich im Kapitel »Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse«.

Regionale Verteilung des Portfolios Das Exposure der Deutschen Pfandbriefbank AG konzentrierte sich im Berichtsjahr schwerpunktmäßig auf Westeuropa. Auf Deutschland entfiel mit 43 % beziehungsweise 34,2 Mrd. € weiterhin der Hauptanteil des Gesamtexposures. Das Exposure in den USA nahm im Vergleich zum Jahresende 2010 um 0,7 Mrd. € auf 1,0 Mrd. € ab und bestand vollständig gegenüber dort ansässigen Finanzinstituten. Die Verringerung des Exposures gegenüber Japan um 0,9 Mrd. € auf 1,5 Mrd. € resultierte zum überwiegenden Teil aus der planmäßigen Rückzahlung eines Hypothekendarlehens sowie darüber hinaus aus einer Reduzierung von Engagements gegenüber Finanzinstituten im Value Portfolio.

Der prozentuale Anteil der Kategorie »Andere Europa« blieb mit 15 % per 31. Dezember 2011 gegenüber 31. Dezember 2010 stabil und beinhaltete als größte Positionen Österreich mit 7,0 Mrd. € (31. Dezember 2010: 6,9 Mrd. €) und Schweden mit 1,3 Mrd. € (31. Dezember 2010: 1,5 Mrd. €). Der prozentuale Anteil des Exposures gegenüber Emerging Markets gemäß IWF-Definition erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr lediglich geringfügig und umfasste insbesondere Polen mit 2,1 Mrd. € (31. Dezember 2010: 1,8 Mrd. €) und Ungarn mit 0,7 Mrd. € (31. Dezember 2010: 0,8 Mrd. €). In den Emerging-Market-Ländern Indien und Russland hat die Deutsche Pfandbriefbank AG keine Engagements mehr.

Gesamtexposure: Aufteilung nach Regionen:



*daneben 29,3 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen in Höhe von 1,0 Mrd. €. Der Anteil ohne garantierte Positionen entfiel zu 100% auf Deutschland (28,3 Mrd. €). Die garantierten Positionen entfallen zu 100% auf Italien (1,0 Mrd. €).

**daneben 8,7 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen in Höhe von 0,8 Mrd. €. Der Anteil ohne garantierte Positionen entfiel zu 100% auf Deutschland (7,9 Mrd. €). Von den garantierten Positionen entfallen 59% auf Deutschland (0,5 Mrd. €) sowie 41% (0,3 Mrd. €) auf Italien.

***Emerging Markets gemäß IWF Definition.

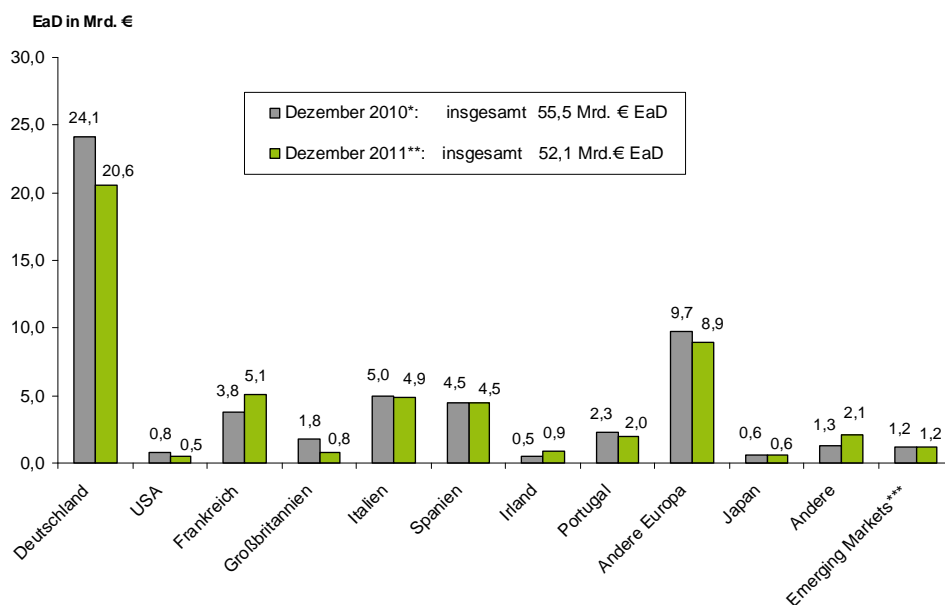
Public Sector Finance: 52,1 Mrd. € EaD

Portfolioentwicklung und -struktur

Das Portfolio des strategischen Geschäftssegments Public Sector Finance (PSF) wies zum 31. Dezember 2011 einen EaD von 52,1 Mrd. € (31. Dezember 2010: 55,5 Mrd. €) auf.

Der weit überwiegende Teil des Exposures lag in Westeuropa. Die prozentualen Länderanteile am Segmentportfolio waren mit kleineren Ausnahmen wie Frankreich oder Deutschland weitestgehend stabil. Den Hauptanteil an »Andere Europa« stellte Österreich mit 6,9 Mrd. € (31. Dezember 2010: 6,8 Mrd. €). Das Exposure in den USA bestand vollständig gegenüber dort ansässigen Finanzinstituten.

Public Sector Finance: Aufteilung nach Regionen



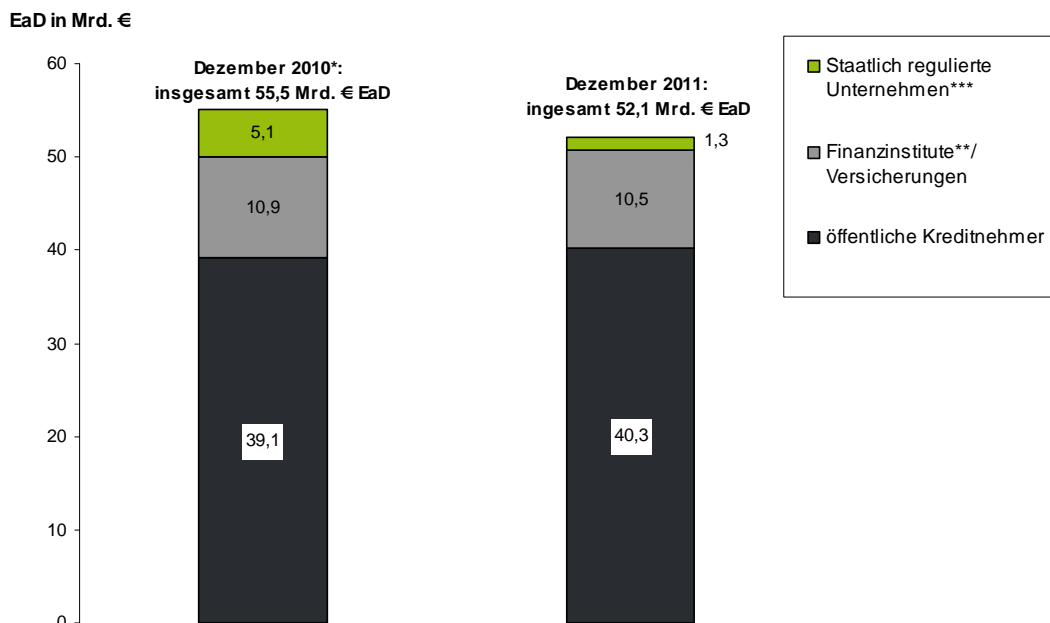
*daneben 27,7 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, der zu 100% auf Deutschland entfällt. Im Segment Public Sector Finance sind keine von der FMS Wertmanagement garantierten Positionen enthalten.

**daneben 8,2 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement der zu 100% auf Deutschland entfällt, davon garantierte Positionen in Höhe von 0,5 Mrd. €.

***Emerging Markets gemäß IWF Definition

Unter Öffentliche Kreditnehmer werden Forderungen gegenüber Staaten (33 %), Unternehmen des öffentlichen Sektors (29 %) sowie Kommunen (38 %) zusammengefasst.

Public Sector Finance: Kontrahentenstruktur



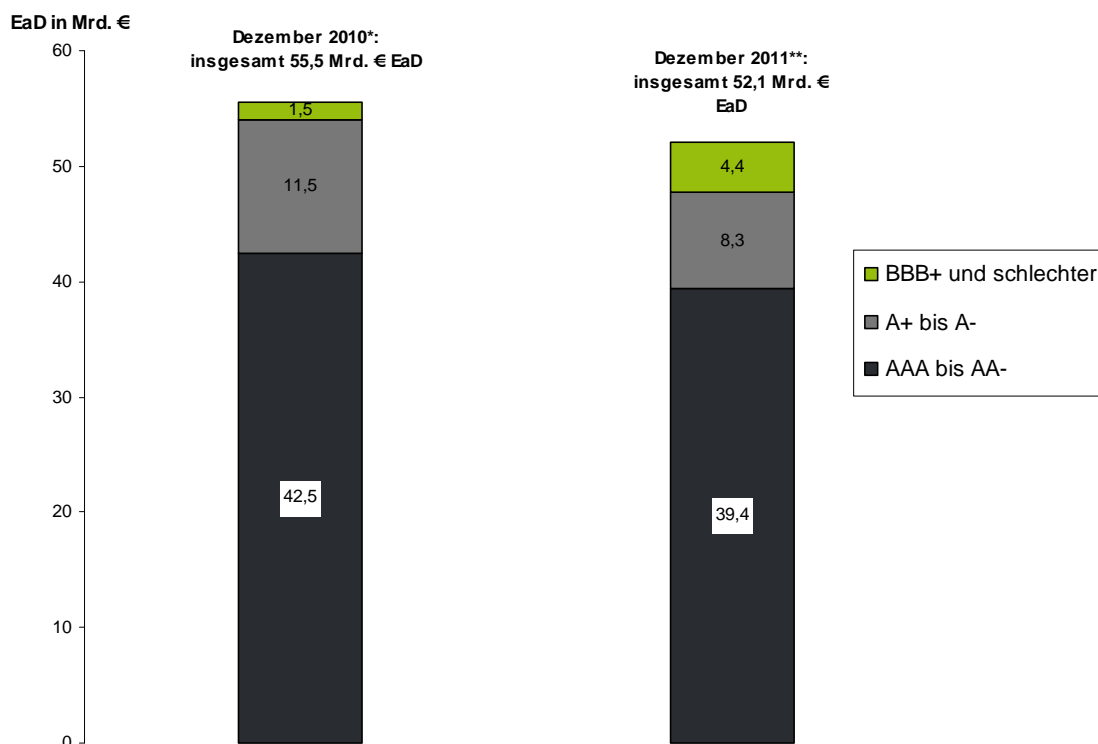
*zusätzlich sind in den Zahlen vom 31. Dezember 2010 0,4 Mrd. € (0,6%) enthalten, die der Kontrahentenkategorie „Andere“ zugeordnet sind.

**Finanzinstitute mit staatlichem Hintergrund oder Staatsgarantie.

***zum Beispiel Wasserwerke, Energieunternehmen etc.

Der in diesem Segment weiterhin unverändert hohe Anteil von Kreditnehmern aus dem öffentlichen Sektor, die nach wie vor größtenteils als »Investment Grade« eingestuft sind, spiegelte sich im Rating wider. Der Anteil an BBB und schlechter gerateten Positionen erhöhte sich aufgrund interner Neueinstufungen von 1,5 Mrd. € im Dezember 2010 auf 4,4 Mrd. €. Das Engagement im Non-Investment-Grade-Bereich beträgt 0,5 Mrd. € oder 1,0 % (Dezember 2010: 0,1 Mrd. €) und beinhaltet Geschäfte mit staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen und Unternehmen in Europa sowie anderen Finanzinstituten in den USA.

Public Sector Finance: Aufteilung nach internen Ratings



*Daneben 27,7 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, der zu 100 % auf die Ratingklasse AAA entfällt. Im Segment Public Sector Finance waren keine von der FMS Wertmanagement garantierten Positionen enthalten.

**Daneben 8,2 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, einschließlich garantierter Positionen in Höhe von 0,5 Mrd. €, der zu 100% auf die Ratingklassen AAA bis AA- entfällt.

Risikokennzahlen Der Erwartete Verlust (EL) für das Portfolio des Geschäftssegmentes Public Sector Finance wies über den Jahreszeitraum sehr stabile Zahlen auf (31. Dezember 2011: 23,6 Mio. €; Dezember 2010: 25,7 Mio. €). Die leichte Verringerung im Erwarteten Verlust kam im Wesentlichen durch Reduzierung beim Exposure sowie Verbesserungen der PD- und LGD- Parameter bei einigen wenigen Kunden zustande.

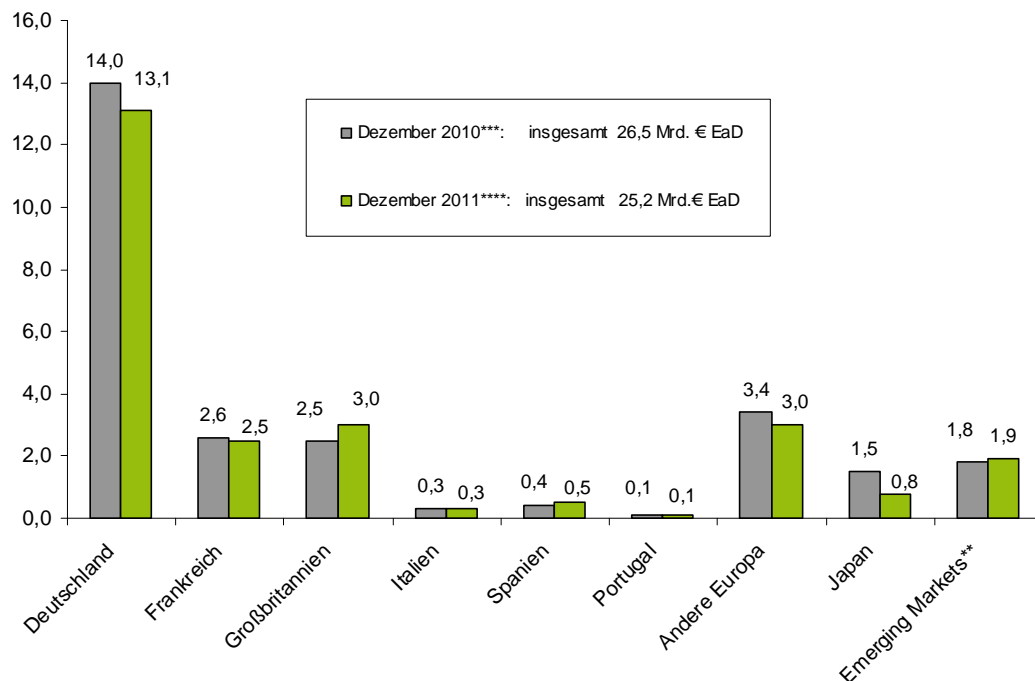
Real Estate Finance: 25,2 Mrd. € EaD

Portfolioentwicklung und -struktur

Der EaD des Real-Estate-Finance-Portfolios der Deutschen Pfandbriefbank AG ging gegenüber dem 31. Dezember 2010 um insgesamt 1,3 Mrd. € zurück. Die im Portfolio enthaltenen Kundenderivate beliefen sich zum 31. Dezember 2011 auf 0,8 Mrd. € EaD gegenüber 0,6 Mrd. € EaD zum Jahresende 2010. Während sich der Anteil Großbritanniens am Portfolio erhöhte, reduzierte sich der Anteil Japans auf etwa die Hälfte des Exposures.

Real Estate Finance: Aufteilung nach Regionen*

EaD in Mrd. €



*Im Segment Real Estate Finance besteht kein Exposure gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement.

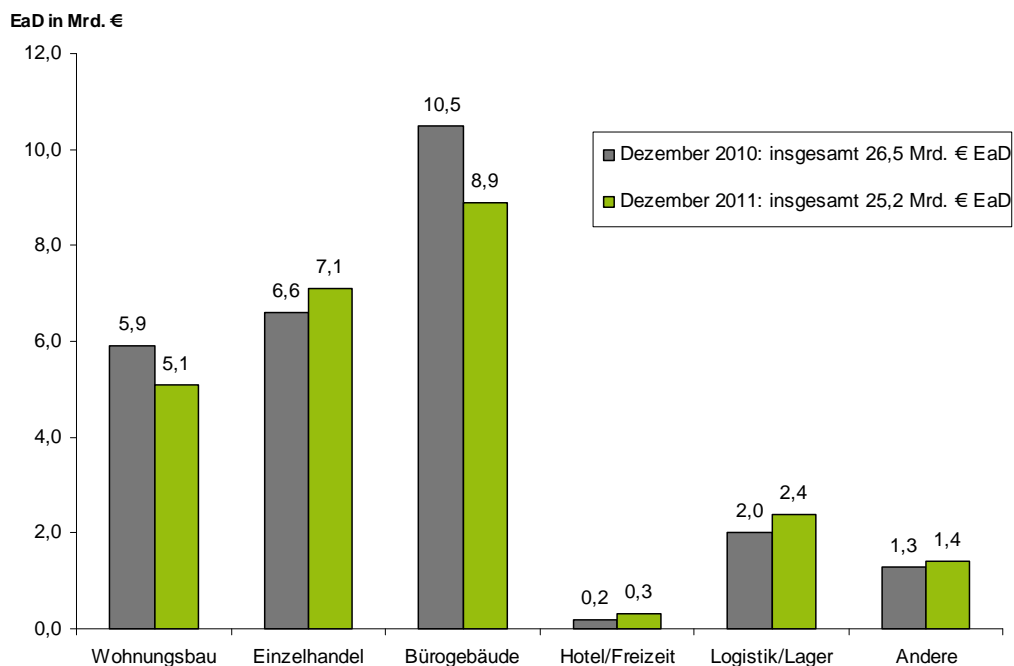
**Emerging Markets gemäß IWF Definition

***Aufteilung inklusive Kundenderivaten über ca. 0,6 Mrd. €

****Aufteilung inkl. Kundenderivate über ca. 0,8 Mrd. €

Die Verteilung des Portfolios nach Objektarten per 31. Dezember 2011 veränderte sich gegenüber dem Jahresende 2010 leicht. Nennenswert ist die Reduzierung in der Objektart »Bürogebäude« um 1,5 Mrd. € EaD auf 8,9 Mrd. € oder 36 % des gesamten REF-Potfolios (31. Dezember 2010: 40 %). Der prozentuale Anteil der Finanzierung wohnwirtschaftlich genutzter Immobilien war mit 20 % (31. Dezember 2010: 22 %) stabil geblieben. Rund 9 % (31. Dezember 2010: 10 %) des Portfolios entfielen auf die Objektart »Logistik/Lager«. Daneben hatten Finanzierungen von Einzelhandelsimmobilien mit 28 % (31. Dezember 2010: 25 %) einen großen Anteil am Real Estate Finance-Segment.

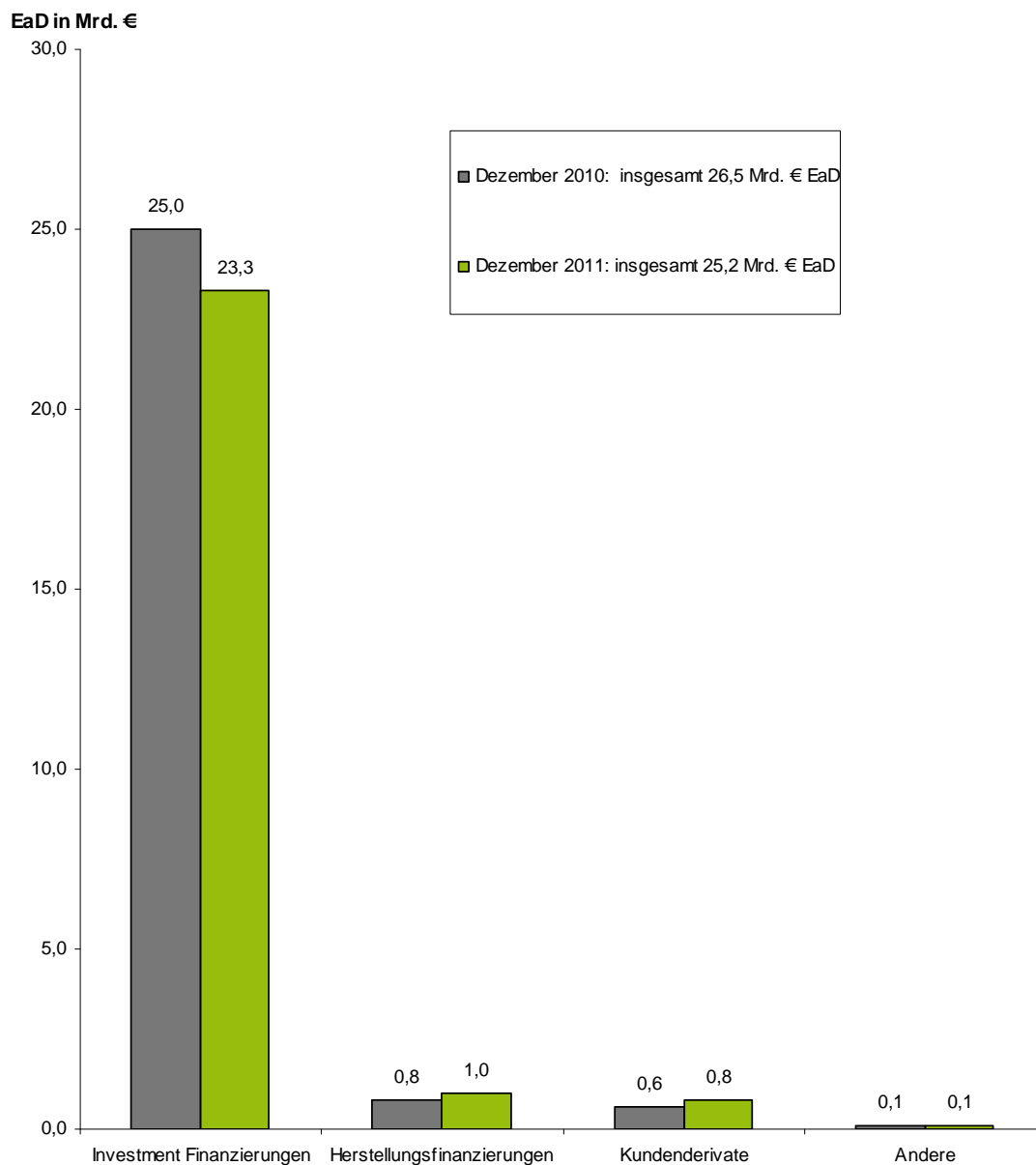
Real Estate Finance : Aufteilung nach Objektarten*



*Im Segment Real Estate Finance besteht kein Exposure gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement.

Das Portfolio war zum Jahresende 2011 mit 93 % (Dezember 2010: 95 %) nach wie vor von Investmentfinanzierungen dominiert; auf risikoreichere Bauprojekte in der Erstellungsphase (Herstellungsfinaanzierungen) entfielen 4 % des EaD (Dezember 2010: 3 %). Unter Investment-Finanzierungen wird die Finanzierung von Immobilien zusammengefasst, deren Kapitaleinsatzfähigkeit im Wesentlichen aus dem laufenden Objekt-Cashflow erfolgt.

Real Estate Finance: Aufteilung nach Darlehensarten*



*Im Segment Real Estate Finance besteht kein Exposure gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement.

Risikokennzahlen Der Erwartete Verlust (EL) für das Real Estate Finance Portfolio beträgt unter Anwendung der nach Basel II vorgegebenen Parameter zum 31. Dezember 2011 139,9 Mio. €. Er erhöhte sich damit gegenüber Dezember 2010 (105,4 Mio. €) deutlich, was in erster Linie auf die Neukalibrierung des primären Ratingtools im Dezember 2011 zurückzuführen ist.

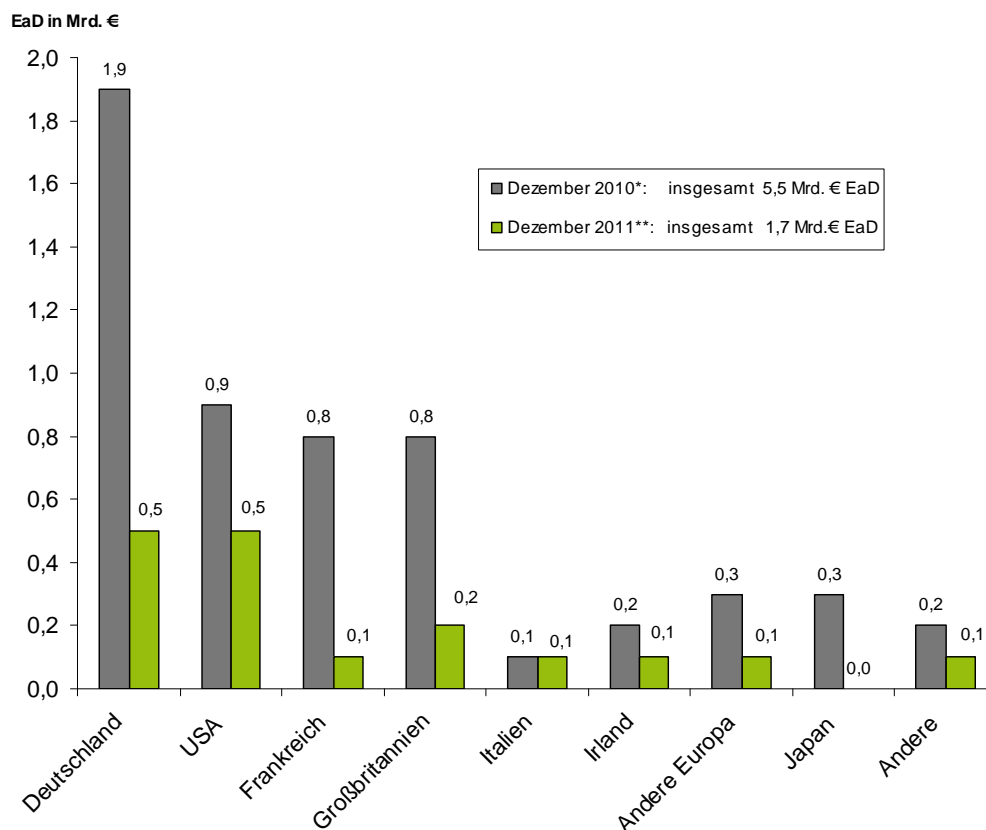
Value Portfolio: 1,7 Mrd. € EaD

Portfolioentwicklung und -struktur

Das Value Portfolio beinhaltet nicht-strategische Portfolios der Deutschen Pfandbriefbank AG sowie einen Teil der mit dem Kontrahenten FMS Wertmanagement bestehenden Geschäfte. Die Portfoliostruktur ist unter anderem von derivativen Geschäften mit Finanzinstituten geprägt. Im Value Portfolio steht der werterhaltende, kapitalschonende Abbau bestehender Vermögenswerte im Vordergrund.

Die strategiekonforme Abnahme des Exposures per 31. Dezember 2011 um 3,8 Mrd. € gegenüber 31. Dezember 2010 war auf wesentliche Reduzierungen in fast allen Ländern, allen voran Deutschland, die USA und Großbritannien, zurückzuführen. In dem verbliebenen Portfolio stellten per 31. Dezember 2011 insbesondere Deutschland und die USA einen regionalen Schwerpunkt dar.

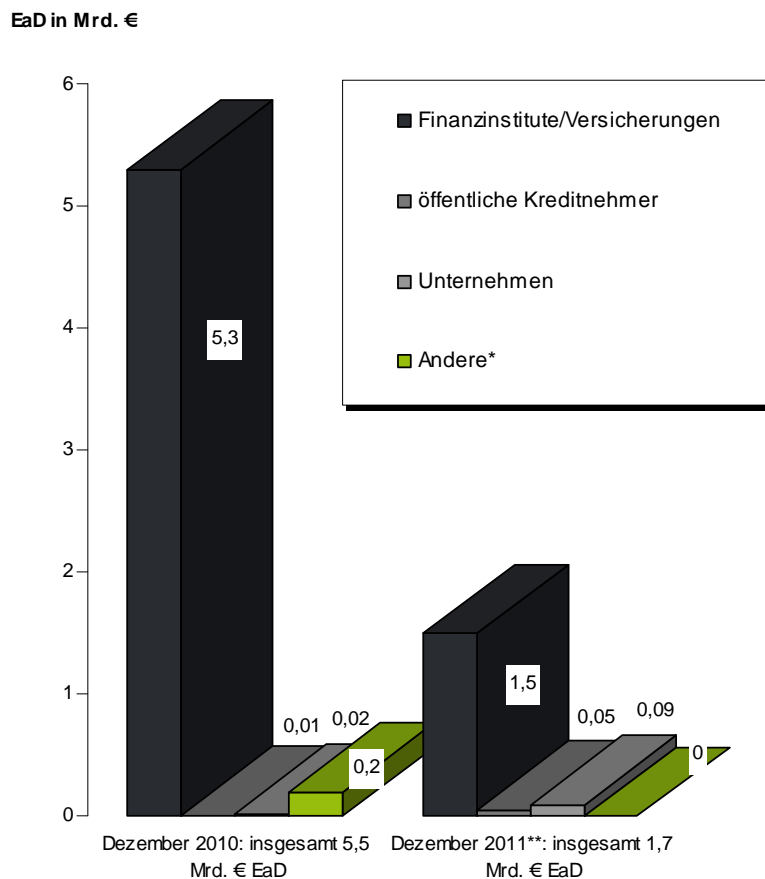
Value Portfolio: Aufteilung nach Regionen



*Daneben 1,6 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen von 1,0 Mrd. €. Der Anteil ohne Garantien entfiel zu 100% auf Deutschland. Die garantierten Positionen entfielen zu 100% auf Italien.

**Daneben 0,5 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen von 0,3 Mrd. €. Der Anteil ohne Garantien entfällt zu 100% auf Deutschland. Die garantierten Positionen entfallen zu 100% auf Italien.

Value Portfolio: Kontrahentenstruktur



*Der Wert für Andere liegt am 31.12.2011 bei 0,0 Mrd. €

**inkl. Forderungen gegenüber dem Schwesterinstitut DEPFA Bank plc über 0,1 Mrd. € per 31. Dezember 2011 (31. Dezember 2010: 0,6 Mrd. €).

Risikokennzahlen Der Erwartete Verlust für das Value Portfolio betrug unter Anwendung der nach Basel II vorgegebenen Parameter zum 31. Dezember 2011 4,4 Mio. €. Er erhöhte sich damit gegenüber Dezember 2010 (1,4 Mio. €) leicht, was auf eine konservativere Einschätzung der PD- und LGD-Parameter für einige Kontrahenten zurückzuführen ist.

Strukturierte Produkte: 0,8 Mrd. € Exposure

Das Corporate Center beinhaltet nicht strategische Positionen von 0,8 Mrd. € Exposure (Nominalwert: 0,9 Mrd. € (31. Dezember 2010: Nominalwert: 1,3 Mrd. €)) strukturierter Wertpapiere im Bankbuch.

Der Bestand an strukturierten Wertpapieren lässt sich in immobilienbezogene „Real Estate Linked Investments“ wie Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS), Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) und „Credit Linked Investments“ wie z. B. Collateralised Debt Obligation (CDOs im engeren Sinne) und Collateralised Loan Obligation (CLOs) unterteilen. Die „Credit Linked Investments“ werden im nachfolgenden Text als „CDO“ bezeichnet.

Folgende wesentliche Bestandsveränderungen sind in 2011 bei MBS und CDO Positionen zu verzeichnen:

Im Jahr 2011 hat sich der Bestand an US-CDO's im Wesentlichen durch Verkäufe und FX-Effekte um ein Nominalvolumen von 356,5 Mio. € reduziert. Darüber hinaus wurde die letzte CMBS Position in Höhe von 6,3 Mio. € verkauft.

Die Bewertung der verbleibenden CDO Strukturen erfolgt über ein internes Bewertungsmodell. Bei diesem internen Bewertungsmodell werden die US- und EU- CDOs mit Hilfe von unten nach oben verteilten Erwarteten Verlusten bewertet. Im Wesentlichen ist die Bewertung dieses Portfolios von der Entwicklung der zugrunde liegenden Sicherheiten geprägt, die vorwiegend aus ABS-, MBS- oder CDO-Tranchen bestehen.

Die handelsrechtliche Bewertung erfolgte im Einklang mit dem IDW Positionspapier vom 10. Dezember 2007. Im Berichtsjahr entstand in der Gewinn- und Verlustrechnung aus strukturierten Wertpapieren durch Zuführung von Wertberichtigungen ein Verlust in Höhe von -0,3 Mio. € per Saldo (Vorjahr -51,7 Mio. €) und ein Gewinn aus Verkäufen in Höhe von 6,3 Mio. €.

Der Gesamtbestand per Jahresende ist wie folgt gegliedert:

In Mio. €	2011		2010	
	Nominalvolumen	Buchwert	Nominalvolumen	Buchwert
CDO (USA)	6,5	6,5	363,0	250,7
CDO (Europa)	85,0	3,3	85,0	5,2
RMBS/CMBS (Europa)	0	0	6,3	0
Kapitalgarantierte strukturierte Wertpapiere	819,7	822,2	854,0	840,1
Gesamt	911,2	832,0	1.308,3	1096,0

Zweckgesellschaften in der Deutschen Pfandbriefbank AG

Zweckgesellschaften wurden in der Vergangenheit in der Regel dazu verwendet, Vermögensgegenstände (weitgehend) insolvenzsicher von operativen Gesellschaften zu isolieren und im Bedarfsfalle eine leichtere Verwertung dieser Vermögensgegenstände, die oftmals als Sicherheiten dienen, zu ermöglichen.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden nahezu alle Zweckgesellschaften abgewickelt oder im Rahmen der Auslagerung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die FMS Wertmanagement übertragen.

Bei der verbleibenden Zweckgesellschaft handelt es sich um eine ABS-Struktur, welche vollständig abgeschlossen ist, so dass der Deutschen Pfandbriefbank AG hieraus keine Risiken mehr erwachsen können.

Watchlist- und Problemkredite: 2,0 Mrd. €

Frühwarnsystem Im Frühwarnsystem der Deutschen Pfandbriefbank AG sind Trigger (= Kriterien) für die Aufnahme in die Intensivbetreuung (Watchlist) und in die Problemkreditbetreuung definiert (z. B. Zahlungsverzug, Nichteinhaltung von Covenants – beispielsweise LTV, ISC). Ob ein Trigger ausgelöst wurde, wird fortlaufend überwacht. Bei Auffälligkeiten wird die Adresse analysiert und gegebenenfalls zeitnah in die Intensiv- oder Problemkreditbetreuung überführt.

Watchlist- und Problemkredite (Restructuring und Workout Loans) sind wie folgt abgegrenzt:

- **Watchlist Loans** Es besteht ein Zahlungsverzug größer 60 Tage beziehungsweise ein anderes Frühwarnsignal trifft zu.
- **Restructuring Loans** Es besteht ein Zahlungsverzug größer 90 Tage beziehungsweise ein anderes definiertes Frühwarnsignal trifft zu.
- **Workout Loans** Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass das Darlehen saniert werden kann. Zwangsvollstreckungsmaßnahmen sind/werden eingeführt, Einzelwertberichtigungen sind vorgesehen.

Die Problemkreditbearbeitung ist auch für die Überprüfung von Wertminderungen im Einklang mit den diesbezüglichen Bilanzierungsvorschriften verantwortlich.

Entwicklung der Watchlist- und Problemkredite der Deutschen Pfandbriefbank AG

Der Bestand der Watchlist- und Problemkredite zum 31. Dezember 2011 und zum 31. Dezember 2010:

	31.12.2011				31.12.2010				Δ in Mio. €
	EaD PSF	EaD REF	EaD VP	EaD Ins- gesamt	EaD PSF	EaD REF	EaD VP	EaD Ins- gesamt	
Workout Loans	-	10	15	25	-	16	42	58	-33
Restructuring Loans ¹⁾	35	1.273	-	1.308	38	1.141	-	1.179	129
Problemkredite	35	1.283	15	1.333	38	1.157	42	1.237	96
Watchlist Loans	-	648	-	648	-	319	-	319	329
Insgesamt	35	1.931	15	1.981	38	1.476	42	1.556	425

¹⁾ zusätzlich bestand per 31. Dezember 2011 ein EaD in Höhe von 6 Mio. € im Segment „Consolidation und Adjustments“

Die Watchlist- und Problemkredite erhöhten sich um insgesamt 425 Mio. €.

Die Watchlistkredite erhöhten sich brutto um 577 Mio. € beziehungsweise netto um 329 Mio. €. Die Differenz ist zu einem überwiegenden Teil mit Restrukturierungen und Rückführungen und weiterhin mit Überführungen in die Problemkreditbetreuung zu erklären. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um einen Darlehensfall in Höhe von 100 Mio. €.

Die Problemkredite erhöhten sich brutto um 280 Mio. € beziehungsweise netto um 96 Mio. €. 184 Mio. € konnten restrukturiert beziehungsweise abgewickelt werden.

Wertberichtigungen und Rückstellungen

Einzelwertberichtigungen und portfoliobasierte Wertberichtigungen Alle Kredite der Deutschen Pfandbriefbank AG werden regelmäßig überprüft, ob eine Wertminderung vorliegt. Dabei wird zunächst untersucht, ob ein objektiver Hinweis für eine Wertminderung besteht und anschließend die Höhe der Wertminderung als Differenz des Buchwertes zum Barwert der künftig erwarteten Cashflows ermittelt.

Portfoliobasierte Wertberichtigungen werden unter Verwendung Basel-II-konformer Risikoparameter wie Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) und Verlustquote (LGD) bestimmt. Der sich hieraus ergebende Erwartete Verlust, bezogen auf einen Zeithorizont von einem Jahr, wird mit einem IFRS-konformen Umrechnungsfaktor auf denjenigen Zeitraum skaliert, der im Mittel zur Identifizierung des Wertminderungsereignisses benötigt wird.

Sollten aufgrund des Marktumfelds in einzelnen Portfolios der Geschäftssegmente Abweichungen zwischen langjährigen Durchschnittswerten für die Parameter PD und LGD einerseits und aktuellen Ausfall- und Verlustquoten andererseits erkannt werden, so werden diese entsprechend berücksichtigt.

Die Genehmigung der Wertberichtigungen erfolgt im Risk Provisioning Committee, in dem die CRO aller Tochterinstitute, also auch der Deutschen Pfandbriefbank AG, vertreten sind.

Marktrisiko

Definition

Marktrisiko beschreibt die Gefahr eines Wertverlustes aufgrund von Schwankungen der Marktpreise von Finanzinstrumenten. Geschäfte der Deutschen Pfandbriefbank AG unterliegen hauptsächlich folgenden Risikoarten:

- Credit-Spread-Risiko
- allgemeines Zinsänderungsrisiko
- Fremdwährungsrisiko

Marktrisikostategie

Die Deutsche Pfandbriefbank AG verfolgt folgende grundlegende Prinzipien in Bezug auf Marktrisiken:

- Es dürfen nur Geschäfte in Finanzinstrumenten abgeschlossen werden, die unabhängig über ein Modell bewertet oder für die Marktpreise beobachtet werden können und die den Neuproduktprozess erfolgreich durchlaufen haben.
- Alle Positionen unterliegen der täglichen GuV- und Risiko-Überwachung durch Risk Management & Control.

Organisation der Marktrisikosteuerung

Die Überwachung der Positionen erfolgt durch den vom Handel aufbauorganisatorisch bis zur Ebene der Geschäftsführung getrennten Bereich Risk Management & Control.

Marktrisikoberichte

Risk Management & Control erstellt täglich ausführliche Marktrisikoberichte für diverse Berichtempfänger:

- Der tägliche Marktrisikobericht wird insbesondere an den CRO und den Treasury-Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG adressiert. Er zeigt Marktrisiko-Value-at-Risk (VaR), Limit-Inanspruchnahmen und ökonomische Performancezahlen.
- Tägliche Sensitivitätsberichte beinhalten Analysen für die Hauptrisikofaktoren auf unterschiedlichen Detailebenen. Sie werden ebenfalls dem Risikovorstand und dem Treasury-Vorstand zur Verfügung gestellt.

Marktrisikomessung und -limitierung

Marktrisiko-Value-at-Risk Risk Management & Control berechnet täglich den Marktrisiko-VaR auf Gesamt- und Teilportfolioebene anhand eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes. Es werden alle Positionen einbezogen, wobei der Credit-Spread-VaR aus Positionen, die der IFRS-Kategorie Loans & Receivables zugeordnet sind, nicht berücksichtigt wird.

- Die verwendeten Korrelationen und Volatilitäten basieren auf historischen Zeitreihen der jeweils letzten 250 Handelstage, die gleich gewichtet in die Berechnung eingehen.
- Für die tägliche operative Risikosteuerung bezieht sich der VaR auf eine zehntägige Halteperiode und ein einseitiges 99%-Konfidenzintervall.
- Bei der Aggregation der einzelnen Marktrisikokomponenten, wie Zins-, FX- und Credit Spread-VaR, zu einem Gesamt-VaR, der die Basis für die Limitüberwachung darstellt, werden seit Juli 2011 die historisch beobachteten Korrelationen anstelle einer Nullkorrelationsannahme verwendet.

Am 31. Dezember 2011 betrug der Marktrisiko-VaR 102,7 Mio. € (Vergleichswert 31. Dezember 2010: 70,2 Mio. €). Das Marktrisiko-Limit lag während des gesamten ersten Halbjahres 2011 konstant bei 95 Mio. €. Es gab im Berichtszeitraum keine Limitüberschreitungen.

Die Entwicklung des Marktrisiko-VaR und des Marktrisiko-Limits während des Jahres 2011 war hauptsächlich durch folgende Ereignisse geprägt:

Im Juli wurde wie oben beschrieben bei der Ermittlung des Gesamt VaR aus den VaRs der einzelnen Marktrisikokomponenten, wie Zins-, FX- und Credit-Spread-VaR, von einer Nullkorrelationsannahme auf historisch beobachtete Korrelationen umgestellt. Dadurch ergab sich – bei nahezu gleich gebliebenen Zins-, FX und Credit-Spread-VaRs – ein Anstieg des Gesamt-VaR.

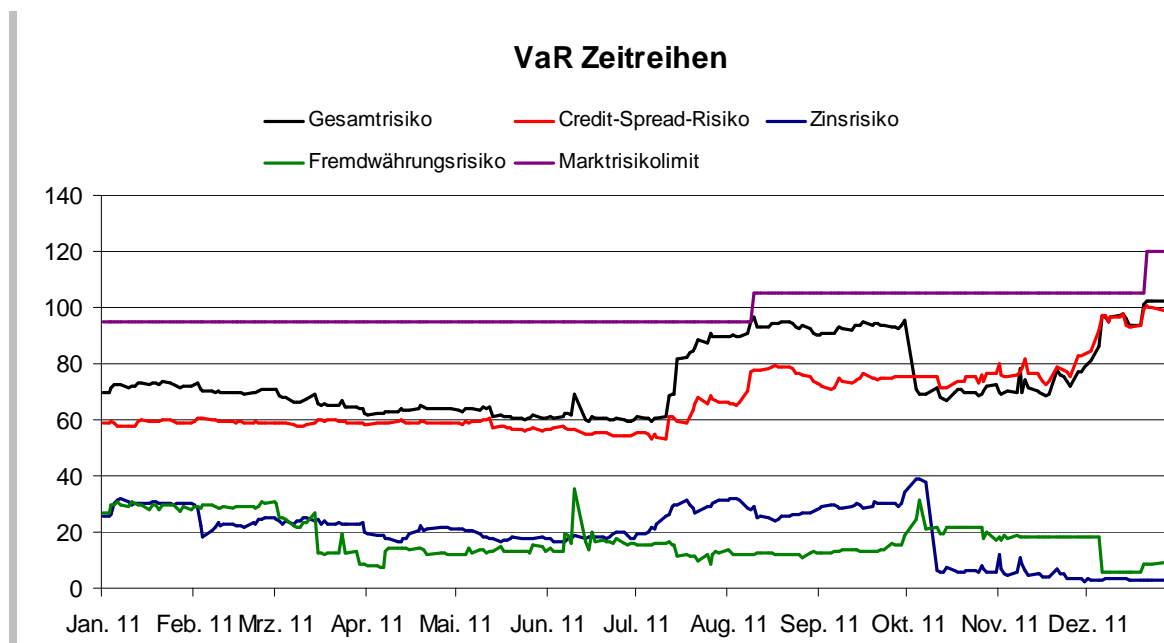
Auf Grund der dadurch entstandenen hohen Limitauslastung wurde das Marktrisiko-Limit um 10 Mio. € von 95 Mio. € auf 105 Mio. € erhöht. Im gleichen Umfang wurde das Marktrisiko-Limit bei der Depfa plc gesenkt, so dass das Marktrisiko-Limit auf HRE-Konzernebene konstant blieb.

Im Oktober erfolgte eine Konsolidierung der Front Office Systeme. In Folge der damit einhergehenden Vereinheitlichungen ergab sich ein Absinken des Zins-VaR und folglich auch des Gesamt-VaR.

Der Anstieg von Credit-Spread-VaR und Gesamt-VaR zwischen November und Jahresende ist hauptsächlich auf die deutlich gestiegenen Credit Spread Volatilitäten an den Märkten sowie den Aufbau des Liquiditätspuffers nach MaRisk BTR 3.2 zurückzuführen.

Auf Grund der weiterhin hohen Credit Spread Volatilitäten wurde das Marktrisiko-Limit um 15 Mio. € von 105 Mio. € auf 120 Mio. € erhöht. Dazu wurde ein bisher nicht allokiertes Limit (Limitreserve) verwendet. Die Ableitung des maximalen Marktrisikolimits aus der Risikotragfähigkeitsrechnung (ICAAP) blieb unverändert.

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die Entwicklung des Marktrisiko-VaR sowie des VaR für die einzelnen Risikoarten im Vergleich zum Marktrisiko-Limit im Jahresverlauf:



Weitere Instrumente, wie Sensitivitätsanalysen sowie Stresstesting, ergänzen die VaR-Betrachtung.

Sensitivitätsanalysen

Im Rahmen von Sensitivitätsanalysen wird quantifiziert, welchen Effekt eine Veränderung einzelner Marktparameter auf den Wert der Positionen hat. So gibt beispielsweise die Credit-Spread-Sensitivität Aufschluss darüber, welche ökonomische Barwertänderung aus der isolierten Veränderung der für die Bewertung relevanten Credit Spreads um einen Basispunkt resultiert.

Das Credit-Spread-Risiko spiegelt die potenzielle Änderung des Barwertes von Positionen aufgrund von Veränderungen der jeweiligen Credit Spreads wider. Risikomesssysteme zur Ermittlung von Credit-Spread-Risiken existieren für alle relevanten Positionen der Deutschen Pfandbriefbank AG. Der überwiegende Teil des Credit-Spread-Risikos ist auf deckungsfähige Vermögenswerte für Pfandbriefe zurückzuführen. Der VaR-Limitierung unterliegen nur die Credit-Spread-Risiken der AfS- und FVtPL-Bestände, nicht jedoch der LaR-Positionen.

Stresstesting

Während die VaR-Messung das Marktrisiko unter »normalen« Marktbedingungen abbildet und nicht als Maß für einen potenziellen Maximalverlust zu verstehen ist, zeigen Stress-Szenarien das Marktrisiko unter extremen Bedingungen. In der Deutschen Pfandbriefbank AG werden hypothetische Stress-Szenarien auf monatlicher Basis für alle wesentlichen Risikotreiber (Credit Spreads, Zinssätze, Fremdwährungskurse) gerechnet. Zusätzlich werden historische Stress-Szenarien simuliert. Eine Parallelverschiebung der Zinskurve um 200 Basispunkte zum Beispiel hätte für alle Positionen der Deutschen Pfandbriefbank AG per 31. Dezember 2011 eine Marktwertänderung von 125,3 Mio. € zur

Folge. Der Vergleichswert für das Jahresende 2010 lag bei 52,8 Mio. €. Der Vorstand und die entsprechenden Gremien werden über die Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert.

Ökonomisches Marktrisikokapital

Für die Berechnung des ökonomischen Marktrisikokapitals, das bei der Risikotragfähigkeitsanalyse berücksichtigt wird, wird der Marktrisiko-VaR sowohl auf einen Einjahreszeitraum als auch auf ein höheres Konfidenzniveau (von 99% auf 99,95%) skaliert. Das ökonomische Kapital für Marktrisiken betrug für die Deutsche Pfandbriefbank AG zum 31. Dezember 2011 ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zu anderen Risikoarten 619 Mio. € (31. Dezember 2010: 488 Mio. €).

Marktrisikosteuerung, -überwachung und -minderung

Die Deutsche Pfandbriefbank AG steuert und überwacht das Marktrisiko anhand eines Drei-Säulen-Ansatzes:

- Management der Position im Bereich Treasury,
- Risikomessung und Überwachung der Limiteinhaltung durch Risk Management & Control sowie
- Eskalationsprozesse über alle Entscheidungsgremien bis hin zum Vorstand.

Die Überwachung des Marktrisikos erfolgt für alle Positionen durch eine Kombination von Value-at-Risk (VaR)-Limiten sowie einer Überwachung der Sensitivitäten durch den Bereich Risk Management & Control.

Entwicklung der relevanten Marktrisikokarten

Allgemeines Zinsänderungsrisiko

Das gesamte allgemeine Zinsänderungsrisiko der Deutschen Pfandbriefbank AG betrug zum 31. Dezember 2011 5,3 Mio. €. Es lag damit deutlich unter dem Vergleichswert vom 31. Dezember 2010 in Höhe von 26,3 Mio. €. Durchschnittlich lag das Zinsänderungsrisiko mit 19,9 Mio. € im Jahr 2011 (maximal 38,6 Mio. €; minimal 2,4 Mio. €) weiterhin auf niedrigem Niveau (durchschnittlicher VaR für das Jahr 2010 bei 16,5 Mio. €; maximal 27,8 Mio. €; minimal 10,5 Mio. €).

Credit-Spread-Risiko

Der überwiegende Teil des Credit-Spread-Risikos ist auf deckungsfähige Vermögenswerte für Pfandbriefe zurückzuführen. Der VaR-Limitierung unterliegen nur die Credit-Spread-Risiken der AfS- und FVtPL-Bestände, nicht jedoch der LaR-Positionen.

So belief sich der Credit-Spread-VaR der AfS- und FVtPL-Bestände Ende Dezember 2011 auf 97,6 Mio. € (Ende 2010: 58,4 Mio. €). Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr war hauptsächlich auf deutlich gestiegene Credit Spread Volatilitäten an den Märkten sowie den Aufbau des aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Liquiditätspuffers zurückzuführen.

Fremdwährungsrisiko und sonstige Marktrisiken

Das barwertig gerechnete Fremdwährungsrisiko betrug zum 31. Dezember 2011 8,4 Mio. €, der vergleichbare Jahresendwert 2010 betrug 28,9 Mio. €. Generelle Strategie ist es, Fremdwährungsrisiken so weit wie möglich abzusichern.

Aktienkurs- und Rohwarenrisiken liegen nicht vor, Inflationsrisiken sind im Wesentlichen abgesichert.

Finanzderivate werden überwiegend zu Sicherungszwecken eingesetzt.

Liquiditätsrisiko

Definition

Liquiditätsrisiko ist das Risiko, bestehenden oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nach Umfang und zeitlicher Struktur nicht, nicht vollständig beziehungsweise nicht fristgerecht nachkommen zu können.

Liquiditätsrisikostategie

Die Liquiditätsrisikostategie ist wesentlicher Bestandteil der Risikostrategie der HRE, also auch der Deutschen Pfandbriefbank AG, und wird in verschiedene Bausteine unterteilt. Dabei wird sichergestellt, dass sowohl die kurzfristige als auch die mittelfristige Refinanzierung der Deutschen Pfandbriefbank AG mittels eines Limit-Systems überwacht und gesteuert wird. Die Festlegung der Limite ist Teil des jährlichen Geschäftsplanungsprozesses.

Organisation der Liquiditätsrisikosteuerung

Risk Management & Control der HRE identifiziert, misst, berichtet und überwacht das Liquiditätsrisiko der Deutschen Pfandbriefbank AG. Die Steuerung des Risikos obliegt der vom Risk Management & Control unabhängigen Einheit Treasury der HRE. Die verwendeten Prozesse und Methoden werden regelmäßig vom Risk Committee der HRE und vom Asset Liability Committee der HRE überprüft.

Liquiditätsrisikobericht

Die Berichte zur Liquiditätssteuerung werden täglich erstellt und an den gesamten Vorstand sowie unter anderem an die Deutsche Bundesbank und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht berichtet. Die Berichte beinhalten die tagesaktuelle Liquiditätssituation sowie Projektionen auf Basis vertraglicher Geldflüsse und getroffener Annahmen zu künftigen, die voraussichtliche Liquiditätsentwicklung beeinflussenden Ereignissen.

Liquiditätsrisikomessung und -limitierung

Zur Steuerung der Liquiditätsrisiken wurde ein System zur Messung und Begrenzung kurzfristiger und mittelfristiger Abweichungen innerhalb der Zahlungsströme installiert. Neben vertraglichen Zahlungsströmen werden auch optionale Zahlungsströme erfasst. Diese Daten werden regelmäßig einem Backtesting unterzogen.

Die Liquiditätsposition, die sich aus den vertraglichen und optionalen Zahlungsströmen ergibt, wird in unterschiedlichen Szenarien gemessen. Auf täglicher Basis werden dabei verschiedene Liquiditätspositionen berechnet. Die drei Liquiditätspositionen unterstellen

- konstante Markt- und Refinanzierungsbedingungen (Base-Szenario)
- Risk-Szenario (modifiziertes [historic] Stress-Szenario) und
- Liquiditätsstress ([historic] Stress-Szenario).
In Risk- und (historic) Stress-Szenario wird zum Beispiel mögliches Kundenverhalten in »Stresssituationen« simuliert. Dabei werden auf Basis historischer Zeitreihen 95 %- beziehungsweise 99 %-Quantile errechnet.

Für das Liquiditätsrisiko wurde für die unterschiedlichen Liquiditätsszenarien jeweils ein Limit über einen Zeitraum von zwölf Monaten bzw. ein Trigger über 24 Monaten (Base-Szenario) definiert.

Das Limit-System besteht aus:

- Limit auf das Liquiditätsstressprofil für den HRE-Konzern (Risk-Szenario und [historic] Stress-Szenario) und Trigger für das Base-Szenario
- Limit-System für die Deutsche Pfandbriefbank AG

Als Ergänzung zum Reporting verwendet die Deutsche Pfandbriefbank AG regelmäßig durchgeführte Stresstests zur Untersuchung zusätzlich auftretender Stressereignisse auf die Liquiditätsposition.

Im Rahmen der Szenarioanalysen werden mögliche Auswirkungen makroökonomischer, geldpolitischer und politischer Krisen auf die Liquiditätssituation der Deutschen Pfandbriefbank AG simuliert.

Die Szenarien werden an den Vorstand der HRE Holding AG, bzw. ab den Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG sowie an externe Gremien wie zum Beispiel die Deutsche Bundesbank und die FMSA berichtet und analysiert.

Im Rahmen der Weiterentwicklung der Liquiditätsrisikomessung und gemäß den neuen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) wurden die Anforderungen zu Liquiditätsreservehaltung umgesetzt. Dazu wurde das Stress-Szenario um verschiedene in den MaRisk geforderte Parameter erweitert.

Liquiditätsrisikoüberwachung und -management

Die Überwachung der Liquiditätsrisiken wird durch das tägliche Reporting der Liquiditätssituation der Deutschen Pfandbriefbank AG und durch einen definierten Eskalationsprozess sichergestellt. In diesem Rahmen wurde unter anderem ein Liquiditätsnotfallplan verabschiedet, der den fachlichen und organisatorischen Rahmen für die Behandlung von Liquiditätsengpässen bildet.

Das Liquiditätsrisikomanagement basiert auf verschiedenen ineinandergreifenden Komponenten, die auf einer vom Vorstand festgelegten »Liquiditätsrisikotoleranz« aufbauen. Damit wird sichergestellt, dass die einzelnen Unternehmen der HRE, also auch die Deutsche Pfandbriefbank AG, über ausreichende Liquiditätsreserven verfügen.

Liquiditätsrisikoabsicherung und -minderung

Die Begrenzung des Liquiditätsrisikos wird über ein Risikotoleranzsystem auf HRE-Konzernebene gesichert. Die Risikotoleranz ist in den Liquiditätsmanagementprozess über Trigger (Limit-System) integriert, um eine »Überlebensperiode« der Deutschen Pfandbriefbank AG im Stressfall zu gewährleisten.

Die Grenzen für die Risikotoleranz werden im Rahmen von Stress-Szenarien ermittelt und regelmäßig angepasst.

Entwicklung der Risikoposition der Deutschen Pfandbriefbank AG

Die Entwicklung der Liquiditätsposition wurde in 2011 durch die anhaltende Stresssituation auf den Kapitalmärkten beeinflusst, die die Refinanzierungsmöglichkeiten zum Teil erheblich einschränkte.

Die im Zuge der Liquiditätsrisikomessung per 31. Dezember 2011 ermittelte kumulierte Liquiditätsposition (liquide Assets sowie prognostizierter Saldo der Zahlungsströme) im Base-Szenario betrug auf Sicht von zwölf Monaten 5,7 Mrd. €. Der sich im Vergleich zum Vorjahr ergebende Rückgang lag im Rahmen der Erwartungen.

Die Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung betrug zum 31. Dezember 2011 in der Deutschen Pfandbriefbank AG 2,34 und lag damit über der gesetzlichen Mindestgrenze von 1,0.

Refinanzierung

Für die Refinanzierung stehen der Deutschen Pfandbriefbank AG als Hauptfinanzierungsinstrumente

gedeckte und ungedeckte Emissionen zur Verfügung. Pfandbriefe sind dabei das Hauptrefinanzierungsinstrument. Aufgrund ihrer hohen Qualität und Akzeptanz an den internationalen Kapitalmärkten sind Pfandbriefe vergleichsweise weniger von Marktschwankungen betroffen als viele andere Refinanzierungsquellen.

Die Refinanzierungsmärkte in 2011 waren weiterhin von hohen Volatilitäten geprägt. Im ersten Halbjahr 2011 hatte die Deutsche Pfandbriefbank aufgrund der ausstehenden EU-Entscheidung und der damit einhergehenden Unsicherheit bei Investoren lediglich Privatplatzierungen emittiert. Im zweiten Halbjahr konnten am gesamten deutschen Markt nur zwei Pfandbrief-Benchmarkemissionen emittiert werden. Eine davon war Anfang Oktober 2011 die 500 Mio. € Hypothekendarlehenpfandbriefemission der Deutschen Pfandbriefbank. Besonders im Bereich der unbesicherten Refinanzierung werden sich die Märkte weiter stabilisieren müssen um einen nachhaltigen Zugang zu unbesichertem Funding zu gewährleisten.

Die Stabilisierungsmaßnahmen der EZB durch Ankaufprogramme für Staatsanleihen und covered bonds, die Senkung der Leitzinsen als auch die unbegrenzte Bereitstellung von Zentralbankgeld haben die Märkte nur teilweise beruhigen können. Im Dezember 2011 hatte sich die Deutsche Pfandbriefbank aufgrund der ökonomischen Vorteilhaftigkeit am Dreijahrestender der EZB beteiligt.

Prognostizierter Liquiditätsbedarf

Aufgrund des ausgeglichenen Aktiv-Passiv-Profiles bestehen keine signifikanten Liquiditätsinkongruenzen.

Neben dem prognostizierten Liquiditätsbedarf für Neugeschäftsaktivitäten ist die Höhe des zukünftigen Liquiditätsbedarfs jedoch noch von einer Vielzahl von externen Faktoren abhängig:

- Weitere Entwicklungen in der europäischen Finanzkrise und mögliche Auswirkungen auf die Realwirtschaft
- Zukünftige Entwicklung der Abschlüsse bei Wertpapieren bei den Repo-Finanzierungen am Markt und bei den Zentralbanken
- Eventuell zusätzliche Sicherheitenanforderungen aufgrund von sich ändernden Marktparametern (wie Zinssätze und Fremdwährungskurse)
- Entwicklung der Anforderungen für Absicherungsgeschäfte
- Veränderte Anforderungen der Ratingagenturen hinsichtlich der erforderlichen Überdeckung in den Deckungsstöcken

Operationelle Risiken

Definition

Die Deutsche Pfandbriefbank AG definiert das operationelle Risiko als »die Gefahr von Verlusten, verursacht durch unzureichende oder fehlende Prozesse, menschliche Fehler, Technologieversagen oder externe Ereignisse«. Die Definition beinhaltet rechtliche Risiken, schließt jedoch strategische und Reputationsrisiken aus.

Strategie für operationelle Risiken

Die obersten Ziele der Deutschen Pfandbriefbank AG sind die Früherkennung, die Erfassung, die Beurteilung sowie die Überwachung und Verhinderung beziehungsweise Begrenzung von operationellen Risiken sowie ein frühzeitiger und aussagekräftiger Bericht an das Management. Die Deutsche Pfandbriefbank AG versucht nicht, Risiken komplett auszuschließen, sondern mögliche Verluste zu minimieren. Die Bereitstellung von ausreichenden Informationen ist dabei die Basis für gezielte Entscheidungen zur Risikobegrenzung.

Organisation des Managements von operationellen Risiken

Im Bereich Risk Management & Control ist die Abteilung Group Operational Risk für konzernweit einheitliche Prozesse, Instrumente und Methoden zur Erfassung, Beurteilung, Überwachung und Berichterstattung operationeller Risiken im HRE-Konzern zuständig. Dies schließt die Deutsche Pfandbriefbank AG mit ein.

Risikoberichte, Überwachung und Management von operationellen Risiken

Operationelle Risiken werden durch ein Netzwerk, bestehend aus Kontrollen, Verfahren, Berichten und Verantwortlichkeiten, überwacht. Innerhalb der Deutschen Pfandbriefbank AG übernimmt jeder einzelne Fachbereich sowie jede Führungsebene die Verantwortung für die eigenen operationellen Risiken und stellt entsprechende Ressourcen und Prozesse zu deren Begrenzung zur Verfügung. Der Fokus liegt dabei vielmehr auf der proaktiven Früherkennung, Minderung und Steuerung der Risiken als lediglich auf der Messung, Überwachung und Reaktion auf Risiken.

Informationen werden auf zusammengefasster Basis verwendet, um das operationelle Risikoprofil der Deutschen Pfandbriefbank AG und die notwendigen Maßnahmen zur Risikoreduzierung zu bestimmen.

Regelmäßige Berichte werden für den Chief Risk Officer (CRO) und das Risk Committee erstellt. Der monatliche Group Risk Report enthält operationelle Schadensfälle und Verluste sowie wesentliche risikorelevante Sachverhalte mit Auswirkung auf die Deutsche Pfandbriefbank AG. Zudem weist ein vierteljährlicher Bericht zu wesentlichen Risikoindikatoren den Vorstand auf potenzielle Risikoquellen hin. Die Ergebnisse des jährlichen Risk Self Assessments in den Fachbereichen werden nach Abschluss des Assessment-Prozesses dem Risk Committee berichtet. Nach Beendigung einer detaillierten Risikoanalyse erhält der zuständige Vorstand einen Abschlussbericht.

Risikomessung

Das ökonomische Kapital für operationelle Risiken betrug 103 Mio. € zum 31. Dezember 2011 (135 Mio. € zum 31. Dezember 2010). Details zur Berechnung finden sich im Kapitel »Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse« beschrieben.

Die regulatorische Eigenkapitalunterlegung für operationelle Risiken, die jeweils einmal jährlich zum Jahresende berechnet wird, betrug, entsprechend dem Standardansatz nach Basel II, 86 Mio. € zum 31. Dezember 2011 (80 Mio. € zum 31. Dezember 2010).

Wesentliche operationelle Risiken der Deutschen Pfandbriefbank AG

Wesentliche operationelle Risiken resultieren aus der fortlaufenden Weiterentwicklung des HRE-Konzerns und damit auch der Deutschen Pfandbriefbank AG. Dies beinhaltet auch die Erbringung von Dienstleistungen für die FMS Wertmanagement sowie laufende Änderungen in der IT-Umgebung. Operationelle Risiken erwachsen insbesondere aus der hohen Anzahl von manuellen Geschäftserfassungen sowie der hohen Anzahl von unterschiedlichen Abwicklungs- und Überwachungssystemen. Die Systeme werden derzeit konsolidiert. Bis zum Abschluss der Konsolidierung besteht eine erhöhte Fehleranfälligkeit in Bezug auf die manuellen Prozesse und Kontrollen, die zur Sicherung der Datenkonsistenz erfolgen.

Des Weiteren besteht eine hohe Abhängigkeit von Know-how von Schlüsselpersonen, um die fortlaufenden Weiterentwicklungen zu begleiten und reguläre Prozesse und Kontrollen durchzuführen. Dies ist vor dem Hintergrund der bestehenden Systemlandschaft sowie manueller Prozesse und Kontrollen von besonderer Bedeutung.

Im Jahr 2011 ergaben sich für die Deutsche Pfandbriefbank AG Verluste von insgesamt 0,2 Mio. € aus operationellen Risiken (2010: 1,5 Mio. €). Die Verluste resultierten hauptsächlich aus manuellen Fehlern im Zusammenhang mit Kontrollprozessen. Prozess- und Kontrollverbesserungen wurden implementiert, um die zugrunde liegenden Ursachen der aufgetretenen Verlustfälle zu beheben.

Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse

Ökonomisches Kapital nach Risikoarten

ohne Diversifikationseffekte in Mio. € per

31. Dezember 2011

31. Dezember 2010

Veränderung

Adressrisiko	1.685	1.329	+356
Marktrisiko	619	488	+131
Operationelles Risiko	103	135	-32
Geschäftsrisiko	41	62	-21
Summe vor Diversifikationseffekten	2.448	2.014	+434
Summe nach Diversifikationseffekten	2.247	1.811	+436
Risikodeckungsmasse	4.173	5.156	-983
Überdeckung	+1.926	+3.345	-1.419

Ohne die Diversifikationseffekte zwischen den einzelnen Risikoarten belief sich das ökonomische Kapital der Deutschen Pfandbriefbank AG auf rund 2,4 Mrd. € (Dezember 2010: 2,0 Mrd. €). Mit deren Berücksichtigung sank es auf rund 2,2 Mrd. € (Dezember 2010: 1,8 Mrd. €).

Die Risikodeckungsmasse verzeichnete einen Rückgang um 1,0 Mrd. € auf 4,2 Mrd. € (31. Dezember 2010: 5,2 Mrd. €). Fast die Hälfte der Reduktion (-436 Mio. €) wurden dabei durch ein Rückgang des Nachrang- bzw. Hybridkapitals mit Laufzeiten über einem Jahr hervorgerufen und durch eine Reduktion im IFRS Kapital (-251 Mio. €) sowie ein Anstieg bei den latenten Steuern von 113 Mio. €. Zusätzlich neuer aufsichtsrechtlicher Vorgaben wurde seit dem zweiten Quartal in der Risikodeckungsmasse das bisher enthaltene geplante Ergebnis der nächsten zwölf Monate nicht mehr angesetzt (-130 Mio. €). Dafür wurden seit Mitte des Jahres die Erwarteten Verluste aus dem Kreditportfoliomodell von der Risikodeckungsmasse abgezogen (31. Dezember 2011: -172 Mio. €). Dagegen wurde der Abzugsposten der Cash Flow Hedge Reserve um 122 Mio. € kleiner.

Zum 31. Dezember 2011 ergab sich für einen einjährigen Betrachtungszeitraum ein ökonomischer Kapitalpuffer von rund 1,9 Mrd. € (31. Dezember 2010: 3,3 Mrd. €). Die auf Basis des ICAAP größte Risikoart (gemessen am ökonomischen Kapital und ohne explizite Berücksichtigung des Liquiditätsrisikos) war das Adressrisiko, auf das 69 % des undiversifizierten ökonomischen Kapitals entfallen.

Kreditinstitute sind gemäß § 25a Abs. 1 KWG verpflichtet, angemessene und wirksame Verfahren einzurichten, um ihre Risikotragfähigkeit zu ermitteln und nachhaltig sicherzustellen. Sie ergänzen die in der Solvabilitätsverordnung festgelegten aufsichtlichen Verfahren. Die institutseigene Risikotragfähigkeitsrechnung ist Gegenstand aufsichtlicher Prüfungen („Supervisory Review and Evaluation Process“, SREP). Am 7. Dezember 2011 legte die BaFin durch das Schreiben „Aufsichtliche Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte“ wesentliche Kernpunkte der aufsichtlichen Beurteilung dar. Demnach sind zum Beispiel bei einem Liquidationsszenario stille Lasten aus Wertpapieren des Anlagevermögens vom Risikodeckungspotenzial abzuziehen. Die betreffenden Marktpreisrisiken sollten vollständig in der Risikotragfähigkeitsrechnung angesetzt werden. Das von der Deutschen Pfandbriefbank AG aktuell eingesetzte Konzept geht dagegen von der abweichenden Annahme einer Haltefähigkeit und Halteabsicht für diese Wertpapiere bis zur Endfälligkeit aus. Folglich werden die stillen Lasten aus Wertpapieren des Anlagevermögens nicht vollständig im Risikodeckungspotenzial abgebildet. Ebenso berücksichtigt die Deutsche Pfandbriefbank AG derzeit

nicht alle Credit Spread Risiken für Wertpapiere des Anlagevermögens in der Berechnung des ökonomischen Kapitals.

Das Risikotragfähigkeitskonzept wird derzeit weiterentwickelt, um den konkretisierten aufsichtlichen Anforderungen zukünftig zu entsprechen. Es wird geprüft, ob eine Going Concern basierte Risikotragfähigkeitsrechnung dem Geschäftsmodell der Bank eher entspricht. Aus der Weiterentwicklung könnten sich erhebliche Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeitsanalyse ergeben.

Methodik der einzelnen Risikoarten

Das ökonomische Kapital jeder Risikoart wird über einen quantitativen Ansatz ermittelt und unter Berücksichtigung von spezifischen Korrelationen zum Gesamtbankrisiko aggregiert. Gemäß gängigem Marktstandard werden die Risikoarten für einen Zeitraum von einem Jahr und ein aus dem Zielrating der Risikotragfähigkeit abgeleitetes Konfidenzniveau (hier 99,95%) berechnet.

Nachfolgend wird die Berechnungsmethodik des ökonomischen Kapitals für die einzelnen materiellen Risikoarten für 2011 erläutert.

Adressrisiko Zur Berechnung des Adressrisikos auf Portfolioebene setzt die Deutsche Pfandbriefbank AG ein Kreditportfoliomodell ein, welches dem Ansatz eines sogenannten Asset-Value-Modells folgt. Der wesentliche Grundgedanke dieses Ansatzes besteht darin, dass über die wiederholte Simulation korrelierter Ratingmigrationen und Ausfälle der Kreditnehmer sowie eine Berechnung hieraus resultierender Wertveränderungen über eine entsprechende Neubewertung des Portfolios Wahrscheinlichkeitsaussagen über potenzielle Verluste aus dem Kreditgeschäft getroffen werden können. Aus der über diesen Weg berechneten Verlustverteilung lässt sich dann das ökonomische Adressrisikokapital als Unerwarteter Verlust ableiten. Dieses beziffert den auf einem Konfidenzniveau von 99,95% berechneten maximalen Unerwarteten Verlust, der sich aufgrund von Ratingmigrationen und Ausfällen im Kreditgeschäft innerhalb eines Jahres ergeben wird. Neben der Verlustverteilung des Kreditportfolios ist ein wesentliches Ergebnis die risikoadäquate Allokation des so gemessenen Adressrisikokapitals auf die einzelnen Kreditnehmereinheiten nach dem sogenannten Expected-Shortfall-Prinzip. Hierbei wird eine verursachungsgerechte Zuordnung auf die Kreditnehmer gewährleistet und damit ein wesentlicher Baustein zur risikoorientierten Steuerung des Kreditportfolios gelegt.

Wegen Auslauf von Lizenzen ersetzte zum Dezember eine Eigenentwicklung des Kreditportfoliomodells die bisher verwendete Lösung. Dabei kam es zu keinerlei Änderungen der Quantifizierung des ökonomischen Kapitals für das Adressrisiko aus dem Systemwechsel.

Das ökonomische Kapital für Adressrisiken – berechnet aus dem Kreditportfoliomodell – betrug für ein Konfidenzniveau von 99,95 % und einen Zeithorizont von einem Jahr ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zu anderen Risikoarten 1,7 Mrd. € (31. Dezember 2010: 1,3 Mrd. €). Der Anstieg um 356 Mio. € wurde insbesondere durch die Implementierung eines neuen Ratingmoduls für SPVs und den Anstieg von Credit Spreads in der zweiten Jahreshälfte hervorgerufen.

Marktrisiko In die Berechnung des ökonomischen Kapitals für Marktrisiken geht der für die Marktrisikosteuerung verwendete VaR, ergänzt um die VaR-Werte für die Eigenmittelbücher, ein. Um dem höheren Konfidenzniveau sowie dem Einjahreszeitraum des Kapitaladäquanzverfahrens Rechnung zu tragen, wird der Marktrisiko-VaR entsprechend skaliert.

Das ökonomische Kapital für Marktrisiken betrug zum 31. Dezember 2011 bei einem einjährigen Betrachtungszeitraum ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zu anderen Risikoarten 619 Mio. € (Dezember 2010: 488 Mio. €). Der Anstieg um 131 Mio. € wurde hauptsächlich durch die Berücksichtigung der historischen Korrelation zwischen den Marktrisikofaktoren seit Juli und deutlich angestiegene Volatilitäten der Credit Spreads sowie den Aufbau einer Liquiditätsreserve im vierten Quartal hervorgerufen.

Operationelles Risiko In die Berechnung des ökonomischen Kapitals für operationelle Risiken geht das Ergebnis der Berechnung nach dem Standardansatz gemäß Basel II ein. Für die Zwecke des Kapitaladäquanzverfahrens wird der regulatorisch bestimmte Kapitalbedarf entsprechend dem höheren Konfidenzniveau (von 99,9% auf 99,95%) skaliert.

Das ökonomische Kapital für operationelle Risiken betrug 103 Mio. € zum 31. Dezember 2011 (135 Mio. € zum 31. Dezember 2010).

Geschäftsrisiko Die Berechnung des ökonomischen Kapitals für das Geschäftsrisiko beinhaltet einen unterstellten Anstieg der Finanzierungskosten infolge eines gestiegenen Finanzierungsbedarfs simultan mit einer Erhöhung des unbesicherten Refinanzierungssatzes. Im Rahmen der Liquiditätsrisikomessung wird monatlich im Stress-Szenario »Further Decline« der gestiegene Finanzierungsbedarf bei Eintritt bestimmter Marktereignisse simuliert. Für den unbesicherten Refinanzierungssatz wird ein Anstieg auf das am Markt beobachtete historische Maximum von Credit Spreads des bankeigenen Ratings simuliert. Aus Vorsichtsgründen wird unterstellt, dass beide Ereignisse simultan eintreten.

Das ökonomische Kapital für Geschäftsrisiken betrug 41 Mio. € zum 31. Dezember 2011. Der Vorjahreswert in Höhe von 62 Mio. € beinhaltet noch das Risiko ausfallenden Zins- und Provisionsüberschuss aus Neugeschäft für die kommenden vier Quartale. Da die Risikodeckungsmasse aufsichtsrechtlich keinerlei Plangewinne mehr enthält, ist die Einbeziehung dieser Komponente in das Geschäftsrisiko redundant geworden.

Liquiditätsrisiko Eine Kapitalisierung von Liquiditätsrisiken im engeren Sinne ist nicht möglich. Liquiditätsrisiken im weiteren Sinne einer Verteuerung der Refinanzierungskosten für potenzielle Finanzierungslücken sind im ökonomischen Kapital für das Geschäftsrisiko abgebildet.

Stresstests in Bezug auf das ökonomische Kapital werden eingesetzt, um ein besseres Verständnis der Sensitivität der Ergebnisse gegenüber den Risikoparametern, welche den Modellen zugrunde liegen, zu entwickeln. Die Deutsche Pfandbriefbank AG führt Stresstests als Instrument für ein angemessenes ökonomisches Kapitalmanagement für fünf Einzelkategorien durch, jeweils bezogen auf eine isolierte Risikoart:

- Herabstufung der größten Kontrahenten, gemessen am ökonomischen Kapital
- Stresstests der Kreditwürdigkeit aller Kontrahenten
- Stresstests bezüglich der Sicherheiten
- Operationelles Risiko
- Geschäftsrisiko

Darüber hinaus existieren zwei integrierte, das heißt risikoartenübergreifende Stresstest-Szenarien (das Stress-Szenario sowie das extreme Stress-Szenario). Beide Szenarien basieren auf hypothetischen und historischen Ereignissen. Dabei soll das Stress-Szenario ein außergewöhnliches, aber plausibel mögliches Ereignis abbilden, wohingegen das extreme Stress-Szenario mit extremen Ereignissen assoziiert werden soll. Im Stress-Szenario werden die Auswirkungen sowohl auf das ökonomische Kapital als auch auf die Risikodeckungsmasse berechnet. Im extremen Stress-Szenario werden hingegen nur die Auswirkungen auf die Risikodeckungsmasse ermittelt. Es wird überprüft, ob die Bank nach Eintritt des extremen Szenarios noch eine positive Risikodeckungsmasse hat.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Prognose

Für das Jahr 2012 wird eine international uneinheitliche Entwicklung prognostiziert. Während für den asiatischen Raum ein deutlicher und in den USA ein geringfügiger Anstieg des Bruttoinlandsprodukts erwartet wird, wird für den Euroraum mit einem leichten Rückgang gerechnet. Die Länder des Euroraumes werden sich dabei voraussichtlich uneinheitlich entwickeln. Die Wachstumsprognose für die Europäische Union wird auf -0,2 % geschätzt. Für Irland, Italien und Spanien wird eine Entwicklung in der Nähe des Durchschnitts der EU erwartet. Die griechische (-7,5%) und portugiesische (-4,1%) Volkswirtschaft wird dagegen wahrscheinlich im Jahr 2012 deutlich stärker schrumpfen. Deutschland wird sich voraussichtlich mit -0,2 % im EU-Durchschnitt bewegen. Wie schon im Vorjahr ergibt sich die größte Unsicherheit bei der Prognose der volkswirtschaftlichen Entwicklung aus dem weiteren Verlauf der europäischen Banken- und Staatsschuldenkrise.

Trotz der auch weiterhin absehbar expansiven Geldpolitik weltweit ist für das Jahr 2012 nicht mit einem deutlichen Anstieg der Inflationsraten zu rechnen. Ganz im Gegenteil wird hier aufgrund der sich abkühlenden Konjunktur eher mit einer leichten Entspannung gerechnet.

Branchenspezifische Rahmenbedingungen

Gesamtsituation der Bankbranche

Die Aussichten für die Bankbranche für das Jahr 2012 hängen im Wesentlichen von der Entwicklung der Staatsschuldenkrise ab. Erwartungsgemäß werden die meisten Marktteilnehmer noch mit großer Vorsicht am Markt agieren. Dies wird voraussichtlich die Refinanzierung erschweren und das Kreditangebot verknappen, obwohl im Jahr 2012 hohe Kreditvolumina zur Refinanzierung anstehen. Eine weitere Herausforderung bilden für einige Marktteilnehmer zusätzliche regulatorische Anforderungen bezüglich der Eigenkapitalausstattung.

Finanzierung des öffentlichen Sektors in Europa

Die Neuordnung am Public-Finance-Markt und am Markt für öffentliche Finanzierungen, die im Jahr 2010 begonnen hat, wird sich möglicherweise in den nächsten zwei bis drei Jahren weiter fortsetzen. Die Zahl der überregionalen Anbieter und das Angebot an Finanzierungen dürfte auch in 2012 durch die de-facto Marktaustritte von internationalen Konkurrenten und kleineren nationalen Anbietern weiter rückläufig sein. Durch das verringerte Angebot an Finanzierungen und einer gleichbleibenden Nachfrage (da Konsolidierungsmaßnahmen nicht sofort greifen) wird sich die Möglichkeit ergeben, Finanzierungen mit guten Konditionen abzuschließen. Im deutschen und französischen Markt könnte sich das Angebot weiter verringern.

Staaten und Gebietskörperschaften werden parallel dazu nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten suchen (wie z.B. Public-Private-Partnerships), um öffentliche Investitionen weiter voran zu treiben. Bis zu einer langfristigen Normalisierung des Angebots an Finanzierungen durch öffentliche Finanzinstitute und andere Institute ist damit zu rechnen, dass Margen mittelfristig in den nächsten zwei bis drei Jahren zunächst auf einem relativ hohem Niveau bleiben werden und dass Banken verstärkt zwischen öffentlichen Kreditnehmern differenzieren werden. Es ist davon auszugehen, dass die öffentliche Investitionsfinanzierung im Fokus bleiben wird: auf staatlicher Ebene in den Bereichen Infrastruktur und zukunftsweisende Technologien und auf kommunaler Ebene in den Bereichen Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft, Gesundheits-, Altenpflege- und Bildungseinrichtungen.

Immobilienfinanzierungsmärkte

Die Auswirkungen der Staatsschuldenkrise dürften die weitere wirtschaftliche Entwicklung an den Märkten bestimmen und damit zu einer weiter uneinheitlichen Entwicklung der europäischen Immobilienmärkte in Primär- und Sekundärmärkte führen. Insgesamt dürften die Transaktionsvolumina in der gewerblichen Immobilienfinanzierung deutlich unter dem Niveau der Boomjahre vor der Finanzkrise bleiben.

Ein Einbruch in den west- und nordeuropäischen Primärimmobilienmärkten wird allerdings nicht erwartet, da ähnlich wie in Deutschland der robuste Arbeitsmarkt und das relativ niedrige Neubauvolumen der Vergangenheit den Markt stabilisieren. Trotz der anhaltenden Verunsicherung durch die europäische Staatsschuldenkrise geht die Bank daher in ihren Kernmärkten von einer stabilen Entwicklung auf den Immobilienmärkten aus. Investoren dürften nach wie vor ein Interesse haben, hochwertige Objekte in guten Lagen mit bonitätsstarken Mietern zu erwerben. So zeigt die deutsche Statistik der Baugenehmigungen im dritten Vierteljahr 2011 einen Anstieg der genehmigten Eigentumswohnungen um 35% binnen Jahresfrist.

Die südeuropäischen Märkte werden auch in 2012 unter der Staatsschuldenkrise leiden, die das Interesse der Investoren limitiert. Tendenziell dürften daher Kaufpreise aber auch Mieten, insbesondere für Büroflächen, weiter leicht sinken. Entspannung könnte sich im Bereich von erstklassigen Einzelhandelsimmobilien ergeben.

Diese unterschiedliche Entwicklung der Wirtschaft in den EU-Ländern wird auch Auswirkungen auf die Vermietungsaktivitäten haben. Während für die west- und nordeuropäischen Immobilienmärkte zumindest eine robuste Entwicklung möglich ist, dürfte es in Südeuropa weiterhin schwierig sein Neuvermietungen und Mietsteigerungen zu realisieren. Diese Zweiteilung wird sich auch in der Entwicklung der Leerstandsdaten niederschlagen.

An den europäischen Gewerbeimmobilienmärkten dürften die Kaufpreise und Mieten im Jahr 2012 größtenteils stagnieren oder leicht fallen. Lediglich in den Metropolen und 1a-Lagen (im Wesentlichen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Schweden) ist ein leichter Anstieg der Kaufpreise und Mieten möglich. Die Aussichten im Hinblick auf Nebenlagen und –Objekte dürften am stärksten von der weiteren Entwicklung des aktuellen Marktumfelds und der Lage an den Finanzmärkten beeinflusst werden. Die Nachfrage nach Einzelhandelsflächen dürfte auch im Jahr 2012 den Anteil an gewerblich genutzten Immobilien dominieren.

Der Wettbewerb in der Immobilienfinanzierung wird sich auch weiterhin verändern. Die Zahl der Immobilienfinanzierer die Neugeschäft betreiben, dürfte sich weiter reduzieren beziehungsweise die Immobilienfinanzierer dürften sich stärker spezialisieren im Hinblick auf Regionen und Marktsegmente. Aufgrund der limitierten Refinanzierungsmöglichkeiten außerhalb des Pfandbriefs werden konservative Finanzierungsstrukturen den Markt weiterhin prägen. Spekulative Objekte werden auf absehbare Zeit nur schwierig zu finanzieren sein. Andererseits werden zunehmend neue Wettbewerber, wie Versicherungen und Pensionskassen, in den direkten Immobilienfinanzierungsmarkt eintreten, um eine bessere Investitionsdiversifikation zu erreichen.

Refinanzierungsmärkte

Angesichts der Staatsschuldenkrise ist eine fundierte Prognose kaum möglich. Die Deutsche Pfandbriefbank AG erwartet, dass auch das Jahr 2012 von der Verunsicherung der Märkte geprägt sein wird. Ein deutliches Zeichen hierfür sind die sehr hohen Liquiditätsbestände der Kreditinstitute bei den Zentralbanken. Die Liquidität im Interbankenmarkt ist somit gering, wobei die eingeleiteten Maßnahmen (3 Jahres Fazilitäten der EZB und Garantien des SoFFin) dem Bankensektor jedoch ausreichend Liquidität zur Verfügung stellen sollten.

Ungedeckte Emissionen werden von Banken nur in Ausnahmefällen platzierbar sein, hingegen erwartet die Bank bei Covered Bonds Möglichkeiten zur Emission. Somit wird der Pfandbrief als Premiumprodukt unter den Covered Bonds auch weiterhin eine wesentliche Rolle bei der Refinanzierung von Banken haben.

Die Zinsentwicklung wird im Jahr 2012 im Wesentlichen von den folgenden Themen abhängen:

- Gelingt es, die Refinanzierung der Problemländer zu stabilisieren?
- Reichen die Konsolidierungs- und Sparmaßnahmen der Euro-Länder aus, um verlorengegangenes Vertrauen in den Euro zurückzugewinnen?
- Führen die unterstützenden Maßnahmen der EZB zu höheren Inflationserwartungen?

Voraussichtlich werden diese Aspekte frühestens im zweiten Quartal klarer, so dass bis dahin aufgrund der hohen Unsicherheiten die Renditen auf niedrigem Niveau bleiben. Sobald aber die bereits beschlossenen und noch zu treffenden Maßnahmen Erfolg zeigen und Vertrauen in die Märkte zurückkehrt, dürften die Renditen ansteigen.

Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen

Die Prognosen zur zukünftigen Entwicklung der Deutschen Pfandbriefbank AG stellen Einschätzungen dar, die auf Basis der zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen getroffen wurden. Sollten die den Prognosen zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder Risiken – wie die im Risikobericht angesprochenen – in nicht kalkulierter Höhe eintreten, so können die tatsächlichen Ergebnisse von den zurzeit erwarteten Ergebnissen wesentlich abweichen.

Positive Fortführungsprognose

Die Europäische Kommission hat am 18. Juli 2011 die staatlichen Beihilfen für die HRE genehmigt. Mit ihrer positiven Entscheidung erkennt die Europäische Kommission zugleich die Tragfähigkeit des Geschäftsmodells der Deutschen Pfandbriefbank AG als Spezialbank für die Immobilienfinanzierung und die öffentliche Investitionsfinanzierung an.

Die Entscheidung der Europäischen Kommission bezieht sich auf alle zugunsten der HRE seit dem Herbst 2008 gewährten Beihilfeelemente, das heißt Kapitalisierungen, Garantielinien und die Übertragung von Positionen auf die Abwicklungsanstalt FMS Wertmanagement, und sieht hierzu entsprechende Kompensationsmaßnahmen vor. Dem Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG sind bei seiner Einschätzung keine wesentlichen Unsicherheiten bekannt, die sich auf Ereignisse oder Bedingungen beziehen und die erhebliche Zweifel an der Fortführung der Deutschen Pfandbriefbank AG aufwerfen.

Zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat das Jahr 2011 mit einem Ergebnis vor Steuern von 154 Mio. € abgeschlossen und durch dieses positive Ergebnis seine Profitabilität verdeutlicht.

Auch für die Jahre 2012 und 2013 geht die Deutsche Pfandbriefbank AG von einem positiven Ergebnis vor Steuern aus. Allerdings wird es im Jahr 2012 voraussichtlich unter dem Niveau des Jahres 2011 liegen, da Einmaleffekte nicht im selben Umfang das Ergebnis begünstigen werden, die Bankenabgabe das Ergebnis belasten wird und von einer ansteigenden Kreditvorsorge ausgegangen werden muss. Voraussetzung für ein positives Ergebnis ist jedoch, dass keine gravierenden Marktverwerfungen, wie zum Beispiel Zahlungsausfälle von Staaten oder Zins- und Währungsturbulenzen, auftreten.

Gewinne werden, als eine Auflage im Sinne des von der EU-Kommission geforderten Burden Sharing, bis zur Reprivatisierung bei der Deutschen Pfandbriefbank AG thesauriert und zur Rückführung der stillen Einlage der Bundesrepublik Deutschland verwendet.

Mit einem Neugeschäft (inklusive Prolongationen mit Laufzeit von mehr als einem Jahr) von 8,1 Mrd. € hat die Deutsche Pfandbriefbank AG ihr Ziel im Jahr 2011 erreicht und eine hohe Marktpräsenz gezeigt. Auch in den Jahren 2012 und 2013 wird die Deutsche Pfandbriefbank AG attraktive Marktchancen nutzen und Neugeschäft zu guten Margen abschließen. Allerdings wird dabei die Entwicklung der Märkte und vor allem des Refinanzierungsmarktes berücksichtigt. Unter der Annahme von weitgehend störungsfreien Märkten plant die Deutsche Pfandbriefbank AG mit einem Neugeschäft in Höhe des Jahres 2011. Dieser Wert beinhaltet Prolongationen, die durchgeführt werden, wenn sich daraus für die Deutsche Pfandbriefbank AG wirtschaftliche Vorteile ergeben.

Die Bilanzsumme ist im Jahr 2011 vor allem aufgrund der abnehmenden Gegeneffekte aus der Übertragung von Positionen auf die FMS Wertmanagement deutlich auf 92,5 Mio. € gesunken. Der Umfang der Gegeneffekte wird zukünftig voraussichtlich weiter abnehmen, allerdings in einem deutlich geringeren Umfang als im Jahr 2011. Zudem wird sich die FMS Wertmanagement noch stärker selbständig refinanzieren und somit die Deutsche Pfandbriefbank AG nicht mehr zur Durchleitung von Mitteln benötigen. Insgesamt wird für das Jahr 2012 von einer geringfügigen Verringerung der Bilanzsumme ausgegangen. Hierbei wirkt sich auch aus, dass die Deutsche Pfandbriefbank AG in einzelnen Bereichen, wie den Budgetfinanzierungen, kein Neugeschäft betreibt. In 2013 könnte die Bilanzsumme leicht gegenüber 2012 steigen, wenn das Neugeschäft im geplanten Umfang generiert werden kann. Allerdings liegt die Entwicklung der Bilanzsumme nicht ausschließlich im Einflussbereich der Deutschen Pfandbriefbank AG. So können marktinduzierte Effekte, wie die Veränderung der Wechselkurse und der Marktzinssätze, die Bilanzsumme beeinflussen.

Chancen Die seit Übertragung der Positionen auf die FMS Wertmanagement eingetretenen und die erwarteten Entwicklungen der Vermögens-, Finanz- und Erfolgslage verdeutlichen das Potenzial der Deutschen Pfandbriefbank AG. Der Abschluss des Genehmigungsverfahrens der Europäischen Kommission war ein weiterer Meilenstein für die Neuausrichtung der Deutschen Pfandbriefbank AG. Daraus ergeben sich die folgenden Chancen:

- Durch den Abschluss des EU-Beihilfverfahrens hat sich die Sicherheit für Kunden und Fremdkapitalgeber erhöht. Dadurch wird die Deutsche Pfandbriefbank AG tendenziell leichter Geschäfte abschließen können.
- Ferner kann sich die Deutsche Pfandbriefbank AG nach dem Abschluss der Neuausrichtung und dem erfolgreichen Abschluss von Projekten wie dem EU-Beihilfverfahren auf seine Kunden und seine Kerngeschäftsfelder konzentrieren. Dabei wird der Fokus auf öffentliche Investitionsfinanzierungen und auf gewerbliche Immobilienfinanzierungen in ausgewählten Zielmärkten liegen. Die Nähe zum Kunden spiegelt sich unter anderem in der zu Beginn des Jahres 2012 vom Vorstand beschlossenen Eröffnung einer Filiale in Stockholm wider.
- Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat eine große Erfahrung im Pfandbriefmarkt. Hierbei kann auf bestehenden Kundenbeziehungen aufgebaut werden. Aufgrund ihrer hohen Qualität und des stabilen Fälligkeitsprofils sind Pfandbriefe weniger von Marktverwerfungen betroffen. Die Deutsche Pfandbriefbank AG greift damit auf ein weiterhin gesuchtes Instrument am Kapitalmarkt zurück.
- Auf den für die Deutsche Pfandbriefbank AG relevanten Märkten besteht eine große Nachfrage nach Finanzierungen. Gleichzeitig werden einige Wettbewerber gezwungen sein, sich aus Märkten zurückzuziehen oder sich auf einzelne Regionen zu konzentrieren. Vor diesem Hintergrund und aufgrund seiner hohen Markt- und Produktkenntnis sowie der bestehenden Kundenbeziehungen werden sich für die Deutsche Pfandbriefbank AG Möglichkeiten bieten, risikoarmes Neugeschäft zu attraktiven Margen abzuschließen.
- Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat am Arbeitsmarkt deutlich an Attraktivität gewonnen. Dieses wird durch neu eingeführte Maßnahmen im Bereich der Personalentwicklung unterstützt. Dadurch werden leistungsfähige und hochqualifizierte Mitarbeiter und Führungskräfte an die Bank gebunden, die die Deutsche Pfandbriefbank AG bei der Erreichung ihrer ambitionierten Ziele unterstützen können.
- Eine weitere Chance stellt der strikte Kostenfokus der Deutschen Pfandbriefbank AG dar. Hierbei handelt es sich um einen Prozess, in dem der jeweilige Status quo kontinuierlich hinterfragt und analysiert wird, um entsprechende Verbesserungsmaßnahmen abzuleiten.
- Ferner hat die Deutsche Pfandbriefbank AG bereits wesentliche Erfolge bei der Vereinheitlichung seiner IT-Systeme erzielt. Weitere Projekte zur Harmonisierung und Weiterentwicklung der IT sind bereits initiiert. Hieraus werden sich weitere Effizienzsteigerungen ergeben.

Risiken Allerdings sind auch zukünftig Belastungen für die Vermögens-, Finanz- und Erfolgslage nicht auszuschließen. Die Höhe dieser möglichen Belastungen wird insbesondere beeinflusst werden durch den Eintritt oder Nichteintritt beziehungsweise den Grad der Verwirklichung der nachfolgend genannten, möglicherweise sich verwirklichenden Risiken:

- Einige europäische Staaten konnten sich im Jahr 2011 nur noch mit der Unterstützung von internationalen Hilfsprogrammen refinanzieren. Sollte sich die Schuldenkrise einiger Staaten weiter

verschärfen, könnte ein teilweiser oder vollständiger Forderungsverzicht durch die Gläubiger notwendig werden oder es könnte zur geordneten oder ungeordneten Insolvenz von öffentlichen Schuldnern kommen. In diesen Fällen drohen auch für die Deutsche Pfandbriefbank AG erhebliche Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere. Diese Wertberichtigungen könnten sich erhöhen, wenn sich die Krise einzelner Staaten aufgrund von Verflechtungen oder Marktturbulenzen auf andere, derzeit als solvent geltende Schuldner negative auswirkt. Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat kein direktes Exposure gegenüber griechischen staatlichen Kontrahenten.

- Zwar hat sich die Lage auf den Immobilienmärkten im Jahr 2011 grundsätzlich verbessert. Dennoch sind signifikante Abschreibungen auf Forderungen nicht auszuschließen. Der Abschreibungsbedarf hängt primär von der wirtschaftlichen Situation der finanzierten Objekte ab. Ursache kann aber auch eine generelle Krise einzelner Immobilienmärkte sein.
- Durch die Finanzkrise hat sich die Situation auf den Refinanzierungsmärkten in den letzten Jahren deutlich verändert. Unter anderem ist es schwieriger geworden, Emissionen am Markt zu platzieren. Darüber hinaus kam es nicht zuletzt durch die Schuldenkrise einiger europäischer Staaten zu einem größeren Vertrauensverlust und zu signifikant geringeren Umsätzen auf dem Interbankenmarkt, also dem Markt, auf dem sich Banken untereinander Geld leihen. Sollten die Störungen der Refinanzierungsmärkte anhalten oder sich verschärfen, könnten sich trotz des vorhandenen Puffers negative Auswirkungen auf die Liquiditätssituation der Deutschen Pfandbriefbank AG ergeben.
- Ratingagenturen passen ihre Methoden und Modelle fortlaufend an, auch um veränderte makroökonomische Rahmenbedingungen und mögliche Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise zu berücksichtigen. Diese Maßnahmen können, neben den spezifischen Ratingtreibern der Bank und der Pfandbriefe, Ratingveränderungen nach sich ziehen. Herabstufungen der Ratings der Deutschen Pfandbriefbank AG und/oder ihrer Pfandbriefe können sich insbesondere negativ auf die Refinanzierungsbedingungen der Bank auswirken und damit zu einer Beeinträchtigung ihrer Finanz- und Ertragslage führen.
- Das Risikotragfähigkeitskonzept wird derzeit weiterentwickelt, um den konkretisierten aufsichtlichen Anforderungen zukünftig zu entsprechen. Es wird geprüft, ob eine Going Concern basierte Risikotragfähigkeitsrechnung dem Geschäftsmodell der Bank eher entspricht. Aus der Weiterentwicklung können sich erhebliche Auswirkungen auf die Risikofähigkeitsanalyse ergeben.
- Durch die Zugehörigkeit zum HRE-Konzern hat das Image der Deutschen Pfandbriefbank AG in den letzten Jahren gelitten. Auch wenn bereits Erfolge beim Wiedereintritt in Märkte erzielt werden konnten, sind negative Folgen für die Zielerreichung der Deutschen Pfandbriefbank AG nicht auszuschließen.
- Derzeit anhängige wie auch künftig noch anhängig werdende Rechtsstreitigkeiten können das Ergebnis der Deutsche Pfandbriefbank AG erheblich beeinträchtigen.
- Die Deutsche Pfandbriefbank AG ist operationellen Risiken ausgesetzt, die zum Beispiel aus der Abhängigkeit von Schlüsselpositionen oder aus Technologierisiken aufgrund der Vielzahl der Buchungssysteme resultieren. Obwohl die Deutsche Pfandbriefbank AG Projekte zur Optimierung von Prozessen und der IT-Infrastruktur teilweise bereits erfolgreich abgeschlossen hat und als Arbeitgeber deutlich attraktiver geworden ist, können aus den operationellen Risiken wesentliche Verluste entstehen. Die Risiken können auch für die von der Deutschen Pfandbriefbank AG übernommenen Dienstleistungsverpflichtungen für den laufenden Betrieb der FMS Wertmanagement schlagend werden.
- Die Fortentwicklung von nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen kann sich auf die Struktur der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auswirken und somit auch die Erfolgslage beeinflussen. So können beispielsweise durch die vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht vorgestellten geänderten Verpflichtungen (Basel III) an höhere Liquiditätsanforderungen die Profitabilität schmälern oder durch strengere Eigenkapitalanforderungen die Rentabilität reduziert werden. Weiterhin können sich Auswirkungen auf bereits heute gültige regulatorische und ökonomische Kennzahlen ergeben, die beispielsweise eine geänderte Kapitalausstattung erfordern.
- Im Großteil der Länder der Europäischen Union wird die Einführung einer Abgabe auf Finanzmarkttransaktionen diskutiert. Besteuert werden soll der Kauf und Verkauf von übertragbaren Wertpapieren oder Optionen und anderen Finanzinstrumenten. Eine derartige Abgabe könnte das Ergebnis des Konzerns Deutsche Pfandbriefbank belasten und könnte Geschäfte unrentabel werden lassen.

- Gemäß EU-Ratingverordnung vom September 2009 können externe Ratings in Banken für die Zwecke der Berechnung der Eigenkapitalanforderungen zukünftig nur dann genutzt werden, wenn die entsprechenden Ratingagenturen im Einklang mit der EU-Ratingverordnung registriert sind und durch die zuständigen Aufsichtsbehörden beaufsichtigt werden. Soweit Agenturen Ratings außerhalb der Europäischen Union erstellen, muss die Regulierung im Drittstaat den europäischen Standards genügen. Während die Registrierungsverfahren unter anderem der großen Ratingagenturen abgeschlossen wurden, dauert die Prüfung der regulatorischen Standards diverser Drittstaaten an. Aus der ausbleibenden Anerkennung von Drittstaatenregulierungen können negative Auswirkungen auf die Finanzsituation der Deutschen Pfandbriefbank AG resultieren, da eine höhere Unterlegung mit aufsichtsrechtlichem Kapital die Folge wäre.

Jahresabschluss der Deutschen Pfandbriefbank AG für das Geschäftsjahr 2011

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2011

	1.1.2011 - 31.12.2011			1.1.2010 - 31.12.2010
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	9.153.040			12.422.689
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	995.349	10.148.389		1.893.643
2. Zinsaufwendungen		<u>9.806.795</u>		<u>13.734.254</u>
			341.594	582.078
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		0		36
b) Beteiligungen		0		0
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>3.428</u>		<u>1.590</u>
			3.428	1.626
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			2.909	3.202
5. Provisionserträge		30.775		406.679
6. Provisionsaufwendungen		<u>5.671</u>		<u>393.305</u>
			25.104	13.374
7. Sonstige betriebliche Erträge			280.398	141.300
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	97.709			80.135
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	<u>22.323</u>	120.032		<u>20.721</u>
(im Vorjahr 31.12. 8.462 Tsd. Euro)				100.856
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>173.633</u>		<u>182.855</u>
			293.665	283.711
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			12.551	13.160
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen			130.647	107.690
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		63.853		395.078
12. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmte Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		<u>0</u>		<u>0</u>
			-63.853	-395.078
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		0		26.053
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		<u>1.996</u>		<u>0</u>
			1.996	-26.053
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme			11	1.715
16. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			154.702	-85.827
17. Außerordentliche Aufwendungen		<u>155</u>		25.754
			155	
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		11.738		5.941
19. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 11 ausgewiesen		<u>27</u>		<u>5</u>
			11.765	5.946
20. Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag			142.782	-117.527
21. Verlustvortrag/Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			-3.589.164	-3.792.315
			-3.446.382	-3.909.842
22. Entnahmen aus Genussrechtskapital			3.702	2.416
23. Entnahme aus stiller Beteiligung			102.915	318.262
24. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals			<u>7.969</u>	<u>0</u>
25. Bilanzgewinn / Bilanzverlust			-3.347.734	-3.589.164

Bilanz zum 31.12.2011

Aktivseite

	Tsd Euro	Tsd Euro	31.12.2011 Tsd Euro	31.12.2010 Tsd Euro
1. Barreserve				
a) Kassenbestand			4	3
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		237 401		202 138
darunter:			237 405	202 141
bei der Deutschen Bundesbank	236 242 Tsd Euro	(Vj 199 253 Tsd Euro)		
2. Forderungen an Kreditinstitute				
a) Hypothekendarlehen		56		28 365
b) Kommunalkredite		2 579 992		3 308 006
c) andere Forderungen		6 987 209	9 567 257	11 687 061
darunter:				15 023 432
täglich fällig	205 629 Tsd Euro	(Vj 4 368 746 Tsd Euro)		
gegen Beleihung von Wertpapieren	39 657 Tsd Euro	(Vj - Tsd Euro)		
3. Forderungen an Kunden				
a) Hypothekendarlehen		32 007 007		34 474 001
b) Kommunalkredite		19 966 057		21 564 719
c) andere Forderungen		872 234	52 845 298	60 905 227
darunter:				116 943 947
gegen Beleihung von Wertpapieren	- Tsd Euro	(Vj 59 940 308 Tsd Euro)		
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von üblichen Emittenten				2 700 937
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	- Tsd Euro	(Vj 2 700 937 Tsd Euro)		
ab) von anderen Emittenten				2 700 937
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	- Tsd Euro	(Vj - Tsd Euro)		
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von üblichen Emittenten	15 773 464			17 655 619
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	13 166 556 Tsd Euro	(Vj 14 979 339 Tsd Euro)		
bb) von anderen Emittenten		10 701 325		11 395 812
darunter:			26 474 789	29 051 431
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	8 746 381 Tsd Euro	(Vj 8 805 479 Tsd Euro)		
c) eigene Schuldverschreibungen		1 746 713	28 221 502	1 985 491
Nennbetrag	1 750 234 Tsd Euro	(Vj 1 987 204 Tsd Euro)		33 737 859
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			1 710	2 052
6. Beteiligungen			223	534
darunter:				
an Kreditinstituten	- Tsd Euro	(Vj - Tsd Euro)		
an Finanzdienstleistungsinstituten	- Tsd Euro	(Vj - Tsd Euro)		
7. Anteile an verbundenen Unternehmen			317 183	289 024
darunter:				
an Kreditinstituten	- Tsd Euro	(Vj - Tsd Euro)		
an Finanzdienstleistungsinstituten	45 Tsd Euro	(Vj 45 Tsd Euro)		
8. Treuhandvermögen			15 307	22 189
darunter:				
Treuhandkredite	15 307 Tsd Euro	(Vj 22 189 Tsd Euro)		
9. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-	-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		56 189		33 659
c) Geschäfts- und Firmenwert				-
d) geleistete Anzahlungen				-
			56 189	33 659
10. Sachanlagen			3 477	5 145
11. Sonstige Vermögensgegenstände			954 849	2 124 613
darunter:				
Zinsbezogene Kompensationsgeschafte im Zusammenhang mit der Auslagerung auf die FMS Wertmanagement	844 722 Tsd Euro	(Vj 1.816 980 Tsd Euro)		
12. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		93 058		122 775
b) andere		120 724	213 782	134 732
				257 507
13. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			30 697	28 914
Summe der Aktiva			92 464 879	168 671 016

			Passivseite	
	Tsd Euro	Tsd Euro	31.12.2011 Tsd Euro	31.12.2010 Tsd Euro
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		522 069		610 722
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		547 259		599 497
c) andere Verbindlichkeiten		<u>10 176 166</u>		<u>65 541 407</u>
darunter:			11 245 494	66 751 626
täglich fällig	66 038 Tsd Euro (Vj 255 727 Tsd Euro)			
zur Sicherstellung aufgenommenen Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		- Tsd Euro (Vj - Tsd Euro)		
öffentliche Namenspfandbriefe		- Tsd Euro (Vj - Tsd Euro)		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		6 128 503		6 535 731
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		13 274 777		13 906 982
c) Spareinlagen				
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		-		-
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		-		-
d) andere Verbindlichkeiten		<u>13 318 583</u>		<u>18 478 226</u>
darunter:			32 721 863	38 920 939
täglich fällig	883 954 Tsd Euro (Vj 3 488 079 Tsd Euro)			
zur Sicherstellung aufgenommenen Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		12 371 Tsd Euro (Vj 12 411 Tsd Euro)		
öffentliche Namenspfandbriefe		44 196 Tsd Euro (Vj 60 471 Tsd Euro)		
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekendarlehen		8 317 712		10 246 790
ab) öffentliche Pfandbriefe		20 712 186		25 932 951
ac) sonstige Schuldverschreibungen		<u>2 905 113</u>		<u>4 731 660</u>
		31 935 011		40 911 401
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>114 145</u>		<u>286 752</u>
darunter:			32 049 156	41 198 153
Geldmarktpapiere	114 145 Tsd Euro (Vj 286 752 Tsd Euro)			
4. Treuhandverbindlichkeiten			15 307	22 189
darunter:				
Treuhandkredite	15 307 Tsd Euro (Vj 22 189 Tsd Euro)			
5. Sonstige Verbindlichkeiten			10 608 556	15 528 926
darunter:				
Zinsbezogene Kompensationsgeschäfte im Zusammenhang mit der Auslagerung auf die FMS Wertmanagement	10 478 365 Tsd Euro (Vj 15 476 196 Tsd Euro)			
6. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		27 333		41 494
b) andere		<u>287 307</u>		<u>320 163</u>
			314 640	361 657
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		41 960		43 303
b) Steuerrückstellungen		74 651		80 438
c) andere Rückstellungen		<u>342 807</u>		<u>556 650</u>
			459 418	680 391
8. Nachrangige Verbindlichkeiten			2 512 214	2 797 198
9. Genussrechtskapital			6 518	16 739
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	6 518 Tsd Euro (Vj 8 369 Tsd Euro)			
10. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital				
aa) Grundkapital		380 376		380 376
ab) stille Einlagen:				
Nominalbetrag	1 000 000			
Verlustzuweisung	<u>- 818 253</u>			<u>284 662</u>
		181 747		665 038
b) Kapitalrücklage		562 123		665 038
c) Gewinnrücklagen		5 038 123		5 038 123
ca) gesetzliche Rücklagen		12 655		12 655
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		-		-
cc) satzungsmäßige Rücklagen		-		-
cd) andere Gewinnrücklagen		<u>266 546</u>		<u>266 546</u>
		279 201		279 201
d) Bilanzverlust		<u>-3 347 734</u>		<u>-3 589 164</u>
			2 531 713	2 393 198
Summe der Passiva			92 464 879	168 671 016
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen (zu bestehenden Patronatserklärungen vgl. Angaben im Anhang)		89 464		131 021
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		-		-
			89 464	131 021
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>1 064 322</u>		<u>696 512</u>
			1 064 322	696 512

Anhang

Allgemeine Grundsätze der Bilanzierung und Bewertung

Vorschriften zur Rechnungslegung

Der Jahresabschluss 2011 der Deutschen Pfandbriefbank AG wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den rechtsform- bzw. branchenspezifischen Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG), des Kreditwesengesetzes (KWG) und des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt. Maßgeblich für die Gliederung und den Inhalt der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung ist die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV).

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG hat den Jahresabschluss am 14. März 2012 unter der Annahme der Unternehmensfortführung aufgestellt. Die Europäische Kommission hat am 18. Juli 2011 die staatlichen Beihilfen für den HRE-Konzern genehmigt. Mit ihrer positiven Entscheidung erkennt die Europäische Kommission zugleich die Tragfähigkeit des Geschäftsmodells der Deutschen Pfandbriefbank AG als Spezialbank für die Immobilienfinanzierung und die öffentliche Investitionsfinanzierung an.

Forderungen wurden mit dem Nennbetrag gemäß § 340e Abs. 2 HGB angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und Auszahlungsbetrag ist als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und wird kapital- und zeitanteilig aufgelöst.

Für alle erkennbaren Einzelausfallrisiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen vorgesorgt. Latente Ausfallrisiken im Kreditgeschäft sind durch Pauschalwertberichtigung (PWB) gedeckt. Die Ermittlung erfolgte auf Basis der Erwarteten Verluste. Zum 31. Dezember 2011 verringerte sich die PWB (ohne Bewertungsreserve nach § 340f HGB) gegenüber dem Vorjahr von 93,6 Mio. € auf 64,0 Mio. €. Zusätzlich besteht eine Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB. Zinsinduzierte Einzelwertberichtigungen auf Forderungen werden nicht vorgenommen.

Die Wahlrechte gemäß § 340f Abs.3 und § 340c Abs.2 HGB wurden in Anspruch genommen.

Die Wertpapiere des Liquiditätsvorsorgebestandes werden gemäß dem strengen Niederstwertprinzip bilanziert soweit sie nicht Gegenstand einer Bewertungseinheit nach § 254 HGB sind oder zinsinduzierten Wertänderungen im Rahmen der Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos des Bankbuches Rechnung getragen wird.

Bei den nicht strukturierten Wertpapieren des Anlagevermögens entspricht der Buchwert den fortgeführten Anschaffungskosten.

Der Buchwert der strukturierten Wertpapiere (CDOs) entspricht den Anschaffungskosten, sofern nicht aufgrund einer dauerhaften Wertminderung eine Abschreibung in Höhe des erwarteten Ausfalls vorgenommen wurde.

Zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte werden grundsätzlich stichtagsbezogene Transaktions- bzw. Börsenkurse herangezogen. Sollten diese nicht vorhanden sein, werden anerkannte Bewertungsmodelle verwendet, bei denen die Modellparameter aus vergleichbaren Markttransaktionen abgeleitet werden. Nachdem für einige wenige Transaktionen keine Transaktions- bzw. Börsenpreise vorlagen, wurde auf interne Bewertungsmodelle zurückgegriffen. Bei der Bewertung finden grundsätzlich Marktparameter oder Marktpreise, die aus zwangsweisen Liquidationen oder Notverkäufen stammen, keine Anwendung.

Für latente Ausfallrisiken für Wertpapiere des Anlagevermögens wurde eine pauschale Vorsorge gebildet. Die Ermittlung erfolgte auf Basis der Erwarteten Verluste.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten bilanziert, ggf. vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert.

Die Bewertung der Sachanlagen erfolgte zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und, sofern notwendig, um außerplanmäßige Abschreibungen. Den planmäßigen Abschreibungen liegen die der geschätzten Nutzungsdauer entsprechenden Abschreibungssätze zugrunde, die auch steuerlich geltend gemacht werden. Sachanlagen wurden im Anschaffungsjahr „pro rata temporis“ abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 150 € wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben und als Abgang behandelt. Für abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten von mehr als 150 € bis 1.000 € wurde gem. §6 Abs. 2a EStG ein Sammelposten gebildet. Dieser Sammelposten wird über 5 Geschäftsjahre linear abgeschrieben.

Immaterielle Vermögensgegenstände wurden mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um planmäßige und, sofern notwendig, um außerplanmäßige Abschreibungen bilanziert. Die planmäßigen Abschreibungen werden anhand der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt.

An Mitarbeiter abgetretene Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen stellen Vermögensgegenstände dar, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen dienen. Diese Ansprüche werden daher nach § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB i.V.m. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB zum beizulegenden Zeitwert bewertet und mit den Rückstellungen des jeweiligen Versorgungsplans verrechnet. Als beizulegende Zeitwerte werden dabei die jeweiligen Rückkaufswerte angesetzt. Aktivüberhänge aus dieser Vermögensverrechnung werden unter der entsprechenden Bezeichnung in einem gesonderten Posten ausgewiesen.

Erstattungen aus konzerninternen Personalverrechnungen wurden in den Vorjahren als Kürzung des Personalaufwandes gezeigt. Ab 2011 werden diese unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen (9.402 T€). Aus Vergleichbarkeitsgründen wurde das Vorjahr angepasst (5.201 T€).

Derivative Finanzinstrumente dienen überwiegend der Absicherung von Zins- und Währungsrisiken im Rahmen der Gesamtbankrisikosteuerung. Kreditderivate (Credit Linked Notes) werden zur Absicherung von Bonitätsrisiken eingegangen. Daneben werden Derivate auf Kundenwunsch abgeschlossen, die regelmäßig durch gegenläufige Geschäfte mit institutionellen Kunden abgesichert werden. Zinsbezogene derivative Finanzinstrumente werden überwiegend im Rahmen von Bewertungseinheiten nach § 254 HGB oder im Rahmen der Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos des Bankbuches (Bankbuchsteuerung) abgebildet. Währungsbezogene derivative Finanzinstrumente werden im Rahmen der Fremdwährungsumrechnung nach § 340h HGB berücksichtigt.

Zinserträge und -aufwendungen aus derivativen Finanzgeschäften wurden brutto ausgewiesen.

Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag passiviert. Der Unterschied zwischen Erfüllungs- und Ausgabebetrag der Verbindlichkeiten wird in Ausübung des Wahlrechts nach § 250 Abs. 3 HGB in die Rechnungsabgrenzung eingestellt und kapital- und zeitanteilig aufgelöst. Der Ansatz von Zero-Bonds erfolgt mit dem Emissionsbetrag zuzüglich anteiliger Zinsen gemäß der Emissionsrendite.

Für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste werden Rückstellungen in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Sofern die ursprüngliche Restlaufzeit einer Rückstellung mehr als ein Jahr beträgt, erfolgt eine Abzinsung mit den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten, restlaufzeitspezifischen Zinssätzen. Sofern sich Drohverlustrückstellungen aus einer Zeitwertbewertung von schwebenden Geschäften auf Basis barwertiger Marktwertberechnungen ergeben, werden diese im Sinne des IDW RS HFA 4 Tz. 44 nicht abgezinst, sondern mit ihrem negativen Zeitwert angesetzt.

Ergebnisse aus der Auf- und Abzinsung von Rückstellungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden nach der Projected Unit Credit Method bewertet. Bei dieser Methode handelt es sich um ein sachgerechtes Verfahren, welches objektiv nachprüfbare Kriterien zugrunde legt. Für die Berechnungen lagen folgende Prämissen zugrunde:

Abzinsungssatz: 5,14% p.a.

Einkommenstrend: 2,50% p.a.

Rentendynamik: 2,00% p.a.

Sterbetafel: K. Heubeck „Richttafeln 2005 G“

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen werden zum Nennbetrag abzüglich gebildeter Rückstellungen unter dem Strich ausgewiesen.

Im Jahresabschluss der Deutschen Pfandbriefbank AG werden Bewertungseinheiten nach § 254 HGB abgebildet. Hierbei handelt es sich um Mikro-Bewertungseinheiten, bei denen das Zinsänderungsrisiko abgesichert wird. Berücksichtigt werden dabei nur solche Sicherungsbeziehungen, bei denen eine hohe Effektivität hinsichtlich der Sicherungswirkung zu erwarten ist. Der effektive Teil der Wertänderungen wird bei Grund- und Sicherungsgeschäften nicht gebucht (Einfrierungsmethode). Der ineffektive Teil aus dem abgesicherten Risiko von Bewertungseinheiten wird imparitatisch als Drohverlustrückstellung berücksichtigt. Wertänderungen aus nicht abgesicherten Risiken werden nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ohne Berücksichtigung der bestehenden Bewertungseinheiten abgebildet. Sofern der beizulegende Zeitwert von Derivaten, die nicht Teil einer Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB sind, unter deren Restbuchwert sinkt, wird in Höhe der Differenz eine Drohverlustrückstellung gebildet, soweit keine Berücksichtigung im Rahmen der Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos des Bankbuches erfolgt. Für die im Rahmen dieser Gesamtbetrachtung durchzuführende verlustfreie Bewertung wird eine barwertige Methode angewendet.

Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände, Schulden und außerbilanzielle Geschäfte werden im Rahmen der besonderen Deckung nach § 340h HGB i.V.m. § 256a HGB zum Bilanzstichtag mit dem Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Die im Rahmen der Währungsumrechnung durch die Bank genutzte Konzeption der besonderen Deckung bezieht lediglich Fremdwährungsaktiva und -passiva ein, die eine Betrags- sowie Währungsidentität aufweisen. Sichergestellt wird die Erfüllung dieser zwei Kriterien durch ein internes Refinanzierungsmodell. Der Ausweis der hieraus resultierenden Umrechnungserträge und -aufwendungen erfolgte, abweichend von § 340a (1) i.V.m. § 277 (5) S.2 HGB, im Hinblick auf Klarheit und Übersichtlichkeit, nicht gesondert unter dem Posten sonstige betriebliche Erträge bzw. sonstige betriebliche Aufwendungen. Die entsprechenden Angaben erfolgten im Anhang unter dem GuV Posten 7 und 10. Offene Fremdwährungspositionen aus Grundgeschäften werden weitestgehend durch Kassageschäfte oder geeignete Derivate geschlossen. Umrechnungsergebnisse aus Positionsspitzen in einer Währung werden grundsätzlich imparitatisch behandelt. Erträge und Aufwendungen in fremder Währung werden mit dem Kurs ihres Entstehungstages erfasst.

Für den Ansatz latenter Steuern nach § 274 Abs. 1 HGB nimmt die Deutsche Pfandbriefbank AG die Möglichkeit der Saldierung aktiver und passiver latenter Steuern in Anspruch. Einen Überhang aktiver über passive latente Steuern wird nicht angesetzt. Da auch nach den durch das BilMoG geänderten handelsrechtlichen Regelungen die aktiven Steuerlatenzen die passiven Latenzen der Deutschen Pfandbriefbank AG übersteigen, sind im Jahresabschluss der Deutschen Pfandbriefbank AG weiterhin keine latenten Steuern abzubilden.

Aktive Latenzen entstehen bei der Deutschen Pfandbriefbank AG insbesondere durch die nicht dauerhafte Wertminderung von Wertpapieren des Umlaufvermögens, die Bildung steuerlich nicht anerkannter Drohverlustrückstellungen u.a. für Kredit- und Kundenderivate sowie Rückstellungen für eine erfolgsabhängige Prämie an den Bund und Leerstandsflächen. Daneben resultieren aktive Steuerlatenzen aus einer steuerrechtlich abweichenden Bewertung von Pensionsrückstellungen und pauschalen handelsrechtlichen Wertberichtigungen. Wesentliche passive Latenzen bestehen zum Bilanzstichtag nicht. Die bestehenden steuerlichen Verlustvorträge erhöhen die aktiven Steuerlatenzen in Höhe ihrer Nutzbarkeit.

Im Falle des § 285 Nr. 17 HGB zur Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar wurde die Erleichterung in Anspruch genommen. Die Angabe ist im HRE-Konzernabschluss enthalten.

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit wurde der Jahresabschluss in Tausend Euro (Tsd. €) aufgestellt. Nachfolgend werden die für Kreditinstitute in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft erforderlichen Pflichtangaben aufgeführt, die sich aus den eingangs genannten gesetzlichen Grundlagen ergeben.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinsüberschuss (GuV Pos. 1 und 2)

Im Hinblick auf die Klarheit und Übersichtlichkeit wurden die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen, abweichend von § 340a (1) i.V.m. § 277 (5) S.1 HGB, nicht gesondert in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 17.569 Tsd. € (Vj. 10.051 Tsd. €) sind unter den Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Im Vorjahr war der Zinsaufwand und -ertrag durch die Inanspruchnahme der Sonderliquiditätshilfe der Bundesbank, die Emissionen von verbrieften Verbindlichkeiten an das Konsortium der deutschen Finanzwirtschaft und die teilweise Weitergabe dieser Mittel an Konzernunternehmen beeinflusst. In 2011 wurden in diesem Zusammenhang keine Zinsaufwendungen (Vj. 495.200 Tsd. €) geleistet und aus Weiterverrechnung an Konzernunternehmen fielen keine Zinserträge an (Vj. 394.564 Tsd. €).

Provisionsüberschuss (GuV Pos. 5 und 6)

Die Provisionserträge enthalten Einnahmen aus Vorausgebühren in Höhe von 23.455 Tsd. € (Vj. 40.322 Tsd. €) und Gebühren für die Übernahme des Kreditrisikos der von den Tochtergesellschaften gewährten Kredite in Höhe von 6.979 Tsd. € (Vj. 61.157 Tsd. €).

Die Provisionsaufwendungen beinhalten Aufwendungen für Gebühren aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft in Höhe von 2.909 Tsd. € (Vj. 7.713 Tsd. €) und Vermittlungsprovisionen aus dem Darlehensgeschäft in Höhe von 1.528 Tsd. € (Vj. 0 Tsd. €).

Sonstige betriebliche Erträge (GuV Pos. 7)

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind folgende wesentliche Einzelposten enthalten

in Tsd. €	2011	2010
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (ohne Kreditgeschäft)	18.522	39.871
Erträge aus weiterverrechneten Kosten im Darlehensgeschäft	286	2.415
Erträge aus Verwaltungskostenumlagen	2.331	2.032
Erträge aus Währungsveränderung	5.364	-
Erträge aus Servicing Fees FMS-Wertmanagement ¹⁾	212.098	77.467
Erträge aus Schätzungsänderungen bezüglich der Bewertung von Rückstellungen	5.566	1.480
Erträge aus Vorjahren (periodenfremd) ²⁾	24.084	1.302
Erstattungen aus Personalentleihungen	9.402	5.201

1) Der Anstieg der Erträge korrespondiert zu weiten Teilen mit dem Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen aus der Verrechnung mit Serviceleistungen durch Konzerneinheiten.

2) Die periodenfremden Erträge betreffen im Wesentlichen Erstattungen im Zusammenhang mit dem Kreditgeschäft und Erträgen im Zusammenhang mit der AidA-Transaktion.

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen (GuV Pos. 8)

Bezüge des Geschäftsführungorgans und des Aufsichtsrates

Seitens der Deutschen Pfandbriefbank AG wurden an den Vorstand im Geschäftsjahr 2011 keine Fixbezüge (2010: 0 Tsd. €) bzw. Abfindungen (2010: 0 Tsd. €) gezahlt.

Für das Jahr 2011 belaufen sich die Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstandes und ihrer Hinterbliebenen auf 5.140 Tsd. € (2010: 5.156 Tsd. €).

Die Bezüge des Aufsichtsrates betragen für das Berichtsjahr 70 Tsd. € (2010: 71 Tsd. €). Dabei handelte es sich ausschließlich um Fixbezüge.

Sonstige betriebliche Aufwendungen (GuV Pos. 10)

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthielten im Wesentlichen an die DEPFA durchgeleitete Servicing Fees in Höhe von 96.667 Tsd. €. Bewertungseffekte von Rückstellungen in Höhe von 6.748 Tsd. € wurden unter den Zuführungen zu Rückstellungen ausgewiesen. Im Vorjahr waren hier insbesondere Verluste aus Währungsveränderungen in Höhe von 11.383 Tsd. € enthalten.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere (GuV Pos. 13)

Im Geschäftsjahr 2011 wurden Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen und sonstige Beteiligungen in Höhe von 10.665 Tsd. € vorgenommen (Vj. 4.910 Tsd. €). Erträge aus Beteiligungen fielen in Höhe von 5.540 Tsd. € (Vj. 289 Tsd. €) an.

In der GuV-Position sind Zuschreibungen, Verkaufsgewinne bzw. Abschreibungen bei Wertpapieren des Anlagevermögens in Höhe von netto 7.118 Tsd. € (Vj. 21.435 Tsd. €) enthalten.

Außerordentliche Aufwendungen (GuV Pos. 17)

Die außerordentlichen Aufwendungen betreffen im Wesentlichen Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von 155 Tsd. € (Vj. 7.091 Tsd. €).

Steuern vom Einkommen und Ertrag (GuV Pos. 18)

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag betragen 11.738 Tsd. €. Der Steueraufwand des laufenden Jahres betrifft das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit mit 22.463 Tsd. €. Erträge aus Steuererstattungen in Höhe von 10.725 Tsd. € sind anderen Geschäftsjahren zuzurechnen.

Mit der HRE Holding AG besteht eine umsatzsteuerliche Organschaft.

Angaben zur Bilanz

Hypothekendarlehen (Aktivpos. 2 und 3)/ Pfandbriefumlauf (Passivpos. 1, 2 und 3)

Deckungsrechnung

Deckungsrechnung

in Tsd. €

		2011	2010
A. Hypothekendarlehen			
Deckungswerte	Forderungen an Kreditinstitute		
	Hypothekendarlehen	-	18.796
	Forderungen an Kunden		
	Hypothekendarlehen	18.911.929	20.815.001
	Sachanlagen (Grundschulden auf bankeigene Grundstücke)	-	-
	sonst. Vermögensgegenstände	-	-
		18.911.929	20.833.797
Weitere Deckungswerte	andere Forderungen an Kreditinstitute	-	-
	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.560.463	1.847.433
	Forderungen aus Derivaten gem. §19 (1) Nr. 4 PfandBG	-	-
Deckungswerte insgesamt		21.472.392	22.681.230
	Summe der deckungspflichtigen Hypothekendarlehen	14.730.231	17.354.674
	davon Verbindlichkeiten aus Derivaten gem. §19 (1) Nr. 4 PfandBG	40.340	264.712
Überdeckung		6.742.161	5.326.556
B. Öffentliche Pfandbriefe			
Deckungswerte	Forderungen an Kreditinstitute		
	a) Hypothekendarlehen	-	-
	b) Kommunalkredite	2.406.604	2.394.130
	Forderungen an Kunden		
	a) Hypothekendarlehen ¹⁾	180.016	214.448
	b) Kommunalkredite	19.643.378	21.463.546
	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	13.515.573	17.859.178
		35.745.571	41.931.302
Weitere Deckungswerte	andere Forderungen an Kreditinstitute	1.615.000	1.865.000
	Forderungen aus Derivaten gem. §19(1) Nr. 4 PfandBG	21.567	46.688
Deckungswerte insgesamt		37.382.138	43.842.990
	Summe der deckungspflichtigen öffentlichen Pfandbriefe	33.742.414	39.548.235
	davon Verbindlichkeiten aus Derivaten gem. §19 (1) Nr. 4 PfandBG	-	-
Überdeckung		3.639.724	4.294.755

1) Von den Hypothekendarlehen wurden kommunal verbürgte Hypothekendarlehen zur Deckung von öffentlichen Pfandbriefen verwandt.

Angaben nach § 28 Pfandbriefgesetz

Umlaufende Hypothekendarlehen und dafür verwendete Deckungswerte

in Mio. €	Nominal		Barwert		Risikobarwert	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen ¹⁾						
Hypothekendarlehen	14.730,2	17.354,7	15.884,1	18.415,5	15.016,6	17.038,7
davon Derivate			41,9	328,0		
Deckungsmasse	21.472,4	22.681,2	23.091,5	24.308,2	21.830,3	22.490,9
davon Derivate			327,6	370,6		
Überdeckung	6.742,2	5.326,5	7.207,4	5.892,7	6.813,7	5.452,2

¹⁾ Einschließlich Derivateforderungen

Laufzeitstruktur (Restlaufzeit) ¹⁾²⁾ nominal

in Mio. €	Hypothekendarlehen		Deckungsmasse	
	2011	2010	2011	2010
bis 1 Jahr	4.351,4	2.723,9	5.270,6	5.358,6
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	2.079,5	4.472,4	4.456,8	3.535,8
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	2.222,4	2.735,7	2.729,6	4.399,4
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	726,9	2.398,0	2.266,5	2.321,3
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	1.401,4	724,0	1.539,0	2.043,6
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	2.019,5	2.614,6	3.243,0	3.291,5
mehr als 10 Jahre	1.929,1	1.686,1	1.966,9	1.731,0

Nach § 28 Pfandbriefgesetz (PfandBG) sind im Umlauf befindliche Hypothekendarlehen nach ihrer Laufzeitstruktur darzustellen, die Deckungsmassen sind entsprechend ihrer Konditionenfestschreibungszeit anzugeben. Durch die unterschiedliche Gliederungssystematik können temporäre Inkongruenzen in den einzelnen Laufzeitbändern entstehen, die im Rahmen der Gesamtbanksteuerung ausgeglichen werden. Beim Risikobarwert wird der dynamische Ansatz verwandt.

Umlaufende öffentliche Pfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte

in Mio. €	Nominal		Barwert		Risikobarwert	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen ¹⁾						
öffentlichen Pfandbriefe	33.742,4	39.548,2	37.811,4	42.727,2	27.521,4	36.783,6
davon Derivate			110,2	108,1		
Deckungsmasse	37.382,1	43.843,0	41.267,3	48.526,2	30.036,8	41.775,9
davon Derivate			366,6	353,2		
Überdeckung	3.639,7	4.294,8	3.455,9	5.799,0	2.515,4	4.992,3

Laufzeitstruktur (Restlaufzeit) ¹⁾²⁾ nominal

in Mio. €	Öffentliche Pfandbriefe		Deckungsmasse	
	2011	2010	2011	2010
bis 1 Jahr	4.103,9	5.349,3	6.151,9	4.924,1
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	5.496,8	4.042,6	3.191,8	5.471,4
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	2.078,0	5.684,5	5.510,8	3.348,6
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	3.958,9	2.049,4	2.980,4	5.499,9
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	996,4	4.246,9	2.492,3	2.985,0
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	6.725,6	6.752,0	7.151,7	9.407,6
mehr als 10 Jahre	10.382,8	11.423,5	9.903,2	12.206,4

Nach § 28 Pfandbriefgesetz (PfandBG) sind im Umlauf befindliche öffentliche Pfandbriefe nach ihrer Laufzeitstruktur darzustellen, die Deckungsmassen sind entsprechend ihrer Konditionenfestschreibungszeit anzugeben. Durch die unterschiedliche Gliederungssystematik können temporäre Inkongruenzen in den einzelnen Laufzeitbändern entstehen, die im Rahmen der Gesamtbanksteuerung ausgeglichen werden. Beim Risikobarwert wird der dynamische Ansatz verwandt.

¹⁾ Einschließlich Derivateforderungen

²⁾ Die Verteilung auf die Laufzeitbänder wurde bei den variablen Assets von Fixingtermin (Anpassungszyklus des Referenzzinssatzes, z.B. Euribor) auf Konditionenfestschreibung umgestellt. Dies entspricht den neuesten Empfehlungen des Verbandes deutscher Pfandbriefbanken (vdp).

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Größengruppen ¹⁾

in Mio. €	2011	2010
bis einschließlich 300 Tsd. €	392,3	482,4
mehr als 300 Tsd. Euro bis einschließlich 5 Mio. €	3.291,1	4.254,3
mehr als 5 Mio. €	15.228,5	16.097,1
Summe	18.911,9	20.833,8

¹⁾ ohne weitere Deckungswerte (2.560 Mio.€)

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Gebieten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen und nach Nutzungsart ¹⁾

in Mio. €	Deutschland				Belgien			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Wohnungen	0,0	0,0	49,5	65,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	112,2	158,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	3.692,8	4.177,8	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	2.893,8	3.259,4	0,0	0,0	25,0	15,3	0,0	0,0
Handelsgebäude	2.542,2	2.523,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Industriegebäude	65,9	84,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	894,2	1.001,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	152,0	168,1	11,8	20,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	98,0	55,3	17,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	6.646,1	7.092,2	3.883,7	4.422,0	25,0	15,3	0,0	0,0

in Mio. €	Frankreich / Monaco				Großbritannien (ohne Kanalinseln)			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Wohnungen	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	6,7	6,5
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	19,1	27,1	0,0	0,0	49,3	81,2
Bürogebäude	1.160,0	1.286,4	0,0	0,0	569,4	658,9	0,0	0,0
Handelsgebäude	19,6	29,6	0,0	0,0	738,1	761,2	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	107,0	137,2	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	5,3	12,4	0,0	0,0	560,5	572,9	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	24,0	24,0	0,0	0,0	71,8	69,7	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	1.208,9	1.352,4	19,2	27,2	2.046,8	2.199,9	56,0	87,7

in Mio. €	Niederlande				Österreich			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Wohnungen	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,9	1,0	0,0	0,0	0,2	0,5
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	355,0	520,9	0,0	0,0	47,1	50,8	0,0	0,0
Handelsgebäude	174,0	149,6	0,0	0,0	32,0	32,0	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	5,5	4,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	534,5	675,3	1,0	1,1	79,1	82,8	0,2	0,5

¹⁾ ohne weitere Deckungswerte (2.560 Mio.€)

in Mio. €	Schweiz				USA			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	47,2	84,0
Bürogebäude	9,8	46,0	0,0	0,0	696,2	818,4	0,0	0,0
Handelsgebäude	148,3	113,0	0,0	0,0	188,3	211,7	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	12,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	76,6	195,4	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	158,1	171,5	0,0	0,0	961,1	1.225,5	47,2	84,0

in Mio. €	Dänemark				Finnland			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	4,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	46,0	328,7	0,0	0,0	25,1	53,5	0,0	0,0
Handelsgebäude	4,1	13,3	0,0	0,0	28,8	28,8	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	28,5	3,2	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	10,3	10,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	60,4	352,3	0,0	4,0	82,4	85,5	0,0	0,0

in Mio. €	Italien				Luxemburg			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	13,5	13,5	0,0	0,0	30,9	8,5	0,0	0,0
Handelsgebäude	87,6	99,0	0,0	0,0	0,0	22,6	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	8,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	16,8	16,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	126,7	129,3	0,0	0,0	30,9	31,1	0,0	0,0

in Mio. €	Norwegen				Polen			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	134,7	120,7	0,0	0,0
Handelsgebäude	0,0	15,4	0,0	0,0	118,6	160,3	0,0	0,0
Industriegebäude	19,8	37,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	25,4	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	19,8	53,1	0,0	0,0	278,7	281,0	0,0	0,0

in Mio. €	Schweden				Slowakei			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	321,8	414,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	525,2	313,2	0,0	0,0	5,9	0,0	0,0	0,0
Handelsgebäude	51,8	63,6	0,0	0,0	60,4	38,1	0,0	0,0
Industriegebäude	221,4	221,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	65,8	32,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	864,2	630,7	321,8	414,9	66,3	38,1	0,0	0,0

in Mio. €	Spanien				Tschechien			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	141,7	136,5	0,0	0,0	105,2	124,4	0,0	0,0
Handelsgebäude	184,1	160,8	0,0	0,0	69,9	78,4	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	6,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	32,2	90,3	0,0	0,0	22,4	34,1	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	358,0	394,4	0,0	0,0	197,5	236,9	0,0	0,0

in Mio. €	Ungarn				Japan			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	41,9	41,9
Bürogebäude	76,1	119,4	0,0	0,0	247,4	231,9	0,0	0,0
Handelsgebäude	237,4	65,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	313,5	184,6	0,0	0,0	247,4	231,9	41,9	41,9

in Mio. €	Rumänien				Slowenien			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	71,6	122,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Handelsgebäude	140,4	140,4	0,0	0,0	23,5	23,5	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte	212,0	263,2	0,0	0,0	23,5	23,5	0,0	0,0

in Mio. €	Gesamt			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2011	2010	2011	2010
Wohnungen	0,0	0,0	56,4	72,3
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	113,3	159,5
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	4.172,1	4.830,9
Bürogebäude	7.179,6	8.229,2	0,0	0,0
Handelsgebäude	4.849,1	4.729,7	0,0	0,0
Industriegebäude	442,6	503,3	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	1.698,2	1.954,4	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	256,6	261,8	11,8	20,6
Bauplätze	114,8	72,1	17,4	0,0
Deckungswerte	14.540,9	15.750,5	4.371,0	5.083,3

	2011	2010
Deckungswerte Gewerblich und Wohnwirtschaftlich gesamt	18.911,9	20.833,8

Rückständige Leistungen auf zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen

in Mio. €	2011	2010
Deutschland	18,7	18,0
Großbritannien	0,0	1,5
Frankreich	3,8	2,4
Summe	22,5	21,9

Nachfolgende Angaben beziehen sich auf zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen:

Zwangmaßnahmen (Aktivpos. 2 und 3)

	Anzahl der Fälle		davon gewerblich genutzt		davon Wohnzwecken dienend	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Am 31. Dezember anhängige						
Zwangsversteigerungsverfahren	13	12	0	0	13	12
Zwangsverwaltungsverfahren	7	8	1	0	6	8
davon in den anhängigen Zwangsversteigerungsverfahren enthalten	6	8	0	0	6	8
Summe	14	12	1	0	13	12
Im Geschäftsjahr durchgeführte Zwangsversteigerungsverfahren	3	75	0	11	3	64

Eingesteigerte bzw. übernommene Objekte (Aktivpos. 10 und 11)

Im Berichtsjahr hat die Deutsche Pfandbriefbank AG keine Grundstücke zur Verhütung von Verlusten an Hypothekendarlehen übernehmen müssen.

Zinsrückstände (Aktivpos. 2 und 3)

Die Zinsrückstände aus Fälligkeiten vom 1. Oktober 2010 bis 30. September 2011 beliefen sich auf 6.531 Tsd. € (Vj. 9.136 Tsd. €). Sie sind in steuerlich zulässigem Umfang wertberichtigt.

in Mio. €	davon gewerblich genutzt		davon Wohnzwecken dienend	
	2011	2010	2011	2010
Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Hypothekenschuldnern zu entrichtenden Zinsen, soweit nicht in den Vorjahren abgeschrieben	2,8	4,4	3,7	4,7

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen ^{1) 2)}

in Mio. €	Deutschland		Belgien	
	2011	2010	2011	2010
Zentralstaat	2.176,4	837,9	225,0	200,0
regionale Gebietskörperschaften	9.993,2	12.640,3	109,2	187,1
örtliche Gebietskörperschaften	789,8	603,5	135,0	135,0
Sonstige Schuldner	4.281,7	4.809,9	193,2	193,2
Summe	17.241,1	18.891,6	662,4	715,3

in Mio. €	Dänemark		Finnland	
	2011	2010	2011	2010
Zentralstaat	0,0	0,0	0,0	7,5
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	22,5	45,0
Sonstige Schuldner	38,6	37,4	7,7	7,5
Summe	38,6	37,4	30,2	60,0

in Mio. €	Frankreich / Monaco		Griechenland	
	2011	2010	2011	2010
Zentralstaat	2.848,8	3.114,6	0,0	0,0
regionale Gebietskörperschaften	90,0	90,0	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	54,2	10,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	129,8	193,0	0,0	0,0
Summe	3.122,8	3.407,6	0,0	0,0

in Mio. €	Großbritannien		Island	
	2011	2010	2011	2010
Zentralstaat	0,0	0,0	0,0	0,0
regionale Gebietskörperschaften	15,0	14,5	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	18,0	17,4	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	239,4	232,4	0,0	0,0
Summe	272,4	264,3	0,0	0,0

	Italien		Japan	
in Mio. €	2011	2010	2011	2010
Zentralstaat	1.754,9	2.336,0	274,1	252,8
regionale Gebietskörperschaften	803,9	1.797,3	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	174,9	192,1	60,0	60,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0	249,5	255,2
Summe	2.733,7	4.325,4	583,6	568,0

	Kanada		Litauen	
in Mio. €	2011	2010	2011	2010
Zentralstaat	0,0	0,0	0,0	0,0
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe	0,0	0,0	0,0	0,0

	Niederlande		Österreich	
in Mio. €	2011	2010	2011	2010
Zentralstaat	0,0	36,0	3.831,3	4.080,4
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	543,9	854,0
örtliche Gebietskörperschaften	3,0	4,3	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,8	0,0	1.404,5	1.344,4
Summe	3,8	40,3	5.779,7	6.278,8

	Polen		Portugal	
in Mio. €	2011	2010	2011	2010
Zentralstaat	534,7	754,8	268,6	327,5
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	329,5	429,5
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0	473,4	800,6
Summe	534,7	754,8	1.071,5	1.557,6

	Schweden		Schweiz	
in Mio. €	2011	2010	2011	2010
Zentralstaat	0,0	0,0	0,0	0,0
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	189,2	343,9
örtliche Gebietskörperschaften	40,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0	150,0	469,9
Summe	40,0	0,0	339,2	813,8

	Slowakei		Slowenien	
in Mio. €	2011	2010	2011	2010
Zentralstaat	15,0	35,0	290,0	290,0
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0	22,0	22,0
Summe	15,0	35,0	312,0	312,0

in Mio. €	Spanien		Tschechien	
	2011	2010	2011	2010
Zentralstaat	20,0	0,0	10,0	10,0
regionale Gebietskörperschaften	956,4	1.682,8	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	282,9	260,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	461,7	333,6	50,0	95,0
Summe	1.721,0	2.276,4	60,0	105,0

in Mio. €	Ungarn		USA	
	2011	2010	2011	2010
Zentralstaat	119,7	327,2	0,0	0,0
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe	119,7	327,2	0,0	0,0

in Mio. €	Internationale Organisationen		Gesamt ²⁾	
	2011	2010	2011	2010
Zentralstaat	0,0	0,0	12.368,5	12.609,7
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	13.030,3	18.039,4
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	1.580,3	1.327,3
Sonstige Schuldner	1.064,2	1.160,8	8.766,5	9.954,9
Summe	1.064,2	1.160,8	35.745,6	41.931,3

1) ohne Derivate

2) In der Verteilung und der Gesamtsumme sind weitere Deckungswerte über 1.615 Mio. € (Vj. 1.865 Mio. €), weitere Deckung nach §20 (2) PfandBG, nicht berücksichtigt.

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen¹⁾

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen

in Mio. €	2011	2010
Deutschland		
Zentralstaat	0,0	0,0
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe	0,0	0,0

¹⁾ ohne Derivate

Restlaufzeiten ausgewählter Bilanzpositionen

in Tsd. €	2011	2010
Forderungen an Kreditinstitute (Aktivpos. 2)	9.567.257	15.023.432
täglich fällig	205.629	4.368.746
Forderung mit Laufzeit	9.361.628	10.654.686
- bis drei Monate	6.934.547	7.462.005
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	148.237	684.785
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.018.313	1.112.786
- mehr als fünf Jahre	1.260.531	1.395.110
Forderungen an Kunden (Aktivpos. 3)	52.845.298	116.943.947
- mit unbestimmter Laufzeit	2	2
- bis drei Monate	3.648.906	62.388.496
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	5.232.626	5.645.779
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	19.823.756	23.706.723
- mehr als fünf Jahre	24.140.008	25.202.948
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivpos. 4)	28.221.502	33.737.859
davon im Folgejahr fällig werdend	2.806.844	4.024.631
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Passivpos. 1)	11.245.494	66.751.626
täglich fällig	66.038	255.727
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	11.179.456	66.495.899
- bis drei Monate	6.411.871	59.849.451
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	920.193	1.410.358
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.103.051	3.096.973
- mehr als fünf Jahre	744.341	2.139.117
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Passivpos. 2)	32.721.863	38.920.939
täglich fällig	883.954	3.488.079
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	31.837.909	35.432.860
- bis drei Monate	1.374.218	1.595.142
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.425.246	2.077.113
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	8.740.324	7.831.776
- mehr als fünf Jahre	20.298.121	23.928.829
Verbriefte Verbindlichkeiten (Passivpos. 3)	32.049.156	41.198.153
a) begebene Schuldverschreibungen	31.935.011	40.911.401
davon im Folgejahr fällig werdend	8.582.563	25.285.993
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	114.145	286.752
- bis drei Monate	109.145	124.687
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	5.000	162.065
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	-	-
- mehr als fünf Jahre	-	-

Nachrangige Vermögensgegenstände (Aktivpos. 2, 3, 4 und 11)

In der Bilanz sind folgende nachrangige Vermögensgegenstände enthalten:

in Tsd. €	2011		2010	
	Gesamt	davon verbundene Unternehmen	Gesamt	davon verbundene Unternehmen
Forderungen an Kreditinstitute (Aktivpos. 2)	-	-	-	-
Forderungen an Kunden (Aktivpos. 3)	-	-	13.500	13.500
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
Anleihen und Schuldverschreibungen	-	-	-	-
von anderen Emittenten (Aktivpos. 4bb)	-	-	-	-
Sonstige Vermögensgegenstände (Aktivpos. 11)	-	-	-	-

Aufteilung der börsenfähigen Wertpapiere und Finanzanlagen (Aktivpos. 4, 5, 6 und 7)

Die in den entsprechenden Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere teilen sich nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren wie folgt auf:

in Tsd. €	davon börsennotiert		davon nicht börsennotiert	
	2011	2010	2011	2010
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	26.142.138	32.520.420	2.079.364	1.217.439
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	-	1.434	1.328
Beteiligungen	-	-	-	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	-	-	45	45

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivpos. 4)

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (Aktivpos. 4) hat die Bank fremde Anleihen mit einem Bilanzwert in Höhe von 26.474.789 Tsd. € (Vj. 31.752.368 Tsd. €) im Bestand. Davon sind 21.678.706 Tsd. € (Vj. 29.051.394 Tsd. €) wie Anlagevermögen und 4.796.083 Tsd. € (Vj. 2.700.974 Tsd. €) wie Umlaufvermögen bewertet. Im Berichtsjahr wurden Wertpapiere vom Anlagebestand in den Liquiditätsvorsorgebestand mit einem Nominalwert von 105.000 Tsd. € umgewidmet.

Insgesamt sind Wertpapiere des Anlagevermögens mit einem Buchwert von 13.422.999 Tsd. € (Vj. 18.084.393 Tsd. €) nicht mit dem niedrigeren am Bilanzstichtag beizulegenden Zeitwert von 10.606.835 Tsd. € (Vj. 16.277.755 Tsd. €) bewertet. Die unterlassenen Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert in Höhe von 2.816.164 Tsd. € teilen sich auf die folgenden Emittentengruppen auf:

in Tsd. €	davon öffentliche Emittenten	davon Kreditinstitute	davon andere Emittenten	Gesamt
	Buchwert	6.475.255	4.964.122	
Beizulegender Zeitwert	4.923.104	4.121.392	1.562.339	10.606.835
Unterlassene Abschreibungen im Anlagevermögen	1.552.151	842.730	421.283	2.816.164

Von den oben dargestellten unterlassenen Abschreibungen entfallen auf Anleihen der Staaten des Euroraumes, die im Fokus stehen:

in Tsd. €	Belgien	Italien	Portugal	Ungarn	Gesamt
Buchwert	74.654	1.315.407	201.351	332.997	1.924.409
Beizulegender Zeitwert	71.786	643.794	108.132	231.418	1.055.130
Unterlassene Abschreibungen im Anlagevermögen	2.868	671.613	93.219	101.579	869.279

Bei allen Wertpapieren mit unterlassenen Abschreibungen geht die Bank davon aus, dass der Zeitwert lediglich vorübergehend unter dem Buchwert liegt. Zahlungsstörungen bzw. Zweifel an der Einbringlichkeit dieser Wertpapiere bestehen nicht. Hinsichtlich der Staaten des Euroraumes, die im Fokus stehen, konnte auch vor dem Hintergrund des etablierten Finanzstabilitätsmechanismus auf eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert verzichtet werden.

Im folgenden Jahr werden vom Bestand der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere 2.806.844 Tsd. € fällig.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen (Aktivpos. 6 und 7)

Bei den Beteiligungen (Aktivpos. 6) und den Anteilen an verbundenen Unternehmen (Aktivpos. 7) war die Bank mit Ausnahme der Ragnarök Vermögensverwaltung AG & Co. KG, München, bei keinem Unternehmen unbeschränkt haftender Gesellschafter.

Name und Sitz	Kapitalanteil in % insgesamt § 16 Abs. 4 AktG	davon mittelbar	Eigenkapital Tsd.	Jahresergebnis Tsd.	letzter vorliegender Jahresabschluss	Währung
DEPFA Finance N.V., Amsterdam	100,00%		4.372	523	31.12.2011	EUR
FUNDUS Gesellschaft für Grundbesitz und Beteiligungen mbH, München	100,00%		904	-11	31.12.2011	EUR
GfI-Gesellschaft für Immobilienentwicklung und -verwaltung mbH i.L., Stuttgart	100,00%		11	0	31.12.2011	EUR
Hypo Real Estate Capital Hong Kong Corp. Ltd. i.L., Hongkong	100,00%		6.830	0	31.12.2011	HKD
Hypo Real Estate Capital India Corporation Private Ltd. i.L., Mumbai	100,00%		316.067	1.199	31.03.2011	INR
Hypo Real Estate Capital Japan Corp., Tokio	100,00%		31.279.690	775.319	31.12.2011	JPY
Hypo Real Estate Capital Singapore Corporation Private Ltd. i.L., Singapur	100,00%		0	387	31.12.2011	SGD
Hypo Real Estate International Trust I, Wilmington	100,00%		50	0	31.12.2010	EUR
Hypo Real Estate International LLC I, Wilmington	100,00%		-40	-1	31.12.2010	EUR
IMMO Immobilien Management Beteiligungsgesellschaft mbH, München	100,00%		30	1	31.12.2011	EUR
IMMO Immobilien Management GmbH & Co. KG, München	100,00%		3.017	49	31.12.2011	EUR
IMMO Invest Real Estate GmbH, München	100,00%		28	170	31.12.2011	EUR
Little Britain Holdings (Jersey) Ltd., Jersey	100,00%		-9.123	-5.078	31.12.2011	GBP
pbb Services GmbH, München	100,00%		3.020	2.909	31.12.2011	EUR
Ragnarök Vermögensverwaltung AG & Co. KG, München	100,00%	6,00%	3.864	2.067	31.12.2011	EUR
Westhyp Immobilien Holding GmbH, München mit folgender Beteiligung:	100,00%		501	35	31.12.2011	EUR
Archplan Projekt Dianastraße GmbH, München	33,20%	33,20%	-104	61	31.12.2010	EUR

1) Ergebnisübernahme durch Gesellschafter aufgrund Ergebnisabführungsvertrag

2) Komplementärhaftung

Name und Sitz	Kapitalanteil in % insgesamt § 16 Abs. 4 AktG	davon mittelbar	Eigenkapital Tsd.	Jahresergebnis Tsd.	letzter vorliegender Jahresabschluss	Währung
SANO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Dresden KG, Düsseldorf	33,33%		-4.560	-127	31.12.2010	EUR
SOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Darmstadt KG, Düsseldorf	33,33%		-9.913	-705	31.12.2010	EUR
WISUS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Zweite Vermietungs-KG, München	33,00%		-2.538	242	31.12.2011	EUR

Alle anderen Beteiligungen liegen unter 20%.

Weitere Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5% der Stimmrechte überschreitet, liegen nicht vor (Angabe gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB).

Die Gesellschaften Immo Trading GmbH, München, die Meridies Grundbesitz- und Bebauungsgesellschaft mbH, München sowie die Frappant Altona GmbH, München, wurden mit Wirkung zum 1. Januar 2011 auf die Deutsche Pfandbriefbank AG verschmolzen.

Mit Kauf- und Übertragungsvertrag vom 26. Juli 2011 hat die Deutsche Pfandbriefbank AG den Kommanditanteil an der IMMO Immobilien Management GmbH & Co. KG, München, für 1 € erworben und hält damit unmittelbar alle Anteile an der Gesellschaft.

Ebenfalls mit Kauf- und Übertragungsvertrag vom 26. Juli 2011 hat die IMMO Invest Real Estate GmbH, München, den Kommanditanteil an der Ragnarök AG & Co. KG, München, für 1 € erworben. Die Deutsche

Pfandbriefbank AG hält damit unmittelbar 94% und mittelbar 6% der Anteile an der Ragnarök AG & Co. KG.

Bei der IMMO Immobilien Management GmbH & Co. KG, München, erfolgte eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert in Höhe von 10.353 Tsd. €.

Auf Grund von Werterholungen wurde bei dem voll konsolidierten verbundenen Unternehmen Hypo Real Estate Capital Hong Kong Corp. Ltd. i.L., Hongkong, eine Zuschreibung in Höhe von 680 Tsd. € vorgenommen.

Auch bei der WestHyp Immobilien Holding GmbH, München, war eine Zuschreibung in Höhe von 109 Tsd. € erforderlich.

Folgende Devisenkurse wurden zum 31.12.2011 zugrunde gelegt:

Hongkong	1 € =	10,0510	HKD
Indien	1 € =	68,713	INR
Japan	1 € =	100,20	JPY
Singapur	1 € =	1,6819	SGD
Großbritannien	1 € =	0,8353	GBP

Treuhandgeschäfte (Aktivpos. 8 und Passivpos. 4)

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten gliedern sich in folgende Aktiv- und Passivpositionen auf:

in Tsd. €	2011	2010
Forderungen an Kunden	15.307	22.189
Sonstige Vermögensgegenstände	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.614	14.872
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.693	7.317

Immaterielle Anlagewerte (Aktivpos. 9)

Im ausgewiesenen Wert der immateriellen Anlagewerte sind gekaufte Software mit 33.676 Tsd. € (Vj. 25.038 Tsd. €), Anlagen im Bau mit 19.934 Tsd. € (Vj. 8.621 Tsd. €) sowie sonstige immaterielle Anlagewerte mit 2.579 Tsd. € (Vj. 0 Tsd. €) enthalten.

Sachanlagen (Aktivpos. 10)

Im ausgewiesenen Wert der Sachanlagen ist die Betriebs- und Geschäftsausstattung mit 3.477 Tsd. € (Vj. 5.145 Tsd. €) enthalten.

Entwicklung des Anlagevermögens - Anlagespiegel - (Aktivpos. 4, 6,7, 9 und 10)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten	Zugänge w/ Verschmelzung	Zugänge	Abgänge	Umb- chungen	Währungs- verände- rungen	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Abschrei- bungen kumuliert	Rest- buchwert	Rest- buchwert
in Tsd. €	01.01.2011	2011	2011	2011	2011	2011	2011	2011	31.12.2011	31.12.2011	31.12.2010
Immaterielle Anlagewerte	105.016	0	33.620	-1.877	0	1	0	-10.807	-80.571	56.189	33.659
Sachanlagen	18.846	0	207	-1.116	0	59	0	-1.744	-14.519	3.477	5.145
Veränderungen											
+ / - *)											
Wertpapiere des											
Anlagevermögens						-7.372.688				21.678.706	29.051.394
Beteiligungen						-311				223	534
Anteile an verbun- denen Unternehmen						+28.159				317.183	289.024

*) Es wurde von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV Gebrauch gemacht.

Sonstige Vermögensgegenstände (Aktivpos. 11)

Die Position enthält im Wesentlichen Forderungen aus zinsbezogenen Kompensationsgeschäften im Zusammenhang mit der Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die FMS Wertmanagement in Höhe von 844.722 Tsd. € (Vj. 1.816.980 Tsd. €), sowie mit 52.550 Tsd. € (Vj. 60.953 Tsd. €) Steuerforderungen. Die zinsbezogenen Kompensationsgeschäfte stellen nicht originäres Bankgeschäft dar. Um dem besonderen Charakter dieser Geschäfte gerecht zu werden erfolgt ein Davon-Ausweis unter den sonstigen Vermögensgegenständen.

Aufgrund des Verrechnungsgebotes des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB werden in den sonstigen Vermögensgegenständen nicht verpfändete Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen für Pensionen in Höhe von 6.924 Tsd. € (Vj. 6.551 Tsd. €) ausgewiesen. Die Zeitwerte der verpfändeten Ansprüche aus Altersversorgungsverpflichtungen werden nach Verrechnung mit den rückgedeckten Pensionsrückstellungen und Rückstellungen für Altersteilzeit in der Position „aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen.

Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung (Aktivpos. 13)

Der im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 ausgewiesene aktive Unterschiedsbetrag (§ 246 Abs.2 S.2 und 3 HGB) in Höhe von 30.697 Tsd. € resultiert aus der Verrechnung von Rückdeckungsansprüchen für Pensionen mit einem beizulegenden Zeitwert von 190.736 Tsd. € mit Pensionsrückstellungen in Höhe von 160.039 Tsd. €. Die ausgewiesenen Beträge unterliegen einer Ausschüttungsbegrenzung nach § 268 Abs. 8 HGB.

Rechnungsabgrenzung (Aktivpos. 12 und Passivpos. 6)

in Tsd. €	2011	2010
Aktivpos. 12 a)		
Rechnungsabgrenzungsposten aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	93.058	122.775
davon:		
Disagio aus Schuldverschreibungen und aufgenommenen Darlehen	66.949	96.276
Agio aus Forderungen	26.109	26.499
Passivpos. 6 a)		
Rechnungsabgrenzungsposten aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	27.333	41.494
davon:		
Dammum aus Forderungen	19.486	28.987
Agio aus Schuldverschreibungen und aufgenommenen Darlehen	7.847	12.507

Sonstige Verbindlichkeiten (Passivpos. 5)

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus zinsbezogenen Kompensationsgeschäften im Zusammenhang mit der Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die FMS Wertmanagement in Höhe von 10.478.365 Tsd. € (Vj. 15.476.196 Tsd. €), Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen in Höhe von 11.117 Tsd. € (Vj. 21.432 Tsd. €) sowie Steuerverbindlichkeiten in Höhe von 5.104 Tsd. € (Vj. 8.150 Tsd. €) und den Ausgleichsposten aus der Bewertung der gesicherten Fremdwährungsgeschäfte in Höhe von 82.986 Tsd. € (Ausweis im Vorjahr unter Aktivpos. 11 in Höhe von 124.365 Tsd. €). Die zinsbezogenen Kompensationsgeschäfte stellen nicht originäres Bankgeschäft dar. Um dem besonderen Charakter dieser Geschäfte gerecht zu werden erfolgt ein Davon-Ausweis unter den sonstigen Verbindlichkeiten.

Pensionsrückstellungen (Passivpos. 7a)

Zum Bilanzstichtag 31.12.2011 werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB hier nur Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen nach Verrechnung des Deckungsvermögens ausgewiesen (Pensionsrückstellung 201.999 Tsd. €, davon mit Deckungsvermögen in Höhe von 160.039 Tsd. € verrechnet).

Die Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene betragen 63.091 Tsd. € (Vj. 50.066 Tsd. €).

Andere Rückstellungen (Passivpos. 7c)

In den anderen Rückstellungen sind folgende wesentlichen Einzelposten enthalten:

- Restrukturierungsrückstellungen in Höhe von 63.073 Tsd. €
- Rückstellungen für eine erfolgsabhängige Vergütung gegenüber dem Bund im Zusammenhang mit der Liquiditätsunterstützung der Jahre 2008 und 2009 in Höhe von 48.175 Tsd. €
- Rückstellungen aus Bewertungseinheiten in Höhe von 57.102 Tsd. €

Nachrangige Verbindlichkeiten (Passivpos. 8)

Es handelt sich bei dieser Position um 78 Schuldscheindarlehen und 12 Namensschuldverschreibungen sowie 16 Inhaberschuldverschreibungen. Für die festverzinslichen Schuldverschreibungen liegt die Verzinsung zwischen 4,0% p.a. und 8,06% p.a., die übrigen sind variabel verzinslich. Die Fälligkeitstermine liegen in den Jahren 2012 bis 2032. Bei 16 Schuldverschreibungen liegen Kündigungsrechte vor, die in den Jahren 2012 bis 2027 ausgeübt werden können.

Bei den nachrangigen Verbindlichkeiten sind Zinsaufwendungen in Höhe von 118.829 Tsd. € (Vj. 140.148 Tsd. €) angefallen. In der Bilanz sind unter dieser Position anteilige Zinsen in Höhe von 79.669 Tsd. € (Vj. 93.895 Tsd. €) enthalten.

Im Berichtsjahr ist eine nachrangige Inhaberschuldverschreibung zinsfrei gestellt (nominal 350.076 Tsd. €, Zinssatz von 5,864%). Die Schuldverschreibung beinhaltet eine Bedingung, dass im Falle eines Bilanzverlustes keine Zinsen zu zahlen sind.

Im Zuge der Verschmelzung mit der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG sind im Jahr 2009 zwei Inhabergenussscheine und neun Namensgenussscheine zugegangen. Für diese wurden den Inhabern gem. § 23 UmwG gleichwertige Rechte gewährt. Der Rückzahlungsanspruch dieser Genussscheininhaber (2011: ein Inhabergenussschein und acht Namensgenussscheine) beträgt 460.469 Tsd. € (Vj. 562.727 Tsd. €). Die Rückzahlungsansprüche sind nachrangig nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger.

Die Bedingungen der Mittelaufnahmen sind so ausgestaltet, dass sie den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG entsprechen.

Genussrechtskapital (Passivpos. 9)

Der Bestand setzt sich aus Inhabergenussrechten in Höhe von nominal 50.000 Tsd. € (Vj. 113.000 Tsd. €) und Namensgenussrechten in Höhe von nominal 10.226 Tsd. € (Vj. 36.226 Tsd. €) zusammen.

Es sind folgende Emissionen enthalten (jeweils in Tsd. €):

Genussrechtskapital

in Tsd. €

Emissionsjahr	Art	Nominal	Zinssatz	Fälligkeit
1989	Namens-Genussschein	10.226	8,00%	2014
2002	Inhaber-Genussschein	50.000	7,00%	2012
		60.226		

Die am 31. Dezember fällig gewordenen Genussscheine sind unter den Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die Genussscheinbedingungen begrenzen die Ausschüttung in der Form, dass durch sie kein Bilanzverlust entstehen darf.

Für die Ermittlung der Verlustteilnahme der Genussrechtsinhaber bestehen unterschiedliche Berechnungsarten in den Genussscheinbedingungen:

1. Der Genussrechtsinhaber nimmt im Verhältnis seines Rückzahlungsanspruchs zum Eigenkapital einschliesslich Genussrechtskapital ohne andere nachrangigen Verbindlichkeiten der Bank am Bilanzverlust teil und
2. Der Genussrechtsinhaber nimmt im Verhältnis des jeweiligen Rückzahlungsanspruchs zum sonstigen Eigenkapital nach § 10 KWG teil.

Die Bedingungen für sämtliche Genussrechte entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5 KWG. Vorzeitige Rückzahlungsverpflichtungen sind in allen Fällen ausgeschlossen.

Die Rückzahlungsansprüche der Genussrechtsinhaber verminderten sich zum 31.12.2011 auf 6.518 Tsd. €.

Entwicklung des Eigenkapitals (Passivpos. 10)

	Gezeichnetes Kapital			Kapital- rücklage	Gewinnrücklagen			Bilanz- verlust	Gesamt
	Grund- kapital	stille Einlage	Summe		gesetzliche Rücklage	andere			
						Gewinn- rücklagen	Summe		
in Tsd. €									
Eigenkapital zum 01.01.2011	380.376	284.662	665.038	5.038.123	12.655	266.546	279.201	-3.589.164	2.393.198
Jahresüberschuss			-				-	142.782	142.782
"Verlustbeteiligung" stille Einlagen		-102.915	-102.915				-	102.915	-
Veränderung Genussscheine			-				-	-4.267	-4.267
Eigenkapital zum 31.12.2011	380.376	181.747	562.123	5.038.123	12.655	266.546	279.201	-3.347.734	2.531.713

Gezeichnetes Kapital (Passivpos. 10a)

Das Grundkapital beträgt 380.376.059,67 € und ist eingeteilt in 134.475.308 auf den Inhaber lautende Stammaktien in Form von Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von verkürzt 2,83 € je Stückaktie.

Am Aktienkapital der Bank hält die HRE Holding AG, München 100,00%. Der Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) ist wiederum alleiniger Aktionär der HRE Holding AG, München.

Der Finanzmarktstabilisierungsfonds ist mit Vertrag vom 16. November 2009 als typisch stiller Gesellschafter mit einer stillen Einlage von 1,0 Mrd. € an der Deutschen Pfandbriefbank AG beteiligt. Die stille Einlage wurde bar erbracht. Dem stillen Gesellschafter steht als Gewinnbeteiligung ein Zins von 10% p.a. bezogen auf den Einlagenennbetrag zu.

An einem Bilanzverlust nimmt der stille Gesellschafter im Verhältnis der stillen Einlage zum Gesamtbuchwert aller am Bilanzverlust teilnehmenden Haftkapitalanteile der Bank teil. Die Gesamtverlustbeteiligung des stillen Gesellschafters am Bilanzverlust ist auf seine stille Einlage begrenzt. Der Bilanzverlust, der auf das Jahr 2008 entfällt, wird zur Berechnung der Verlustteilnahme nicht einbezogen. Die stille Einlage wurde zum Jahresende 2011 um 102,9 Mio. € (Vj. um 318,3 Mio. €) auf 181,7 Mio. € (Vj. 284,6 Mio. €) herabgesetzt. Es besteht eine Wiederauffüllungsverpflichtung der stillen Einlage nach Herabsetzung seitens der Bank.

Der stille Gesellschafter ist zur Kündigung des Beteiligungsvertrages nicht berechtigt. Falls der Ausschluss der Kündigungsfrist nicht wirksam sein sollte, kann eine Kündigung nicht vor dem 31.12.2039 wirksam werden. Eine ganze oder teilweise Kündigung seitens der Bank ist keinesfalls vor Ablauf von fünf Jahren möglich. Die stille Beteiligung erfüllt das Kriterium der Nachrangigkeit gemäß §10 Abs. 5 und 5a KWG.

Das gezeichnete Kapital beträgt zum Bilanzstichtag 562.122.653,53 €.

Kapitalrücklage (Passivpos. 10b)

Der Bestand der Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB belief sich zum Bilanzstichtag auf 3.241.811 Tsd. € (Vj. 3.241.811 Tsd. €).

Fremdwährungspositionen

Der Gesamtbetrag an Vermögensgegenständen in Fremdwährung beläuft sich auf 18.721 Tsd. € (Vj. 20.810 Tsd. €). Verbindlichkeiten in fremder Währung bestanden zum Jahresende in Höhe von 18.809 Tsd. € (Vj. 20.955 Tsd. €).

Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Folgende Vermögensgegenstände wurden für eigene Verbindlichkeiten zur Sicherheit übertragen:

in Tsd. €	Bilanzwert 2011	Bilanzwert 2010
Verpfändung von Wertpapieren aus Offenmarktgeschäften mit der EZB	5.186.054	9.904.904
Wertpapiere in Pension in Verbindung mit Repogeschäften	2.289.165	1.097.860
Darlehen in Pension in Verbindung mit Repogeschäften	611.977	622.810
Verpfändung von Darlehen zur Sicherung aufgenommener Darlehen	94.730	152.512
Verpfändung eines Wertpapiers zur Sicherung aufgenommener Darlehen	94.221	91.238
Bei Kreditinstituten hinterlegte Barsicherheiten	3.991.279	4.321.606

Alle Vermögensgegenstände außer den Barsicherheiten wurden für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten übertragen. Die Barsicherheiten betreffen überwiegend Derivatgeschäfte.

Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber verbundene(n) Unternehmen und Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Tsd. €		an/gegenüber verbundene(n) Unternehmen		an/gegenüber Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
		2011	2010	2011	2010
Forderungen an Kreditinstitute	(Aktivpos. 2)	339.925	-	-	-
Forderungen an Kunden	(Aktivpos. 3)	334.712	1.027.009	45.323	46.649
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	(Aktivpos. 4)	250.676	249.866	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(Passivpos. 1)	159.983	1.008.593	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(Passivpos. 2)	46.571	29.667	-	-
Verbrieftete Verbindlichkeiten	(Passivpos. 3)	821.130	-	-	-
Nachrangige Verbindlichkeiten	(Passivpos. 8)	660.306	660.325	-	-

Sonstige Angaben

Eventualverbindlichkeiten (Passivpos. 1b unter dem Strich)

Die Deutsche Pfandbriefbank AG, München als Rechtsnachfolger der Hypo Real Estate Bank International AG hat mit Erklärung vom 2. Januar 2006 die unwiderrufliche und bedingungslose Garantie für die Erfüllung sämtlicher Verbindlichkeiten der Hypo Public Finance Bank puc, Dublin übernommen. Durch den Verkauf sämtlicher Anteile an der Hypo Public Finance Bank puc, Dublin wurde gemäß Garantievertrag die Haftung auf alle Verbindlichkeiten beschränkt, die bis zum Zeitpunkt des Verkaufes bestanden. Aufgrund der derzeitigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Hypo Public Finance Bank puc, Dublin sowie ihrer erwarteten zukünftigen Entwicklung hält die Deutsche Pfandbriefbank AG einen Ausfall der Hypo Public Finance Bank puc, Dublin zwar nicht für ausgeschlossen, jedoch für sehr unwahrscheinlich.

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen in Höhe von 89.464 Tsd. € (Vj. 131.021 Tsd. €) wurden im Rahmen des Bankgeschäfts gewährt. Vor Gewährung erfolgt eine sorgfältige Bonitätsprüfung der potenziellen Bürgschafts- bzw. Garantienehmer. Nachfolgende Bonitätsverschlechterungen werden intensiv beobachtet. Ihnen wird ggf. durch eine entsprechende Risikovorsorgebildung Rechnung getragen. Latente Risiken aus den Bürgschafts- bzw. Gewährleistungsverträgen werden durch zusätzliche Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt. Für weitergehende zukünftige Ausfälle in diesem Zusammenhang hat die Deutsche Pfandbriefbank AG keine Anhaltspunkte.

Andere Verpflichtungen (Passivpos. 2c unter dem Strich)

Die ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 1.064.322 Tsd. € betreffen mit 888.190 Tsd. € (Vj. 696.512 Tsd. €) Hypothekendarlehen und mit 176.132 Tsd. € (Vj. – Tsd. €) an den öffentlichen Sektor gewährte Darlehen. Vor Zusageerteilung erfolgt eine sorgfältige Bonitätsprüfung der potenziellen Darlehensnehmer. Nachfolgende Bonitätsverschlechterungen werden intensiv beobachtet. Ihnen wird ggf. durch eine entsprechende Risikovorsorge Rechnung getragen. Latente Risiken in den unwiderruflichen Kreditzusagen werden durch zusätzliche Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt. Für weitergehende zukünftige Ausfälle hat die Deutsche Pfandbriefbank AG keine Anhaltspunkte.

Außerbilanzielle Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag liegen folgende außerbilanzielle Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen vor:

1.) Garantie

Verpflichtung der Deutschen Pfandbriefbank AG zur Unterstützung von Tochtergesellschaften

Die Deutsche Pfandbriefbank AG, München als Rechtsnachfolger der Hypo Real Estate Bank International AG hat sich gegenüber der Hypo Real Estate Bank International LLC I, und der Hypo Real Estate Capital Hongkong Corporation Limited i.L., Hongkong dazu verpflichtet, diese Gesellschaften so zu unterstützen, dass die Gesellschaften bei Fälligkeit in der Lage sind, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Aufgrund der derzeitigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Hypo Real Estate Bank International LLC I, und der Hypo Real Estate Capital Hongkong Corporation Limited i.L., Hongkong sowie ihrer erwarteten zukünftigen Entwicklung hält die Deutsche Pfandbriefbank AG einen Ausfall der Hypo Real Estate Bank International LLC I, und der Hypo Real Estate Capital Hongkong Corporation Limited i.L., Hongkong zwar nicht für ausgeschlossen jedoch für sehr unwahrscheinlich.

Gemäß dem Rahmenvertrag zur Übertragung von Risikopositionen und nichtstrategienotwendigen Geschäftsbereichen auf eine bundesrechtliche Abwicklungsanstalt nach § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz übernimmt die Deutsche Pfandbriefbank AG die gesamtschuldnerische Haftung für alle aus den Transaktionsverträgen folgenden Zahlungsverpflichtungen ihrer Tochterunternehmen, die im Rahmen der AidA-Transaktion Vermögenswerte auf die FMS Wertmanagement übertragen haben. Aufgrund der derzeitigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tochterunternehmen sowie ihrer erwarteten zukünftigen Entwicklung hält die Deutsche Pfandbriefbank AG einen Ausfall zwar nicht für ausgeschlossen, jedoch für sehr unwahrscheinlich.

In Deutschland wurde im Dezember 2010 das Restrukturierungsfondsgesetz in Kraft gesetzt, das die Entrichtung einer Bankenabgabe in Deutschland vorsieht. Im HRE-Konzern trifft diese Verpflichtung die Deutsche Pfandbriefbank AG. Einzelheiten zur Bankenabgabe sind in einer Verordnung über die Erhebung der Beiträge zum Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute (Restrukturierungsfonds-Verordnung) geregelt. Das Bundeskabinett hat am 20. Juli 2011 die Restrukturierungsfonds-Verordnung mit dem Bundesrat beschlossenen Modifikationen verabschiedet. Die Verordnung trat am 26. Juli in Kraft. Die im Einzelabschluss des Jahres 2010 ausgewiesenen beitrags erheblichen Passiva und Derivate stellen die Berechnungsgrundlage für die im Jahr 2011 zu entrichtende Bankenabgabe dar. Auf dieser Grundlage ergibt sich ein Beitrag von 41 Mio. € für das Jahr 2011. Da die Deutsche Pfandbriefbank AG im Einzelabschluss 2010 jedoch einen Verlust ausgewiesen hat, wird im Jahr 2011 nur ein Mindestbetrag von 2 Mio. € erhoben. Die Restrukturierungsfonds-Verordnung sieht einen Nacherhebungsbeitrag für Jahre vor, in denen der zuletzt festgestellte Jahresabschluss einen negativen Jahresüberschuss ausweist oder die Zumutbarkeitsgrenze überschritten wird. Aufgrund der Anknüpfung an zukünftige Jahresbeiträge ist für den Nacherhebungsbeitrag keine Rückstellung zu bilden. Der ausgefallene Beitrag, der in den Beitragsjahren 2012 und 2013 nacherhoben werden kann, beträgt rein rechnerisch 39 Mio. €.

Andere zum Bilanzstichtag bestehende sonstige finanzielle Verpflichtungen liegen im geschäftsüblichen Rahmen.

Rechtsrisiken

Auf Grund der Natur und ihrer Geschäftstätigkeit ist die Deutsche Pfandbriefbank AG an mehreren Gerichtsverfahren beteiligt. Für die ungewissen Verbindlichkeiten aus diesen Verfahren bildet die Deutsche Pfandbriefbank AG Rückstellungen nur wenn mehr Gründe für einen Ressourcenabfluss sprechen als dagegen. Die Beurteilung der Rechtsrisiken hängt überwiegend von Einschätzungen ab. Die tatsächliche Verbindlichkeit kann erheblich von dieser Einschätzung abweichen. Bei der Bilanzierung der einzelnen Fälle verlässt sich die Deutsche Pfandbriefbank AG, abhängig von der Bedeutung und der Schwierigkeit des konkreten Falles, auf die eigene Expertise, die Gutachten externer Berater, vor allem Rechtsberater, Entwicklungen der einzelnen Verfahren, wie auch Entwicklungen vergleichbarer Verfahren, Erfahrungen innerhalb des Konzerns sowie Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen.

Im März 2009 hat ein ehemals für die Deutsche Pfandbriefbank AG in Frankreich tätig gewesener Kreditvermittler beim Landgericht Stuttgart eine Klage gegen die Deutsche Pfandbriefbank AG eingereicht, in der er Schadenersatz in Höhe von mindestens 20 Mio. € wegen der Aussetzung des Kooperationsvertrags fordert.

Die Rechtsprechung sowohl der Arbeitsgerichte als auch der Landesarbeitsgerichte München und Baden-Württemberg ist uneinheitlich, so dass Klagen von Arbeitnehmern auf Boni 2008 bzw. Boni 2009 teilweise vollständig abgewiesen werden, teilweise wird ihnen aber auch zum Teil stattgegeben. Aktuell ist in zwei Fällen Revision beim Bundesarbeitsgericht durch die Deutsche Pfandbriefbank AG beziehungsweise pbb Services eingelegt worden. Es wird davon ausgegangen, dass aufgrund verschiedener von der Deutschen Pfandbriefbank AG ergriffener Maßnahmen das Risiko von Klagen von Mitarbeitern auf Bonuszahlen erheblich reduziert werden konnte.

Finanzderivate

Nachstehend sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten derivativen Geschäfte entsprechend den Empfehlungen des Ausschusses für Bilanzierung des Bundesverbandes deutscher Banken i.V.m. § 285 Nr. 19 HGB dargestellt.

Die Finanzderivate werden fast ausschließlich zur Sicherung gegen Zins- und Währungsrisiken (nur OTC-Produkte) im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung und der Mikro-Steuerung abgeschlossen. Dem negativen Saldo aus den Marktwerten der Finanzderivate stehen insoweit grundsätzlich positive Marktwerte aus den korrespondierenden Bilanzgeschäften gegenüber. Kontrahenten bei den Derivaten sind Staaten, Banken und Finanzinstitute aus dem OECD-Raum. In geringem Umfang werden Derivate mit Kunden abgeschlossen.

Zur Reduzierung sowohl des ökonomischen als auch des regulatorischen Kreditrisikos (Adressenausfallrisikos) werden zweiseitige Aufrechnungsvereinbarungen abgeschlossen. Dadurch können die

positiven und negativen Marktwerte der unter einer Aufrechnungsvereinbarung einbezogenen derivativen Kontrakte miteinander verrechnet (Netting) sowie die regulatorischen zukünftigen Risikozuschläge dieser Produkte verringert werden. Im Rahmen des Netting-Prozesses reduziert sich das Kreditrisiko auf eine einzige Nettoforderung gegenüber dem einzelnen Vertragspartner.

Sowohl für die regulatorischen Meldungen als auch für die interne Messung und Überwachung der Kreditengagements werden derartige risikoreduzierende Techniken nur dann eingesetzt, wenn sie bei Insolvenz des Geschäftspartners in der jeweiligen Rechtsordnung auch durchsetzbar sind. Zur Prüfung der Durchsetzbarkeit werden dafür erstellte Rechtsgutachten genutzt.

Darüber hinaus geht die Bank mit ihren Geschäftspartnern auch Sicherheitenvereinbarungen ein, um die sich nach einem Netting ergebende Nettoforderung/-verbindlichkeit abzusichern (Erhalt oder Stellung von Sicherheiten). Dieses Sicherheitenmanagement führt zur Kreditrisikominderung durch zeitnahe (meist tägliche) Bewertung und Anpassung des unbesicherten Kreditrisikos je Kontrahent.

Das Nominalvolumen der nicht bilanzwirksamen Geschäfte beträgt Ende 2011 261.413 Mio. €. Das Adressenausfallrisiko beläuft sich zu diesem Zeitpunkt nach der Marktbewertungsmethode (ungenettet) auf 15.548 Mio. € (entspricht 5,95 % des Nominalvolumens). Der beizulegende Zeitwert der Derivate wurde auf der Basis allgemein anerkannter finanzmathematischer Modelle berechnet (Discounted Cashflow-, Black Scholes-, Hull-White-Modell).

Finanzderivate

in Mio. €	Nominalbetrag					Marktwert			
	Restlaufzeit			Summe	Summe	positiv		negativ	
	<= 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Zinsbezogene Geschäfte	43.352	117.815	85.364	246.531	416.119	15.151	19.534	15.172	19.205
OTC-Produkte									
FRA's	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zins-Swaps (gleiche Währung)	41.167	114.472	85.340	240.979	407.800	15.131	19.490	15.130	19.140
Zinsoptionen - Käufe	1.009	1.621	7	2.637	4.119	20	35	-	9
Zinsoptionen - Verkäufe	1.176	1.722	17	2.915	4.200	-	9	42	56
Sonstige Zinskontrakte	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Währungsbezogene Geschäfte	7.861	5.644	1.376	14.881	28.770	397	1.241	550	1.160
OTC-Produkte									
Devisentermin-Geschäfte	6.110	197	-	6.307	7.257	34	111	190	143
Cross Currency Swaps	1.751	5.421	1.376	8.548	21.513	361	1.130	358	1.017
Devisenoptionen - Käufe	-	13	-	13	-	2	-	-	-
Devisenoptionen - Verkäufe	-	13	-	13	-	-	-	2	-
Summe	51.213	123.459	86.740	261.412	444.889	15.548	20.775	15.722	20.365

Für die Finanzderivate werden folgende Wertkomponenten in der Bilanz gezeigt:

Finanzderivate

		Anteilige Zinsen		
in Mio. €		Zins- bezogene Geschäfte	Währungs- bezogene Geschäfte	Summe
		350	8	358
Forderungen an Kreditinstitute	(Aktivpos. 2)	1.629	15	1.644
Forderungen an Kunden	(Aktivpos. 3)	21	-	21
Sonstige Vermögensgegenstände	(Aktivpos. 11)	706	1	707
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(Passivpos. 1)	-1.494	-6	-1.500
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(Passivpos. 2)	-4	-1	-5
Sonstige Verbindlichkeiten	(Passivpos. 5)	-508	-1	-509

		Währungseffekt		
in Mio. €		Zins- bezogene Geschäfte	Währungs- bezogene Geschäfte	Summe
sonstige Verbindlichkeiten	(Passivpos. 5)	-	-86	-86

		Options-/Upfrontprämien		
in Mio. €		Zins- bezogene Geschäfte	Währungs- bezogene Geschäfte	Summe
		-153	6	-147
Rechnungsabgrenzungsposten (aktiv)	(Aktivpos. 12)	64	13	77
Rechnungsabgrenzungsposten (passiv)	(Passivpos. 6)	-217	-7	-224

		Drohverlustrückstellung		
in Mio. €		Zins- bezogene Geschäfte	Währungs- bezogene Geschäfte	Summe
sonstige Rückstellungen	(Passivpos. 7)	-57	-	-57

Kreditderivate

Zum Jahresende 2011 tritt die Bank, wie auch im Vorjahr, nicht als Sicherungsnehmer in Form von Kreditderivaten auf.

Die Bank hat die zum Vorjahr bestehende Sicherungsgeberposition mit Credit Default Swaps im US Kreditderivatemarkt in Höhe von 242 Mio € (Wert zu 31.12.2010) vollständig abgebaut. Damit tritt die Bank zum Jahresende auch nicht mehr als Sicherungsgeber in Form von Kreditderivaten auf.

Bewertungseinheiten

Bei der Deutschen Pfandbriefbank AG werden derzeit nur Zinsrisiken im Rahmen von Mikro-Bewertungseinheiten abgesichert. Die Buchwerte der in Bewertungseinheiten einbezogenen Grundgeschäfte (bei Derivaten der Fair Value) sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Buchwert in Tsd. €	2011
Aktiva	
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	13.069.699
Forderungen an Kunden	11.596.023
Forderungen an Kreditinstitute	244.047
Passiva	
Verbriefte Verbindlichkeiten	-11.180.463
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-17.564.991
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-1.219.781
Derivate Positive Marktwerte (clean)	3.930.030
Derivate Negative Marktwerte (clean)	-4.479.970

Die Höhe der in Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken (entspricht dem risikoinduzierten Fair Value Anteil) ergibt sich aus folgender Übersicht:

	wirksamer Teil	negativer unwirksamer Teil
in Tsd. €	2011	2011
Aktiva		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.410.946	-50
Forderungen an Kunden	1.836.853	-1.465
Forderungen an Kreditinstitute	17.508	-
Passiva		
Verbriefte Verbindlichkeiten	-1.134.569	-13.325
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-2.563.280	-23.974
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-113.314	-1.518
Derivate Positive Marktwerte	3.902.136	-
Derivate Negative Marktwerte	-4.356.280	-16.769
Summe	-	-57.101

Der negative unwirksame Teil stellt die aus Bewertungseinheiten mit negativer Ineffektivität resultierenden Effekte dar, für die eine Drohverlustrückstellung aus schwebenden Geschäften zu bilden ist. Im aktuellen Jahr wurden 26,0 Mio. € an Drohverlustrückstellungen zugeführt. Zum Jahresende 2011 besteht eine Drohverlustrückstellung in Höhe von 57,1 Mio. €.

Aufgrund der Vorgehensweise der Deutschen Pfandbriefbank AG Grund- und Sicherungsgeschäfte zu analogen oder sehr ähnlichen Konditionen abzuschließen, ist zu erwarten, dass die Risiken der zu Bewertungseinheiten zusammengefassten Geschäfte vergleichbar sind und sich weitestgehend gegenläufig entwickeln. Grundsätzlich werden die Sicherungsbeziehungen bis zur Fälligkeit der Sicherungsgeschäfte abgeschlossen, frühere Auflösungen, oder zeitlich begrenzte Absicherungen sind in Einzelfällen möglich.

Zur Beurteilung der Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen werden Sensitivitäts- und Regressionsanalysen herangezogen. Zur rechnerischen Ermittlung des Betrages der bisherigen Unwirksamkeit werden die risikoinduzierten Werte von Grund- und Sicherungsgeschäft gegenübergestellt.

Organe

Name, Wohnsitz

Dr. Bernd Thiemann, Kronberg	Ehemaliger Vorsitzender des Vorstands der DG Bank AG (Vorsitzender des Aufsichtsrats)
Dagmar Kollmann, Bad Homburg	Vorsitzende des Gesellschafterausschusses der Kollmann GmbH (stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats)
Ursula Bestler, München, bis 18.05.2011	Bankangestellte
Dr. Günther Bräunig, Frankfurt	Mitglied des Vorstands der KfW
Georg Kordick, Poing	Bankangestellter
Heike Theißing, München, ab 07.07.2011	Bankangestellte
Dr. Hedda von Wedel, Andernach	Präsidentin des Bundesrechnungshofs a.D.

Vorstand

Name, Wohnsitz

Manuela Better, München	(Vorsitzende des Vorstands)
Wolfgang Groth, Tawern	
Dr. Bernhard Scholz, Regensburg	
Alexander von Uslar, Grünwald	

Mitarbeiter

Jahresdurchschnitt	männlich	weiblich	Gesamt
Vollzeitbeschäftigte	528	302	830
Teilzeitbeschäftigte	9	93	102
	537	395	932
Auszubildende	0	0	0
	537	395	932

Kredite an Organmitglieder

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Forderungen gegenüber amtierenden Organmitgliedern aus Krediten oder Vorschüssen.

Eigene Aktien oder Anteile

Im Berichtsjahr hat die Bank keine Stückaktien von der HRE Holding AG, München erworben. Zum Bilanzstichtag sind keine eigenen Aktien im Bestand.

Konzernabschluss

Die HRE Holding AG, München, erstellt einen Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), in den die Deutsche Pfandbriefbank AG einbezogen ist. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht. Daneben besteht die Möglichkeit, den Konzernabschluss im Internet einzusehen.

Entsprechenserklärung zum Public Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft haben für diese als ein mittelbar vollständig im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland stehendes Unternehmen die Anwendung des Public Corporate Governance Kodex mit der Maßgabe "Comply or Explain" beschlossen. Die Gesellschaft hat eine Entsprechenserklärung zum Public Corporate Governance Kodex auf ihren Internetseiten (www.hyporealestate.com) veröffentlicht.

München, den 14. März 2012

Deutsche Pfandbriefbank AG, München

Der Vorstand



Manuela Better



Alexander von Uslar



Wolfgang Groth



Dr. Bernhard Scholz

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Pfandbriefbank AG, München, vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Bank beschrieben sind.

München, den 14. März 2012

Deutsche Pfandbriefbank AG

Der Vorstand



Manuela Better



Alexander von Uslar



Wolfgang Groth



Dr. Bernhard Scholz

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss --bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang-- unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutschen Pfandbriefbank AG, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 15. März 2012

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Wiechens
Wirtschaftsprüfer

Muschick
Wirtschaftsprüfer